

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten, werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illust. Beilage **Volk und Zeit** für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., für Selbstabholer 140 G.-Pfg. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 24596

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platanvordruff 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privatn die 10geleit. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklameseite 1,50 Goldm., Inserate v. ausw. die 10geleit. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platanvordruff 40 G.-Pfg., Reklameseite 1,75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unlerer Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Manifest der Internationale.

Wir veröffentlichen hier den Wortlaut des Manifestes, das die Internationale am Sonntag in London erlassen hat.

Arbeiter aller Länder!

Heute vor 60 Jahren wurde in der St. Martins Hall in London der Grundstein zur Ersten Internationalen Arbeiterassoziation gelegt. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat sich an diesem Gedenktag zu feierlicher Versammlung an der Geburtsstätte der ersten internationalen Organisation des Proletariats versammelt.

Vor 60 Jahren erhielten jene Prinzipien, für die wir heute noch kämpfen, ihre klassische Formulierung in der Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation. Vor 60 Jahren fand jene tiefbegründete Solidarität der sozialistischen Arbeiterbewegung auf politischem Gebiet mit den Interessen des Tageskampfes, der in den Gewerkschaften geführt werden muß, ihren ersten Ausdruck. Heute treten die Gedanken, die die Männer in der St. Martins Hall erfüllten, in Erscheinung in den gewaltigen, millionenstarken Organisationen des internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Vor 60 Jahren erklärte die Inauguraladresse: „Das Behnlichungsgesetz in England war nicht nur ein großer, praktischer Erfolg, es war der Sieg eines Prinzips.“ Heute stehen die Arbeiter aller Länder im entscheidenden Kampf um die endgültige internationale Festlegung des Achtstundentags. Dieser gewaltige Fortschritt, den die Arbeiterklasse sich nicht nur in England, sondern bis weit hinein in Schwachindustrielle Länder errungen hat, ist das eindrucksvollste Zeichen der großen Erfolge in den jähren Kämpfen von sechs Jahrzehnten auf sozialpolitischem Gebiet.

Die Inauguraladresse pries die Genossenschaftsbewegung als einen großen Sieg der Arbeit über das Kapital. Wie gewaltig weit es dieser Zweig der Arbeiterbewegung seit jenen Anfängen gebracht hat, zeigt sich in dem gewaltigen Erfolg, den der Internationale Genossenschaftsbund auf seinem Kongress und seiner Ausstellung in Gent in diesem Sommer feiern durfte.

„Die politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklasse.“ So erklärte die Inauguraladresse vor 60 Jahren und schloß die Hoffnung daraus, daß die Arbeiterbewegung nach der Periode der Reaktion nicht nur in England, sondern auch auf dem Kontinent wieder aufzuleben begann. Heute sendet der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei, der Premierminister des britischen Weltreichs unserer Feier seinen Gruß, heute ist die Arbeiterklasse in vielen andern Ländern an der Schwelle der politischen Macht.

Noch ist das Ziel, das die Inauguraladresse gesetzt hat, nicht erreicht, denn in keinem Land hat die Arbeiterklasse noch die wirkliche Herrschaft. Überall, wo Arbeiterregierungen bestehen, sind es irgendwelche Formen von Minderheitsregierungen. Minderheitsregierungen, gestützt auf parlamentarische Konstellation wie in England und Dänemark, gestützt auf Bajonette, die auch gegen Teile der Arbeiterklasse selbst gerichtet sind wie in Rußland. Das wahre Ziel der Inauguraladresse wird erreicht sein, wenn die Proletarier, die die wahre Mehrheit des Volkes sind, zum Bewußtsein ihrer Lage und Aufgabe erwacht sind, wenn diese Proletarier, wie die Inauguraladresse sagt, „in eine Organisation zusammengefaßt und vom Wissen geleitet ihre Masse in die Waagschale werfen können“. Dann wird der Moment gekommen sein, wo auf den festen Grundlagen der Demokratie die Geschicke der Welt gelenkt werden von der überwältigenden Mehrheit im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Menschheit.

„Wenn die Bestreitung der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen ihr heiderrliches Zusammenwirken erschließt, wie soll dieses große Ziel erreicht werden mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, nationale Vorurteile ausplekt und in Raubkriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet?“ So fragte die Inauguraladresse vor 60 Jahren, und sie antwortet, daß „die Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg ist und deren Hände in jedem Kabinett Europas sind, die Arbeiterklasse die Pflicht gelehrt haben, sich der Geheimnisse der internationalen Politik zu bemächtigen, die diplomatischen Aktionen ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen, wenn nötig, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken“. Das damalige Haupt dieser verbrecherischen Politik ist abgeschlagen, der Jazismus ist beseitigt. Die letzten Autokraten sind gestürzt. Aber noch lange nicht ist in der auswärtigen Politik die Forderung der Inauguraladresse verwirklicht, daß „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander gelten“. Noch werden von nur allzuvielen Regierungen „frevelhafte Zwecke verfolgt“, noch werden „nationale Vorurteile ausgespielt“, noch besteht die Gefahr, daß „in Raubkriegen des

Volkes Gut und Blut vergeudet“ werde. Noch haben wir die Pflicht, unser Leben jenen großen Zielen zu weihen, die die Erste Internationale gesetzt, noch haben wir weiterzukämpfen „für eine neue Gesellschaft, die nach innen keine andre Politik kennt als die Arbeit, weil sie nach außen keine andre Politik hat als den Frieden“. Vor 60 Jahren war das Symbol für das Selbstbestimmungsrecht die Forderung der Unabhängigkeit Polens. Die Selbständigkeit Polens ist verwirklicht. Heute bekennen wir uns zu diesem Grundlag der Ersten Internationale, indem wir fordern das Selbstbestimmungsrecht Georgiens als Symbol aller andern Völker, die der Gewaltherrschaft unterworfen sind.

Von der kontinentalen Reaktion Verbannte haben vor 60 Jahren gemeinsam mit englischen Gewerkschaftern die Internationale gegründet. Die Kerker der Reaktion bestehen noch, ja sie sind in manchen Ländern barbarischer als vor 60 Jahren. Aber mit weit herberem Schmerz erfüllt es uns, daß neben den Kerker der Reaktion sich noch erhalten haben die Kerker und Verbannungsorte des zaristischen Rußland. Und in dieser wehevollen Stunde grüßen wir im Gedenken an das heroische Leben von Karl Marx, der die Inauguraladresse geschaffen, im Gedenken an die vielen, die in den Kerker für unsre Sache gestorben sind, grüßen wir unsre Genossen, die in Italien, in Ungarn, in Spanien und in den Kerker des Faschismus in andern Ländern schmachten, grüßen wir unsre Genossen in den Kerker des Volkshemismus, die Verbannten auf den Solowjki-Inseln, grüßen wir die großen Toten unsrer Bewegung, gedenken wir in Trauer unsres ermordeten Mattoeffi, gedenken wir in Trauer der als Geiseln ermordeten Sozialdemokraten in Georgien. So ist an diesem Gedenktag der Internationale höchste Freude verbunden mit tiefstem Gram. Gram, daß wir nicht nur protestieren müssen gegen die Verfolgungen unsrer kapitalistischen Feinde, sondern auch derer, die ehemals mit uns vereint gewesen sind.

Aber diese Phase der Verzerrung wird ebenso überwunden werden wie der Bakunismus der 70er Jahre. Und dies wird um so eher geschehen, je früher Rußland aus seiner Isolation befreit ist. Der Vertrag, den Großbritannien mit Rußland sich abzuschließen anschick, kann ein wichtiger Schritt in dieser Richtung sein.

So Schmerzliches wir erleben mußten, dürfen wir uns trotz alledem heute voll und ganz hingeben unsrer Freude über das Wachstum und den Aufstieg der internationalen Bewegung, unsrer Freude, daß lebendige Wirklichkeit wird, was das Sinnen und Hoffen der Männer der St. Martins Hall gewesen.

„Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter: ihre große Zahl“, verkündet die Inauguraladresse. Auf dieses Element des Erfolges haben wir die Sache unsrer Sozialistischen Arbeiter-Internationale gestellt. Nicht eine Art „aufgeklärter Absolutismus“ einer proletarischen Minderheitsgruppe kann uns die neue Weltordnung des Sozialismus bringen, sondern nur die Masse selbst, die sich mit sozialistischem Geiste erfüllt. Und daher rufen wir in dieser feierlichen Stunde alle, die noch nicht zu uns gehören, auf, sich uns anzuschließen, Mitkämpfer zu werden in der Arbeit kämpfenden Heer. Alle sind uns willkommen, die gewillt sind, die Entscheidungen der Mehrheit der Arbeiterklasse anzuerkennen, die gewillt sind, auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterklasse den Kampf zu führen gegen den wüsterverderbenden Kapitalismus. Unsre Reihen wachsen, unser Bund wird geschlossen, und mit neuer Siegeszuversicht im Herzen rufen wir euch zu, wie vor 60 Jahren:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
London, 28. September 1924.
Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Deutsche Bedenken gegen die Völkerverbundskontrolle.

Wenn der offizielle Text der Genfer Protokolle über Abrüstung und Militärkontrolle auch noch nicht vorliegt, so hegt man, wie die Telegraphen-Union erfährt, an Berliner amtlichen Stellen doch schwere Bedenken gegen die bisher bekannten Einzelheiten. Diese Bedenken gelten sowohl dem objektiven Teil der Abmachungen, als auch der bedrohten Gleichberechtigung der Völker. Das Ideal der Völkerverbundskontrolle wäre, daß sie nicht durch die Siegerstaaten, sondern durch Neutrale ausgeübt würde. Wenigstens müßte sich die Militärkontrollkommission so zusammensetzen, daß die Neutrals auf ihre Beschlüsse entscheidenden Einfluß haben. Die besiegten Staaten sind an einer Teilnahme völlig ausgeschlossen. Wenn es auch ein unmögliches Verlangen wäre, daß Deutschland sich an der Kontrolle im eigenen Lande beteiligt, so könnte ihm als eventuelles Mitglied des Völkerverbundes doch unbedingt das Recht zu, an der Kontrolle in den andern Staaten, beispielsweise Österreich und Ungarn, teilzunehmen. Die hauptsächlichsten Bedenken sind aber die gegen eine Verzerrung der Militärkontrolle.

Die Parteien des politischen Betruges

Hinter dicht verschlossenen Türen tagt im Reichstag seit gestern die Vertreterschaft der deutschnationalen Partei, wie es heißt, in einer Stärke von 500 Mann, um die Partei auf eine gemeinsame politische Linie zu führen und die Rechtsblockregierung zustande zu bringen. Nicht einmal die beiden führenden Parteiblätter Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung sind zu den Verhandlungen zugelassen, geschweige denn die übrigen kleineren Blätter, denen man noch weniger über den Weg traut als den beiden großen Zeitungen. Den von der Konferenzleitung herausgegebenen frischen Berichten kommt deshalb keine Bedeutung zu; doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn nach der Tagung der Kräfte beginnt, die Wahrheit doch an den Tag kommt. Bei einer Vertreterversammlung von 500 Teilnehmern zu glauben, daß die Vertraulichkeit gewahrt werden könne, ist Aberglauben. Das ist indes Sorge der deutschnationalen Partei; wichtiger ist, daß diese Partei es nicht wagen darf, ihre Stellung zu den wichtigsten inner- und außenpolitischen Aufgaben in aller Öffentlichkeit darzulegen. Wo soll da das Vertrauen selbst ihrer Anhänger zu ihr herkommen?

Auf Schlechweg und mit Hilfe volksparteilicher Helfer suchen sie sich in die Regierung zu bringen. Die Regierung selbst ist für den Eintritt bereits sturmreif gemacht, der Kanzler Marx will nach den vorliegenden Meldungen die Verhandlungen mit den Parteien, insbesondere mit der deutschnationalen, schon am heutigen Tage beginnen, um die rechtsgerichtete Bürgerblockregierung zustande zu bringen. Die Frage erhebt sich nur, ob er im Auftrage der Regierung handelt, also mit Zustimmung der demokratischen und der Zentrumsmänner, und auf welcher Basis die Verhandlungen geführt werden sollen. Wenn man einer Nachricht glauben darf, so soll Marx eine Regierung mit Einschluß der Sozialdemokratie bilden wollen, worüber an dieser Stelle kein Wort weiter zu verlieren ist. Die Entschließung der Deutschen nationalen besagt, daß sie sich gnädigst herbeilassen wollen, an der Regierung teilzunehmen; die Bedingungen sind auch beigefügt und völlig unmißverständlich: Es gilt, sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze über das Londoner Abkommen zu verschaffen. Mit einem Worte, es soll der deutschnationale Kurs gesteuert werden. Daß er zu einem zweiten Versailles führen würde, bedarf keiner Begründung, nur politische Rindsoöpfe können dies bestreiten. Für die Deutschen nationalen steht noch ein anderes auf dem Spiel: Der völlige Zerfall ihrer Partei. Gelingt es ihnen nicht, auf dem eben beschrittenen neuen Wege zum Ziel zu kommen, so fällt die Partei auseinander. Diese Verzerrung findet ihren Ausdruck in den Einleitungsätzen der Entschließung. Sie muß deshalb mit allen Mitteln versuchen, ihr Ziel zu erreichen. Eine über jedem Zweifel erhabene tatkräftige Hilfe findet sie in der Deutschen Volkspartei. Wie weit das Zusammenarbeiten beider geht, zeigt die Meldung, daß volksparteiliche Mitglieder an der Ausarbeitung der Entschließung mitgearbeitet haben, die der Konferenz unterbreitet und von ihr angenommen wurde. Damit ist aber auch die Volkspartei ihrerseits an das deutschnationale Aktionsprogramm gebunden und kann nicht mehr zurück, selbst wenn sie es wollte. Die ganze politische Schiebung zum Bürgerblock hin ist von der Deutschen Volkspartei erst eingefädelt worden und ist nichts anderes als ein glatter Verrat an den beiden anderen Regierungsparteien: Zentrum und Demokraten. Während der Reichskanzler noch am letzten Tage der Beratung der Dawesgesetze öffentlich erklärte, es beständen mit den Deutschen nationalen keine Abmachungen über die Zustimmung zu den Gesetzen, hatten Koalitionsgenossen solche getroffen; Marx stand als Blamierter und Geladener da. Kaum war der Reichstag geschlossen, ging das Treiben zur Bürgerblockregierung in verstärktem Maße weiter und fand in dem Beschlusse der Volksparteier, die deutschnationalen sollten in die Regierung eintreten, und in der Rede Stresemanns vom letzten Sonnabend ihre Krönung. Und das, nachdem die Deutschen nationalen in ihrer Mehrheit sämtliche Gesetze, die es jetzt auszuführen gilt, abgelehnt haben. Ein schlimmeres Spiel mit den Reichsinteressen, als es die Volkspartei jetzt treibt, ist seit 1914 nicht mehr getrieben worden. Mit der Ablehnung des Sachverständigen-gutachtens und mit dem Aufwertungsstempel haben die deutschnationalen den Wahlkampf geführt. Als es galt, die Konsequenz aus ihrer Wahlpolitik zu ziehen, fielen sie in beiden Fragen um; für die Zustimmung zu den Gesetzen kommandierten sie mehr Mitglieder ab, als zur Zweidrittelmehrheit notwendig war, um nur ja die Annahme der Gesetze nicht zu gefährden. Und jetzt wollen dieselben politischen Betrüger in die Regierung, um die innere Politik in ihrem Sinne durchzuführen. Und dieses frevel Spiel mit den Reichs- und Volksinteressen unterstützt die Volkspartei. Diese Partei, diese ehemaligen Nationalliberalen, sind die wahren Schuldigen und Verantwortlichen für all das, was aus der neuen Situation entsteht. Sie sind die Schuldigen an der Reaktionspolitik vor und während des Krieges; sie haben seit 1918 gegen die Republik mit aller Macht gearbeitet; sie sind im August 1923 in die Regierung eingetreten, angeblich um die Sanierung durchzuführen, in Wirklichkeit haben sie ihre

zweideutige Politik vom ersten Tage an getrieben, bis sie jetzt offen als Wegbereiter der deutschnationalen Politik hervortreten. An sie wird man sich in erster Linie zu halten haben für alle die Folgen, die eintreten. Es ist kein Wunder, wenn sie sich heftig gegen eine Reichstagsneuwahl sträuben, heftiger noch als die Deutschnationalen, denn ihre Vertreter an den Volksinteressen würde ihnen am Wahlausfall spürbar werden. Sie wissen genau, daß sich im Volke seit dem 4. Mai ein starker Meinungsumschwung vollzogen hat, den zum Ausdruck kommen zu lassen, das Gebot der Stunde ist. Die Wählererschaft soll entscheiden, ob der Rechtskurs in Deutschland eingeschlagen werden soll, nicht die beiden Parteien des politischen Betruges.

Ob Zentrum und Demokraten die Kursabweichung mitmachen werden, steht noch dahin, vorläufig sieht es nicht danach aus. So fordert Reichstagsabgeordneter **Erkelenz**, der zweite Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, in der nächsten Nummer der „Hilfe“ die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Erörterung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen: 1. Erkennen Sie die Weimarer Verfassung an? 2. Sind Sie bereit, jede gewalttätige Aenderung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden? 3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen? 4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes? 5. Sind Sie bereit, jegliche Forderung der verfassungswidrigen Organisationen zu unterlassen? 6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern? 7. Sind Sie bereit, Verächtlichmachungen der Verfassung und der verfassungsgemäßen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung entschieden zu bekämpfen? Erst nach Beantwortung dieser Fragen könne man beurteilen, was der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung inner- und außenpolitisch bedeuten würde.

Diese Fragen würde nicht einmal die Deutsche Volkspartei klipp und klar beantworten, geschweige denn die Deutschnationalen. Das Ergebnis der neuen Aktion, das kann jetzt schon gesagt werden, wird zunächst eine beträchtliche Steigerung des Wirrwarrs in den bürgerlichen Parteien sein. Das auswärtige Echo auf den beabsichtigten neuen Kurs wird aber auch nicht ausbleiben.

Beschluß des deutschnationalen Vertreterlages.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vorsitzenden der Landesverbände einmütig gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Nachdem der Reichstag die auf dem Londoner Abkommen beruhenden Gesetze angenommen und somit zur rechtlich bindenden Norm, die der Durchführung bedarf, gestaltet hat, ist es Pflicht der Partei, sich Einfluss auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze zu verschaffen. Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichsminister **Marx** in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht verweigert.

Verhandlungen mit den Parteien.

U. Berlin, 30. September. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichsminister **Marx**, sobald die Beschlüsse des deutschnationalen Vertreterlages vorliegen, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufnehmen. Diese Verhandlungen über die Frage einer Erweiterung der Reichsregierung werden zunächst sowohl nach rechts, als auch nach links, geführt werden. Die Besprechungen, die Mittwoch ihren Anfang nehmen, werden voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche werden dann die Reichstagsfraktionen zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Als erste der Reichstagsfraktionen hat die demokratische für Dienstag, den 7. Oktober, eine Sitzung einberufen. Der Vorsitzende der Partei, **Koch**, der in Italien weilte, ist wegen der bevorstehenden Parteiführerbesprechungen von der demokratischen Parteileitung telegraphisch zurückberufen worden.

Die Presse zum deutschnationalen Vertretertag

SPD, Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Zu dem parteioffiziösen Bericht über den deutschnationalen Vertretertag und der dort gefassten Entschlüsse schreibt heute morgen der Vorwärts: Bestände die Deutschnationalen Partei aus Männern und nicht aus erbärmlichen Gesellen, so hätte sie selbst die Notwendigkeit einer öffentlichen Aussprache empfunden. Sie hat eine streng vertrauliche Beratung vorgezogen, weil sie die Deffektivität über die Zustände in der Partei nicht aufklären, sondern täuschen will. Sie weiß, daß sie über diese Dinge keinen klaren Wein einschenken kann, ohne den Gegnern des Eintritts in die Regierung tausend Argumente zu liefern. Da sie in diesem Augenblick ihr Gesicht nicht offen zeigen kann, versucht sie, sich mit vorgegebener Maske in die Regierung hineinzuschwindeln.

So viel nun auch die Vertreter dieses Vertreterlages gesteht sein mögen, so wird doch kein Mensch glauben, daß das Verbleiben Herzigs in der Führung und die Annahme der diplomatisch gefälligen Entschlüsse seiner allgemeinen Auffassung entspricht. Er wird es um so weniger glauben, wenn er weiß, daß der Text vorher zwischen dem völkerverfeindlichen **Kilenski** und **Curtius** auf der einen Seite und dem Herrn v. **Lindhe** einer von der deutschnationalen Parteileitung auf der anderen Seite genau ausgearbeitet worden ist. Der offizielle Bericht sagt auch nicht, daß die Entschlüsse etwa einstimmig angenommen worden sei, man darf also mit moralischer Befriedigung konstatieren, das es Lügen gibt, vor denen sogar die Deutschnationalen zurückschrecken.

Wie werden sich die Dinge nun weiter abwickeln? Eine Korrespondenz berichtet, — und wir haben Grund, ihre Annahme für richtig zu halten, — daß der Reichsminister **Marx** beabsichtigt, nicht nur nach rechts, sondern auch nach links, also nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten über die Erweiterung der Regierung zu verhandeln. Die Besprechungen sollen schon heute beginnen, und würden voraussichtlich eine ganze Woche dauern. Dann sollen die Fraktionen zu dem vorläufigen Ergebnis Stellung nehmen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat bereits in Voraussicht des Kommenden für den 7. Oktober eine Sitzung anberaumt.

In demokratischen Kreisen will man wissen, daß Herr **Marx** es entschieden ablehnt, sein Kabinett unter Ausschluß der Demokraten umzubilden. Das Bestreben, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzuziehen, kommt aber einer Hinausbugserung der Demokraten aus der Regierung gleich. Folgt das Zentrum dem Beispiel des Reichsministers, so muß es gleichfalls die Bildung einer Regierung mit den Deutschnationalen ohne die Demokraten ablehnen und der Bürgerblock hätte dann die Mehrheit des Reichstags gegen sich. Eine nur aus den Reichsparteien ohne Zentrum gebildete Regierung müßte am ersten Tage fallen, kommt also von vornherein nicht in Betracht.

So hat die Volkspartei, die berufsmäßige Krisis-maschine, die deutsche Politik wieder einmal ins Chaos geführt, ohne einen Weg zu zeigen, der aus ihm herausführt. Das Theater, das wir in den nächsten paar Wochen erleben werden, wird zum Erbrechen schön sein. Macht doch lieber gleich die Bude zu und laßt das Volk entscheiden.

SPD, Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Die von der deutschnationalen und der völkerverfeindlichen Parteileitung vereinbarte Entschlüsse des deutschnationalen Vertreterlages ist mit 27 gegen 35 Stimmen angenommen worden. Die Opposition konnte keine hohe Stimmenzahl auf sich vereinigen, da die Meinung vorherrschte, der Eintritt in die Regierung sei der letzte unvermeidliche Versuch, die

Partei vor dem Zerfall zu retten. Es hat also keine grundsätzliche, sondern nur eine taktische Scheidung stattgefunden. Die Zustimmung sind keinesfalls als Anhänger einer Reorientierung der deutschnationalen Politik anzusehen. Zum Teil rechnen sie auch darauf, daß der Bürgerblock nicht zustande kommen und dann die von ihnen vertretene stärkere Richtung aus Ruder kommen wird.

Abgehallert.

SPD, Max **Maurenbrecher**, der bisherige Chefredakteur der Deutschen Zeitung, ist von seinem Posten zurückgetreten. Gründe dafür werden nicht angegeben, aber vermutlich ist Maurenbrecher von dem Diktator dieser Zeitung, dem altdeutschen Justizrat **Clafz**, wegen des Verdachts der Sympathie für die Deutschnationalen herausgeworfen worden. Es heißt zwar, daß er als Mitarbeiter ebenfalls oder noch mehr wie bisher für das Blatt schreiben werde, aber diese Schönheitspflasterchen kennt man ja.

Auch in der Redaktion der Zeit, des Parteiorgans der Deutschen Volkspartei, kräftigt es. Der Chefredakteur **Spiehl** ist von seinem Posten zurückgetreten. Ueber die Gründe wird nichts gesagt, aber auch Herr **Spiehl** bekommt das Schönheitspflaster des „zufälligen“ ständigen politischen Mitarbeiters.“ Zwischen den Redakteuren der Zeit und dem Verleger bestehen wegen der Herausgabe des Herrn-im-Hause-Standpunktes seit längerer Zeit Differenzen.

Die Völkerbundsversammlung.

SPD, Genf, 30. September. Die Völkerbundsversammlung des Völkerbundes hat nach dem Bericht **Murrays** das Angebot Italiens angenommen, das in Rom das Privatrechtsinstitut zur Verfügung stellt. Ebenso wurde die Pensionsvorlage für die Mitglieder des Rändigen Gerichtshofs angenommen. Der Rat nahm am Dienstag den Bericht de **Jouvenels** über die Arbeiten der pestigen Kooperation entgegen und fasste eine Resolution, die den Generalsekretär ermächtigt, mit den Staaten über die Schaffung weiterer Institute für geistige Forschung zu verhandeln, ebenso für den gegenseitigen Austausch wissenschaftlicher Publikationen, ferner einen Appell zugunsten der geistigen Arbeiter Italiens. In der 3. Frage wurde von dem türkischen und englischen Delegierten erklärt, daß ihre Regierungen sich im voraus verpflichten, die Ratenscheidung anzunehmen. Der Rat wird eine dreiköpfige Spezialkommission ernennen, die genaue Erhebungen vorzunehmen soll. Die Kosten tragen beide Gegner, die bis zur endgültigen Entscheidung auf jede militärische Tätigkeit an der kritischen Grenze verzichten. Benesch verlas dann ein Memorandum des Generalsekretärs zur Abrüstungsfrage, in dem der Rat ersucht wird, den Begriff der verbotenen Zonen für die Waffeneinfuhr zu präzisieren, wie sie in der Konvention von St. Germain aufgenommen wurde. Nordamerika hat zugestimmt, die Einlabung für die internationale Abrüstungskonferenz anzunehmen.

SPD, Genf, 30. September. Der Völkerbundsrat hat am Dienstagnachmittag eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde eine Resolution angenommen nach einem Bericht von **Ranzen**, die die Organisation des Hilfswerkes zugunsten der russischen und armenischen Flüchtlinge dem Internationalen Arbeitsamt überträgt. Dr. **Ranzen** soll in Gemeinschaft mit dem Arbeitsamt das Hilfswerk durchführen. Die Versammlung hat schon früher eine Entscheidung des Rates gebilligt, daß noch ein neuer Hilfsfonds von 200 000 Franken zur Verfügung gestellt wird, der ausschließlich dazu dienen soll, um das Verwaltungswerk für die Durchführung dieser Arbeit zu sichern. Außerdem wurde die Möglichkeit der Schaffung einer nationalen Zustützstätte der armenischen Flüchtlinge im Kaukasus und in andern Gegenden einer Studienkommission zur näheren Ausarbeitung überwiesen.

Beilegung des japanischen Zwischenfalls.

SPD, Genf, 30. September. Der japanische Zwischenfall, der hier große Aufsehen erregte und eine Zeitlang die Arbeiten des Protokolls ernstlich gefährdete, hat am Dienstag mit einer Kompromißformel sein Ende gefunden. Man hat den beiden Streitigen Artikel 5 und 6 des Protokolls eine Ergänzung hinzugefügt, die den Wünschen der Japaner, wenn auch nicht ganz, so doch einigermaßen, entgegenkommt. In der neuen Fassung heißt der Artikel 5, der die Kompetenz der einzelnen Staaten bei Streitigkeiten betraf, daß nach Entschluß des Gerichtshofes oder des Rates als innere Angelegenheiten angesehen und deshalb ein Eingreifen des Rates ausgeschlossen folgendermaßen: Wenn der Streitfall vom Gerichtshof oder vom Rate als ein Angelegenheit betrachtet wird, die ausschließlich der eigenen Gerichtsbarkeit des betreffenden Staates untersteht, so soll diese Entscheidung doch auf keinen Fall daran hindern, daß die durch den Streitfall geschaffene Situation nochmals von dem Rat oder von der Versammlung, entsprechend Artikel 11 des Paktes, nachgeprüft wird. Dieser Passus ist neu hinzugefügt worden. In dem Artikel 6, der feststellte, wer Angreifer sei, ist jetzt neu aufgenommen worden, daß jeder Staat als Angreifer begehrt wird, der sich einer schiedsgerichtlichen Entscheidung nicht unterwirft, die feststellt, daß der Streitfall, der sich zwischen ihm und einem anderen Staate erhoben hat, eine Frage ist, die nach der Entscheidung des internationalen Rechts der ausschließlichen Kompetenz dieses Staates untersteht. Neu hinzugefügt ist jetzt jedoch: In diesem letzten Fall soll der Staat nur dann als Angreifer begehrt werden, wenn er nicht vorher die Streitfrage dem Rat oder der Versammlung, entsprechend dem Artikel 11 des Paktes, vorgelegt hat.

Die Völkerbunds-Völkerbundsversammlung wird am Mittwoch vormittag und nachmittag Sitzungen abhalten und die große Debatte über das Protokoll eröffnen. Man rechnet mit einer Dauer der Debatte bis Donnerstag vormittag. Politis, Benesch und Briand werden als Wortführer für das Protokoll sprechen. Man kann jetzt mit einem Schluß der Tagung am Donnerstagabend rechnen.

Vor dem Abschluß der Londoner Anleiheverhandlungen.

Berlin, 1. Oktober. Der Reichsfinanzminister **Dr. Luther** wird sich heute nach London begeben. Die Verhandlungen, die in London über den Abschluß der Anleihe geführt worden sind und an denen auch der Reichsbankpräsident **Dr. Schacht** teilgenommen hat, sind so weit gediehen, daß mit einem amnestischen bevorstehenden Abschluß gerechnet werden kann.

Gründung der Bank für Industrieobligationen.

SPD. In Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers **Dr. Gamm** wurde am Dienstagnachmittag die im Dawesplan vorgesehene Bank für Industrieobligationen im Reichswirtschaftsministerium gegründet. Von der Reichsregierung wurden als Aufsichtsratsmitglieder bestellt: Staatssekretär **Dr. Trendelenburg** vom Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor **Paul** vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Ministerialrat **Dr. Dorn** vom Reichsfinanzministerium, das geschäftsführende Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, **Geheimrat Bühler**, Professor **Dr. Fleckheim**, Rechtsanwalt **Wamers** und **Paul v. Schwabach**. Von den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sind bisher nur die von der Reparationskommission zu ernennenden drei ausländischen Mitglieder bestellt worden. An dem Gründungsakt, den der Reichswirtschaftsminister mit einer Ansprache einleitete, nahmen der von der Reparationskommission zum Treuhänder für die Industrieobligationen bestellte italienische Staatsangehörige **Regara** sowie Herr **Robinson** als Vertreter der Reparationsagenten teil.

Der bisherige Reichsverkehrsminister **Defer** hat wegen seiner Wahl zum Generaldirektor der Reichsbahn sein Mandat als preussischer Landtagsabgeordneter niedergelegt. Für **Defer** tritt **Victor Sommer** (Magdeburg) in den Preussischen Landtag ein. Der Reichstagsabgeordnete **Kühner** (Zettlitz) der dem

Verwaltungsrat der Reichsbahn angehört, wird ebenfalls sein Mandat niederlegen, ebenso sein Mandat im Preussischen Staatsrat.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Die erste Oktoberrate von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. **U. Berlin, 30. September.** Die für den Monat September gemäß dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind nicht nur pünktlich geleistet, sondern sogar überschritten (!) worden, so daß ein beträchtlicher Ueberschuß erzielt worden ist. Die Totalsumme von 83 Millionen setzt sich aus den beiden Zahlungen der deutschen Regierung von zusammen 40 Millionen Goldmark, den Einnahmen aus dem Recovery Act und von der Regie, sowie den deutschen Zahlungen an die Befehlsmächte zusammen. Nach Mitteilungen des stellvertretenden Generalagenten für Reparationszahlungen ist der am 1. Oktober fällige Reparationsbetrag von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. Nach Meinung des Herrn **Dawes** liefern diese Zahlungen einen weiteren Beweis für das erfolgreiche Wirken des Dawesplans.

Um die 26prozentige Abgabe.

U. Paris, 1. Oktober. Gestern nachmittag hat **Herriot** an den deutschen Geschäftsträger eine Note überreichen lassen, die erneut die Auffassung der französischen Regierung in der Frage der 26prozentigen Einfuhrabgabe darlegt. **Herriot** bekräftigt entschieden, daß diese Abgabe den Bestimmungen des Dawes-Planes widerspreche. Die französische Note ist als eine Antwort auf die Protestnote aufzufassen, die der deutsche Geschäftsträger in der vergangenen Woche am **Lay d'Orsay** überreicht hat.

U. Paris, 1. Oktober. Der Brüsseler Temps-Korrespondent bestätigt, daß der belgische Ministerpräsident grundsätzlich die Aufgabe der 26prozentigen Abgabe auf deutsche Einfuhrgegenstände beschlossen hat. Ein Dekret hierüber wird kraft eines 1920 angenommenen Gesetzes demnächst erscheinen. Vorläufig ist noch die Form der Erhebung an der luxemburgisch-deutschen Grenze zu regeln. Die Maßnahme wird innerhalb der ersten Oktoberhälfte in Kraft treten.

Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD, Paris, 30. September. Die deutsche Handelsdelegation ist am Dienstag nachmittag und abend in 2 Gruppen in Paris eingetroffen. Die Eröffnungssitzung der deutsch-französischen Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Ländern findet am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr im auswärtigen Amt unter Vorsitz des Ministerpräsidenten **Herriot** statt. Die weiteren Beratungen werden dann im Handelsministerium stattfinden.

Ergebnislose französisch-belgische Verhandlungen. **U. Paris, 1. Oktober.** Die bisherigen zwischen Belgien und Frankreich gepflogenen Verhandlungen über die Anpassung der gegenseitigen Zollsätze verliefen resultatlos.

Die Marinekontrollkommission aufgelöst.

Berlin, 30. September. Halbamtlich wird gemeldet: Da alle Abklärungsfragen, soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die Internationalisierte Marine-Kontrollkommission laut Beschluß der Völkerbundsversammlung vom 30. d. M. aufgelöst. Im Laufe der vergangenen Woche sind von der Internationalisierten Militärkontrollkommission des Reichswehrministeriums die Stäbe der Wehrkreiskommandos I, II und III und der 3. Kavallerie-Division, einige Truppenteile in Schneidmühl, Stettin und Swinemünde, ferner Beseitigungswerke in Geestemünde und Cuxhaven, verschiedene Versperrungs-, Bekleidungs- und Jollämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besichtigt worden. Die Prüfungen sind reibungslos verlaufen.

Der Inhalt des Memorandums.

SPD, Paris, 30. September. Unter Betonung des vertraulichen Charakters des am Montagnachmittag vom deutschen Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten überreichten Memorandums hebt der Temps hervor, daß das deutsche Dokument in dem wichtigsten Ausdrücken gehalten sei und daß es weniger einen genauen Fragebogen als ein nuanciertes Exposé derjenigen Punkte bilde, über die die Reichsregierung Auskünfte erhalten möchte, bevor sie einen Zulassungsvertrag stelle. Deutschland spricht darin die Hoffnung aus, daß es wie die andern Großmächte behandelt werde, d. h. daß es einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat erhalte. Das Memorandum erinnert daran, daß Deutschland mit Rußland den Rapallovertrag abgeschlossen habe und ersucht daher darum, daß sein Eintritt in den Völkerbund es nicht zwingen, gegebenenfalls, d. h. im Falle eines russisch-polnischen Konflikts, entweder gegen die Moskauer Regierung einzugreifen oder durch Öffnung seines Territoriums für den Durchmarsch von militärischen Kräften Polen gegen Rußland unterstützen müßte. Die Reichsregierung spricht den Wunsch aus, daß die Sowjetregierung so bald als möglich in den Völkerbund zugelassen werde. Schließlich möchte die Reichsregierung wissen, ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Lösung gewisser Probleme erleichtern würde, wie z. B. der militärischen Kontrolle usw.

Die thüringische Regierung in Verlegenheit.

Das „Material“ gegen **Loeb** reicht nicht aus. Aus **Wilmers** wird ausgeschrieben: Nachdem am Donnerstag voriger Woche der Gesetzbundungs- und Haushaltsausschuß des thüringischen Landtags einstimmig beschlossen hat, daß den Mitgliedern beider Ausschüsse die Revisionsberichte über die Staatsbank zugestellt werden sollten und die Regierung sich bereit erklärt hatte, dieselben so schnell wie möglich vervielfältigen zu lassen, hat sie plötzlich zu Beginn dieser Woche Bedenken bekommen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte auf Grund dieser Zusage am Montagnachmittag ihre Mitglieder zu einer Fraktionsitzung zusammenberufen, um zu den Berichten Stellung zu nehmen. Da die Berichte jedoch bis Montagmittag noch nicht im Besitz der Ausschußmitglieder waren, frag man beim Finanzminister an, ob die Fraktion die Berichte erhalten könnte. Der Herr Staatsminister **Kühner** teilte telefonisch jedoch mit, daß der Regierung inzwischen schwere Bedenken gekommen seien, die Berichte anzuhändigen. Von einem der Revisoren sei auf einen Punkt hingewiesen worden, der noch nachgeprüft werden müsse. Mit dieser Nachprüfung hat Herr **Kühner** die Rechnungskammer beauftragt.

Der Finanzminister sucht also nach neuem Material. Das bisherige reicht nicht aus, um den **Juden** und Sozialdemokraten **Loeb** zur Strecke zu bringen. Dabei hat der Herr Minister dem Ausschuß mitgeteilt, daß in den Revisionsberichten schwere Verhältnisse gegen das Staatsbankgesetz festgestellt worden seien, aus Grund dessen er den Staatsbankpräsidenten **Loeb**, allerdings erst nach dessen Amtsniederlegung, seines Amtes entheben hat. Herr **Kühner** bekommt es mit der Angst zu tun. Er läßt weiter suchen, um den Strohhalm zu finden, an den er sich klammern kann. Es ist charakteristisch, daß man einen Beamten der Rechnungskammer mit der Revision beauftragt hat, der früher bei der Thüringischen Staatsbank, Filiale **Altenburg**, tätig war und den der bisherige Staatsbankpräsident **Loeb** enkrat und den Finanzminister zum Verfügen gestellt hat. Bei einer vor Wochen stattgefundenen Besprechung hat **Loeb** bereits auf diesen Umstand, daß dieser Beamte unter Umständen an der Revision der Staatsbank teilnehmen könnte, hingewiesen.

Daß Herr **Kühner** eine oberflächliche Sache vorzitt, geht auch aus einer Ausfregung hervor, wonach die ganze politische Aktion von **Loeb** selbst hinterlistig herbeigeführt worden sei, um die Aufmerksamkeit von den Revisionsberichten abulenken. Diese Mitteilung kommt zweifellos aus dem Ministerium selbst, das damit beabsichtigt, die Deffektivität langsam auf den Zusammenbruch des ganzen Nummern gegen **Loeb** vorzubereiten.

Die „internationale“ Bankwelt.

Von Rafael Nieto (Mexiko).

Die Wendel ist der Name einer der mächtigsten Familien von Mineurnagnaten in Lothringen. Francois de Wendel war damals in Frankreich der Vorsitzende des Comité des Forges und Abgeordneter im französischen Parlament. Sein Bruder Karl de Wendel ist in Deutschland naturalisiert, war zu gleicher Zeit Mitglied des deutschen Reichstags. Die Rothschilds sind, wie allgemein bekannt, Barone in Frankreich, Deutschland, Oesterreich und England und ihr Name hat sich sogar den Eigenheiten der Sprache ihres Wirtsvolkes angepaßt. Thosien, einer der deutschen Stahlkönige, hat einen seiner Söhne in Frankreich naturalisieren lassen, um seine Bergwerksinteressen in der Normandie zu schützen. Dies war übrigens unnötig. Denn in der Generalversammlung der Eisenwerkgesellschaft Caen vom Jahre 1918 wurde folgender Beschluß gefaßt:

Es versteht sich von selbst, daß ein Teil der Gewinne dieser Gesellschaft in der Munitionsherstellung (für Frankreich) der Gruppe Thosien reserviert wird und daß nach dem Kriege die Herren Thosien automatisch und rechtmäßig ihren Anteil überwiegen erhalten werden.

Dazu macht das Pariser Devoir folgende Anmerkung: Da es eine Tatsache ist, daß die gleiche Familie Thosien auch in Deutschland für den Krieg arbeitet, erhält diese Interessengruppe Zahlungen aus zwei Händen und von beiden Seiten der Grenze für Kriegsmaterial, das sie für Deutschland und Frankreich geliefert hat. Wenn das Geld keinen Geruch hat, so hat der Stahl kein Vaterland.

In den ersten Monaten des Krieges wollte General Sarrail eine Offensive gegen das Tal von Brieg richten, aber der Generalstab hinderte ihn daran. Ebenso haben Subalternoffiziere mehrfach versucht, die deutschen Stellungen bei Brieg zu bombardieren, aber sie erhielten gegenteilige Ordre oder sie wurden gar bestraft. Der Abgeordnete Barthe eröffnete im französischen Parlament:

Ich habe festgestellt, daß während des Krieges ein General eine offizielle Rüge erhielt, weil er den Distrikt von Brieg durch Aeroplane mit Bomben hatte besetzen lassen, und daß in einer gewissen Periode des Krieges die Herbeiführung der Krieger am Bombardieren dieser Gegend hinderten.

Und als sich die Beschießung von Brieg nicht mehr hinterhalten ließ, richtete sich der Angriff nur gegen Objekte, die täglich von dem Leutnant Rejeune ausbüchlich bezeichnet wurden, und dieser Rejeune war nach der eigenen Erklärung Wendels in der französischen Kammer Beamter des Comité des Forges. Was ist aber da auch weiter dabei, da doch Herr Millerand selbst jetzt Gouverneur von Elah-Colhringen, dann gar Präsident der Republik, Generalanwalt des besagten Comité des Forges gewesen ist?

Aber es ist überflüssig, in dem Schlamm der großen Interessen der Privilegierten weiterzuwühlen. Wir brauchen nicht mehr auf den Fall hinzuweisen, den Senator Henri Berenger angepöngelt hat, die Stellung eines norwegischen Schiffs durch ein französisches Kriegsschiff im Kanal La Manche. Das Fahrzeug hatte Nickel aus Neufablonien (einer französischen Besitzung) für Krupp geladen und mußte auf höheren Befehl sofort freigelassen werden, zweifellos auf Intervention des Comité des Forges. Ebenfalls brauchen wir auf die Beweise zurückzukommen, die Liebnecht im Jahre 1918 im deutschen Reichstag über Subsidien Krupps an französische Wälder erbrachte, damit sie zum Kriege gegen Deutschland besten und man diese Angriffe alsbald im deutschen Reichstag benutzen könnte, um wegen Frankreichs Angriffslust eine Erhöhung der deutschen Rüstungen zu verlangen. Und es ist überflüssig, sich weiter über den erbarmungslosen und brutalen Egoismus der Hochfinanz zu erbohen. Glücklicherweise ist ein Krieg nur mehr mit Zustimmung seiner Opfer möglich und der Wille der Letzteren wird wohl bald nicht mehr weit von jener Willen eines Barbusse entfernt sein.

Und die dreißig Millionen Sklaven, die man, von Verbrechen und Irzium verblendet, zu einem Krieg des Schlammes gegeneinander losgelassen hat, sie heben endlich ihre Menschenankette empor, darinnen etwas wie erwachender Mitleid zu lesen ist. Die Zukunft liegt in der Hand der Sklaven und es ist deutlich, daß die alte Welt durch den Zusammenbruch dieser verurteilt werden wird, die unzählig sind und deren Elend keine Grenzen hat.

Ludendorffs Frontbann.

Deutschvölkische Propaganda mit „echt jesuitischer Verschlagenheit“.

SPD. München, 20. September. Die Bemühungen der Kreise um Ludendorff, darzutun, daß der Frontbann absolut offen und loyal aufgezogen worden sei, widerlegt am Montagmittag das Justizministerium durch Mitteilungen aus beschlagnahmten Briefen und Verfügungen des Frontbann-Kommandos. In einem dieser Briefe an einen jetzt verhafteten Frontbann-Führer heißt es u. a.: „Die Sache steht nun folgendermaßen: Röhm war beim Innenminister und will nun auch noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit Seekt im Gange, um die ganze Geschichte in aller Deffentlichkeit auszuheben zu können, ohne Gefahr laufen zu müssen, daß die Geschichte gleich mit dem ersten Aufruf, der in der Zeitung erscheint, ein Verbot erhält. Die Auslichtung betreffs Gestaltung sind nicht gerade schlecht, weil wir die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen; auch ist der Presseaufwurf, den Schramm (Verteidiger Röhms im Hiltner-Prozess, D. Red.) mit echt jesuitischer Verschlagenheit verfaßt hat, den Ludendorff auskorrigiert und genehmigt hat, so staatsrotte abgefäht, daß der Herr Innenminister ganz erlaunt war, daß er uns anheimend solange verkannt hat...“ In einem weiteren Briefe, den Röhm an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit geschrieben hat, heißt es: „Sonst geht hier alles seinen alten Trott. Arbeit, die allmählich schon keine Beschäftigung mehr ist, wie ich es eigentlich liebe, und recht wenig Erfreuliches, d. h. nicht aus unserem Verband. Da scheint die Geschichte so langsam wieder hochzudribeln zu wollen. Aber sonst hat man viel Vergnügen mit der Regierung und mit den übrigen Hochverrätern. Gestern war ich beim Herrn Innenminister und habe mich in empfehlender Erinnerung gebracht. Am Montag werde ich dem Ministerpräsidenten Grüß Gott! sagen. Nun, so hat man eben seine Sorgen um den Frontbann. Die Schweinebande wollte mir gleich die ganze Geschichte verbieten. Nun lehnte ich es aber doch durch. Die Herren in Bayern, die werden staunen, wie staatsrotte ich auf einmal geworden bin.“

Das Verfahren gegen die Führer des Frontbanns ist jetzt von den bayerischen Justizbehörden an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig gelangt. Eine Beschwerde der Beschuldigten auf Aufhebung der bisher getroffenen Maßnahmen ist laut Tagesblatt vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden.

In den völkischen Kreisen soll große Erregung herrschen. In einer am Sonnabend abgehaltenen Führerversammlung sei festgestellt worden, daß die Beschüsse und Handlungen der völkischen Kreise demonstrativen Charakter annehmen würde, falls tatsächlich Beschwerde eingelegt und Hitler am 1. Oktober nicht freigelassen würde. Wie Wolffs Bureau aus München meldet, ist am Montagabend die Münchner Polizei in Alarmbereitschaft gesetzt worden.

Nach Ansicht der Münchner Polizeidirektion ist durch die Nichtfreilassung Hitlers die politische Lage so gespannt, daß es für notwendig hielt, für die nächste Zeit keine Genehmigung für größere Versammlungen zu erteilen. Von dieser Maßnahme

wird zunächst der Staatshelm getroffen, der zum Geburtsfest Hindenburgs am 2. Oktober eine große Feier veranstalten wollte. Im übrigen ist, wenigstens nach außen hin, von einer Erregung in den völkischen Kreisen nichts zu spüren. Selbst der Völkische Anker legt sich seit Montag eine geradezu überraschende Zurückhaltung auf und fordert lediglich die Veröffentlichung der Beschwerdechrift der Staatsanwaltschaft.

§ 218... und kein Ende.

Todesopfer.

L. R. In der Berufungsinstanz hat am Montag in Berlin die Gerichtsverhandlung gegen den berühmten Apotheker Heiser begonnen. Von den 400 Patientinnen, die er der Staatsanwaltschaft namhaft gemacht hat, sind nur 26 als Zeugen gegen ihn — also auch gegen sich selbst vorgeladen und erschienen. Manche von ihnen sind bereits abgereist, andre hatten noch der Hauptverhandlung Heiser war zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden — ein Jahr davon hatte er in der Untersuchungshaft bereits verbüßt. Der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt: Er hätte dem Staat wirklich die Kosten erspart können, um so mehr, als die Bewegung gegen den § 218 seit der ersten Verhandlung gegen Heiser mächtigen Aufschwung genommen hat. Gerade die preussische Regierung war es, die sich im Landtag für eine äußerste Herabsetzung des Strafmaßes ausgesprochen hat, und im Reichstag stehen demnach auch Debatten zu diesem Problem bevor. Genossin Dr. Wegscheider ist als Sachverständige Zeugin geladen, sie kannte Heiser persönlich. Er hatte nach seiner ersten Entlassung aus der Untersuchungsanstalt seine Abtreibungstätigkeit fortgesetzt, wie er vor Gericht erklärte, einerseits aus Not, andererseits aus Prinzip; er wollte durch ein Aussehen erregendes Verfahren der Bewegung gegen den Abtreibungsparagrafen einen neuen Anstoß geben. Das Gericht besteht aus drei Berufsrichtern und zwei Schöffen, darunter eine Oberlehrerin. Es bereitete ihr sichtlich eine große seltliche Pein, dem Prozeß beizuwohnen. Man kann auf seinen Ausgang gespannt sein.

Gewissermaßen das Vorbild zu diesem neuen Heiser-Prozess bildet der tragische Tod einer Frau Lipowsky und der darauf gefolgte Selbstmord einer Frau Stenger, die bei der ersten einen Abtreibungsversuch vorgenommen hatte. Als der Mann der Lipowsky seine Frau von der Stenger holen wollte, erklärte sie ihm, daß letztere unter ihren Händen gestorben sei. Während nun der Mann sich zur Polizei begab, entfernte sich die Frau Stenger aus der Wohnung und stürzte sich in den Teltowkanal. Die Polizei fand die Frau Lipowsky in einem Korb gepackt: Höchstwahrscheinlich sollte sie fortgeschafft werden. Der Tod war durch Embolie erfolgt — eine bei Abtreibungen nicht seltene Erscheinung. Frau Stenger betrie die Abtreibungen gewerbsmäßig und hatte äußerst starken Zulauf. Die Operationen nahm sie gewöhnlich in ihrer schmühen Küche vor.

So erzählt der Prozeß Heiser durch diesen tragischen Fall seine grelle Beleuchtung. Auf der Anklagebank sitzt der § 218.

Wie in Deutschland ist auch in Oesterreich dem Abtreibungsparagrafen, dem gleichartigen § 144, eine heftige Fehde angelegt. Andererseits aber hat gerade in Wien ein Feldzug gegen die Abtreibung begonnen: er wird von kirchlicher Seite inspiert. Erst vor einiger Zeit wurden selbst drei bekannte Professoren dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Gerichtsverhandlungen häufen sich von Tag zu Tag. Während die erste Instanz harte Strafen verhängt, kommt die Berufungsinstanz größtenteils zum Freispruch. Die Abtreibungsprozesse sind hier zum Lotteriespiel geworden — ein graufiges Spiel auf Kosten der proletarischen Mütter.

Es wäre endlich an der Zeit, daß dieser unbillige Paragraf hieße. Wäre Leben, Gesundheit und Seelenpein würden den Frauen und auch ihren Männern erspart bleiben.

Erlaß Degouttes zur Durchführung der Amnestie.

Aus Düsseldorf meldet die D. W. General Degoutte erläßt eine Reihe besonderer Verfügungen, in denen die Befreiung der in London getroffenen Vereinbarungen anpaßt. Die Verfügungen betreffen vor allem die Einstellung der Verfahren gegen Personen, die sich Vergehen politischer Art oder vorwiegend politischer Art gegen die Befreiung haben zuschreiben lassen, ferner einen Strafzulaß, in dem allerdings bestimmt wird, daß bereits vor dem 30. August bezahlte Geldstrafen nicht zurückgezahlt werden. Die deutsche Gerichtsbarkeit wird wiederhergestellt. Auch werden Ueberstellungen, die sich gegen die besonderen Dienststellen der Befreiung, namentlich gegen die Verwaltung der Röhle, der Forsten und des Alkohols und gegen die Ein- und Ausfuhrstellen richten, ferner alle Vergehen dieser Art, die seit 30. August bis zur endgültigen Abgabe der besonderen Dienststellen bekannt wurden, an die deutschen Gerichte verwiesen werden. Gleichseitig werden auch die Erlasse aufgehoben, die die Arbeit der hier genannten besonderen Dienststellen regeln. Eine Ausnahme bildet die französische-belgische Eisenbahnregie, die auch weiterhin ihre Tarife anwenden wird.

Koblenz, 30. September. Die Zahl der noch ausgetretenen Beamten und Privatpersonen ist mit dem heutigen Tage für das von den Franzosen besetzte Gebiet auf 55 zurückgegangen. Andererseits ist die Zahl der nicht zu ihren Aemtern wieder zugelassenen Beamten auf 125 herabgesetzt worden. Diese Zahl wird demnach noch vermindert werden. Die deutsche Abordnung hat der Rheinlandskommission alle WiederEinstellungslisten für gewisse Behörden vorgelegt. Ferner werden am 21. Oktober bei dem Uebergang der interalliierten Dienststellen an die deutschen Behörden die Post- und Pappbeamten automatisch in ihre Dienststellen wieder einrücken.

W. Bochum, 30. September. Eine Reihe der Teilnehmer des Hauptkongresses vom vorigen Jahre, die von dem Sondergericht Bochum zu langen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, sind nunmehr begnadigt worden.

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

U. New York, 30. September. Auf die Genfer Meldungen über die geplante Abrüstungskonferenz hin wird in Washington eine Erklärung erteilt, daß die Regierung jede Abrüstungskonferenz unterstützt. Im Weißen Hause würde man es aber lieber sehen, wenn statt des Völkerbundes die Großmächte als Teilnehmer der Konferenz auftreten, weil dadurch Amerika eine weit größere Handlungsfreiheit erhalte. Eine Verpöndung der Schuldenfrage mit der Abrüstungskonferenz dagegen wäre Amerika keinesfalls angenehm. Das schließt aber nicht aus, daß Amerika zu einer besonderen Schuldenkonferenz der europäischen Staaten Beobachter entsendet.

Das französische Budget.

SPD. Paris, 30. September. Am Dienstag entwickelte im Haushaltsauschuß der Kammer, unter dem Vorsitz des sozialistischen Abg. Auriol, der Finanzminister Clementel die Grundzüge des Budgetentwurfs. Es wurde beschlossen, daß der Ausschuh zunächst lediglich die Aufgaben der verschiedenen Ressorts festlegt und daß man erst nach dieser Festlegung an die Prüfung der Einnahmen schreiten will. Wie man hört, beläuft sich das Budget auf 32 Milliarden Franz und weist einen Reibetrag von 6 Milliarden auf. Den man zum Teil durch bessere Organisation des Steuerdienstes, zum Teil durch Einschränkung der Ausgaben, zum Teil auch durch neue, direkte und indirekte Steuern weitmachen will.

Französische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht. U. Paris, 1. Oktober. Das französische Finanzministerium ist in Verhandlungen mit den fremden Ländern, insbesondere mit Belgien und der Schweiz eingetreten, um in wirksamer Weise der Kapitalflucht entgegenzutreten und Maßnahmen zur Rückführung des nach dem Auslande verschleppten Kapitals zu ergreifen.

Die Kämpfe um Shanghai.

SPD. London, 30. September. Die Kämpfe um Shanghai sind erneut mit größter Heftigkeit ausgebrochen. Auf beiden Fronten ist die Artillerie verstärkt worden, die seit Montag ununterbrochen in Tätigkeit ist. In Shanghai treffen unausgeseht Beru und Bete ein. Die Zahl der Toten an der Front soll außerordentlich hoch sein. Im Verlaufe dieser Schlacht sind mehrere Brücken der Eisenbahn zwischen Shanghai und Hangschou zerstört worden. — Auf dem nördlichen Schauplatz des Bürgerkrieges herrscht vorläufig auf beiden Seiten Zurückhaltung. Sowohl die Regierungstruppen wie die Truppen Tschangschins ordnen sich zur entscheidenden Schlacht.

London, 30. September. Daily Mail berichtet aus Shanghai, es werde mitgeteilt, daß Tschangschin 50 000 Pfund Sterling für die Gefangenennahme Tiao Kuns, des Präsidenten von China, oder Wu-Pei-Fus und 15 000 Pfund für ihre Köpfe ausgezahlt hat.

Tagung der Zentralekutive des Sowjetbundes.

U. Die Moskauer Sowjetblätter bringen die offizielle Mitteilung, daß die Herbstsession des Zentralekutivekomitees der 2. Wahlperiode des Sowjetbundes in Moskau am 15. Oktober beginnen soll. Die Tagesordnung enthält als wichtigste Punkte: Handelspolitik und Innenhandel, Finanzpolitik, die Ernteergebnisse, Verfassungsfragen. Eine am 5. Oktober beginnende Tagung des Russischen Zentralekutivekomitees soll der Bundestagung vorausgehen.

Die Balkanstaaten fordern Aufhebung der bolschewistischen Propagandazentrale.

U. Wien, 1. Oktober. Die Balkanstaaten haben eine Konferenz abgeschlossen und beschlossen, eine gemeinsame Note an die Wiener Regierung zu richten, mit der Aufforderung, die angeblich in Wien sitzende bolschewistische Propagandazentrale für die Balkanstaaten aufzulösen.

In Dorpat ist das südkandinavische Aktionskomitee der Bolschewisten in die Hände der Polizei gefallen. Da in Rival Kriegszustand herrscht, halten die Kommunisten ihr Hauptquartier nach Dorpat verlegt, wo der Staatsverklammerungsabgeordnete Heidemann das Haupt ihrer Bewegung war. Aus beschlagnahmten Akten soll hervorgehen, daß terroristische Akte geplant waren. 14 Personen sind verhaftet worden. Hiemann entging der Verhaftung, da er sich in Rußland befindet.

Weitere Ergebnisse der schwedischen Wahlen.

Stockholm, 30. September. Die Ergebnisse der Wahlen zur zweiten Kammer des Reichstags liegen jetzt vor aus 17 Wahlkreisen. In diesen Kreisen erhielten die Konservativen 43 Mandate (bisher 43), der Bauernbund 13 Mandate (bisher 11), die Liberalen 4 Mandate (bisher 6), die Freisinnige Volkspartei 16 Mandate (bisher 15), die Sozialdemokraten 75 Mandate (bisher 74) und die Kommunisten 1 Mandat (bisher 2). Elf Wahlkreise stehen noch aus.

Von Nah und Fern.

Gerißzusammenbruch.

Berlin, 23. September. Beim Abladen schwerer Eisenrohre auf dem Gelände der Groß-Funktion Königs-Wulterhausen brach das Gerüst, auf dem der Falschzug, dessen man sich beim Abladen bediente, angebracht war, zusammen. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet. Ein anderer erlitt schwere Verletzungen.

Das Stadttheater in Luzern niedergebrannt.

Genf, 30. Sept. (B. L.) Das Stadttheater in Luzern geriet gestern Abend in Brand. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Feuerwehr nicht in das Innere des Gebäudes bringen konnte, daß gänzlich ausbrannte. Die gesamte Einrichtung, Dekorationen und Kostüme sind verbrannt. Am Donnerstag sollte die Spielzeit eröffnet werden. Die Ursache ist offenbar Kurzschluß.

Gehobene deutsche Kriegsschiffe in Scapa Flow.

U. London, 30. Sept. Am Sonnabend wurde bei Scapa Flow verankerte deutsche Torpedobootzerstörer (3) gehoben. Damit ist von den 26 dort verankerten Kriegsschiffen das fünfte gehoben worden.

Heftiger Sturm in den Porenänen.

U. Porenänen, 1. Oktober. Gestern nachmittag wütelte über den Ost-Porenänen ein heftiger Sturm. Zahlreiche Telegraphenmasten wurden umgelegt und Bäume entwurzelt. Auf den Straßen ereigneten sich verschiedene Unfälle. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Tödlicher Absturz zweier Militärlieger.

Stockholm, 30. September. Bei den schwedischen Manövern stießen in der Nähe von Sala zwei Kampfflugzeuge in einer Höhe von 300 Metern zusammen und kürzten ab. Die beiden Lieger, die Oberleutnants Kernst und Uberg, waren sofort tot.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Albert Fichte in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

XL

Nordheimer sagt:

Was ist verständlicher, als abends nach des Tages Last und Mühe im gemüthlichen Lehnstuhl auszuruhen, den Radiohörer am Kopf und Nordheimers Kamelhaarflöschchen mit Filz und Lederohle für 2 Mark 90 an den Füßen.



Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Goldmark und Dollar lautende wertbändige Notgeld der Deutschen Reichsbahn mit den Ausgabedaten vom 23. Oktober 1923 und vom 7. November 1923 mit Wirkung vom 15. September 1924 und einer Einlösungsfrist bis einschließlich 15. Oktober 1924 aufzuheben. Der Umtausch gegen andere Zahlungsmittel erfolgt innerhalb dieser Zeit bei allen Eisenbahnstationen. Nach dem 15. Oktober 1924 eingehende Einlösungsanträge müssen grundsätzlich abgelehnt werden.
Berlin, den 9. September 1924.
Der Reichsverkehrsminister.
J. W. von Kumbier

Die Geschäftsinhaberin Elsa Verhel 31 Jahre alt beabsichtigt, in dem unter Nr. 78 C Nr. A der Ortsliste, Nummer 190 I des Katasters für Böhlitz-Ehrenberg verzeichneten an der Weiskraße gelegenen Grundstück eine Schweinefleischerei zu errichten.
Gemäß § 17 der Reichsgemeindeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Verstoß gegen die Bestimmungen der Reichsgemeindeordnung beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.
Leipzig, am 1. Oktober 1924.
2 H 535 Die Amtshauptmannschaft.

Ab 1. Oktober 1924 gelten für Kaffee aus den höchsten Gasmerten bis auf weiteres folgende Preise:

Gröbkaffee	je 3tr.	je hl
Kaffee (Weidinger)	Gm. 1.80	Gm. 1.70
Verkauf	Gm. 1.80	Gm. 1.50
	Gm. 0.80	Gm. 0.70

Kaffee wird, soweit die Vorräte reichen, in jeder Menge abgegeben.
Leipzig, am 30. September 1924.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Großsch. Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung. Donnerstag, den 2. Oktober 1924, nachmittags 1/2 5 Uhr, im Ratshaus.

- Tagesordnung:
1. Nicht-Öffentlichung d. Sparfahrentabelle für 1924
 2. Erweiterung d. Feuerlöschhausbeschlusses betr.
 3. Auflösung des Vertrags über die Gemeindefürsorge.
 4. Errichtung des Schachbrunnens im Wasserwerk
 5. Das Stadtbad betr.
 6. Kosten für Einholung eines Gutachtens in Sachen Erwerbslosenfürsorge.
 7. Vermögensübertrag d. Stadt Großsch. betr.
 8. Darlehenslast betr.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.
Großsch. Die Nachtverträge über die öffentlichen Garten- u. Feldparzellen an der Langendorferstraße, am Voetenweg (Vereinshaus) links und rechts der Windmühlstraße ausschließlich Diagonalfeld laufen am 30. September 1924 ab und sollen weiter verpachtet werden.
Diejenigen Pächter, die den Nachtvertrag nicht verlängern wollen haben dies bis 1. Oktober 1924 auf dem Rathaus, Zimmer 7 zu melden.
Verpachtung mehrerer Parzellen an einen Pächter ist künftig ausgeschlossen.
Großsch., am 29. September 1924.
Der Stadtrat.

Großsch. Die Brandversicherungs-Kammer erhebt mit ministerieller Genehmigung für die Gebäudeabteilung am 1. Oktober 1924 einen Beitrag von 1 Gold-(Renten)-Pfennig für die Beitragsgebäude.
Diese Beiträge sind bis zum 8. Oktober 1924 hierher zu bezahlen.
Großsch., am 29. September 1924.
Der Stadtrat.

Begau. Das Stadtbad ist vom 1. Oktober 1924 ab geschlossen.
Begau. Wegen Reinigung bleiben die Geschäftsräume des Stadtrats, mit Ausnahme der Spar- und Girokasse, Freitag, den 3. Oktober nachmittags, und Sonnabend, den 4. Oktober d. J. geschlossen. Dringliche Angelegenheiten werden Sonnabend vormittags von 10 bis 11 Uhr in der öffentlichen Volksetzungsstunde erledigt.
Wir haben beschlossen, die Stiegenstraße in V.-Schleußig am 1. Januar 1925 in der nachfolgenden Weise neu zu nummerieren.
Kom. Schleußiger Wege aus:

linke Seite:	rechte Seite:
Alte Nr. Brandl-Nr. Neue Nr. 1-43	Alte Nr. Brandl-Nr. Neue Nr. 2-20
Bauplatz 1-43	Bauplatz 2-20
Neubt. Ringstraße 45-57	Neubt. Ringstraße 22-24
folgt Veltstraße	folgt Veltstraße
Bauplatz 59	2c 80 B 52
1k 61	2c 80 C 54
Bauplatz 63-73	2c 80 D 56
folgt Veltstraße	2a 81 60
11 75	folgt Köhnerstraße
Bauplatz 77 u. 79	2 143 62
1c 81	4 144 64
1b 83	6 145 66
1a 85	8 146 68
folgt Köhnerstraße	10 147 70
1 87	folgt Brodhausstraße
3 89	12 149 C 72
5 91	folgt Seumestraße
7 93	
9 95	
11 97	
folgt Brodhausstraße	
13 99	
15 101	
17 103	
19 105	
21 107	
folgt Seumestraße	

Der Rat der Stadt Leipzig 1. Oktober 1924

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem Leiden erkrankt am Dienstaamorgen im 71. Lebensjahre unsere gute Mutter, Schwieger-, Großmutter und Tante Frau Luise verw. Oschätz geb. Baum u. Pönnig Köhnerstraße 2 u. Connewitz Windfeldstr. 39 an tiefer Trauer.
Ruhesitz und Familie
Johanna Schmalzried geb. Nöckel
Max Schmalzried.
Einäschung Freitag, 3. Oktober, nachm. 2 Uhr auf dem Friedhof.

Frauen

Seidensgenossin?
Alle neuesten hygien. Artikel (auch reell) n. d. H. M. Thoms, Kutsch., Wigandstr. 521, Ecke Bahnhofstr. tagl. *Veranda auswärtig

Inferate

für die fälligen Nummer bestimmt erbiten bis spät 9 Uhr vormittags am Erscheinungstag.



Außergewöhnlich billiges Angebot

in Weberhaus-Wäsche

Damenhemden Trägerform, mit Hohlraum garniert, Klüppelplisse oder Stickerel	145	175	245
Damenhemden Achselanschluß, mit Besatz oder Stickerel	175	225	295
Beinkleider Knieform, mit Hohlraum oder guter Stickerel	150	210	245
Damen-Nachthemden Schlafform, mit Hohlraum oder guter Stickerel	395	475	550
Prinzebröcke mit Hohlraum oder schöner Stickerel	395	495	575
Untertaillen in sehr guter Ausführung	195		
Nachtjacken mit Säumchen garniert	275		
Herrenhemd, weiß aus gutem Renforcé	425		
Kissenbezüge 80/80, glatt, festoniert od. mit Einmalzen	165	225	265
Bettbezug, Ia Damast 130/200, schwere selbstfärbende Ware	1190		
Garnitur, Stangenleinen Ia Ware, Bezug 130/200, 2 Kissen 80/80	1700		
Betttücher schwere Kretonne 160/220	590		
Hemdosen mit Hohlraum oder Stickerel	395	495	
Männerhemd aus Ia buntem Barchent	350		
Herren-Nachthemd Gefäßform	575		
Bettbezug, bunt Ia Kretonne, 130/200	550		
Bettbezug, Ia Kretonne 130/200 und 2 Kissen, 80/80	1290		
Garnitur, Damast beste Qualität, 1 Bezug, 130/200, 2 Kissen, 80/80	1875		
Betttücher Ia Halbleinen, 150/220	690		

Frauen-Hemden besonders preiswert 245 345
mit angeschnittenen Ärmeln aus Ia buntem Barchent.

Textilhandels-Gesellschaft Zum Weberhaus A. Leipzig, München, G. Frankfurt am Main

Bureau: Leipzig-Schleußig, Erhardstr. 6

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:

Bayerische Straße 2, bei Luckner	Kolonnadenstraße 20	Richard-Wagner-Platz 1
Dresdner Straße 37	Könneritzstraße 36	Südstraße 36
Eisenbahnstraße 72	Kurprinzstraße 5	Tauchaer Straße 10
Gerberstraße 2	Merseburger Straße 99	Täubchenweg 92, Ecke Wallwitzstraße
Gohliser Straße 46	Pegauer Straße 20	Wigandstraße 2
Grimmalcher Steinweg 2	Peterssteinweg 13	

Unübertroffen
ist unsere
Spezialmarke
Crêpe de chine

Das Vollendteste in Qualität und Haltbarkeit, in 22 Farben vorrätig, 100 cm breit

Meter Mk **9.50**
Qualität II, gute haltbare Ware, Mtr. Mk **7.50**

KAUFHAUS
Held
LEIPZIG-STRASSE 10

Herren - Damen
Garderobe
1000 Mäntel
Anzüge - Kleider - Ulster
Frack- u. Smoking-Anzüge

bis zu den allerfeinsten Qualitäten
Durch große günstige Abschüsse
ab Fabrik u. Ersparnis der teuren
Ladenmiete kaufen Sie
außergewöhnlich billig.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung
ohne Preisaufschlag. - Besichtigung
ohne Kaufzwang erbeten

J. Kindermann Neumarkt 1.
I. Et. (Kohlh.)
Seit 44 Jahren bestehend.

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für
jeden vorkommenden Bedarf
werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingestellte
Rotationsbetrieb ist bestens
geeignet zur Herstellung von
Voll- und Wappenaufträgen

Leipziger Buchdruckeret
Wittengellgesellschaft
Tauchaer Straße 19/21

Goldmark-Eröffnungs-Bilanz am 1. Januar 1924

Vermögen		A	h
242 Hausgrundstücke		2 693 331	—
Vorhandenes Bauverm.		817 535	—
Material		2 705 19	—
Inventar		283	—
Kreditforderungen		306 51	—
Beteiligungen		1	—
Bank- und Volkskassenguthaben		185 45	—
Kassenbestand		1 086 85	—
		2 985 434	—
Schulden			
Hypotheken auf Hausgrundstücke		1 145 088	76
Reichsrenten auf Zuschußhäuser		19 898	—
Spareinlagen		584 740	50
Schuldcheine		228 131	60
Geschäftanteile		375 219	60
Georg-Bieleke-Stiftung		3 075	—
Ertrag des Erbbaurechtsvertrags		19 265	—
Vorauszahlter Mietzins		62	55
Kontoforrent-Konto		506	41
Kautions-Konto		2 517	70
Verwahrungsgelder-Konto		408	20
Interims-Konto		17 942	—
Steuerrücklagen-Konto		52 443	—
Rezerfons-Konto I		82 748	28
Rezerfons-Konto II		100 000	—
Ausgleichs-Konto		352 987	40
		2 985 434	—

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig
E G m b H.
Der Vorstand: **A. Heyde.** **Stock.**

Gemeinschaft proletarischer Freidenker
Bezirk Groß-Leipzig E. V.

Im Oktober finden folgende Ortsgruppenversammlungen statt:
Westen: Donnerstag, den 2. Oktober, im Volkshaus, Wagnitz
Süd: Freitag, den 3. Oktober, im 7. Volkshaus, Connewitz
Osten: Montag, den 6. Oktober, in der Schule a. Stephanplatz
Südosten: Montag, den 6. Okt. Bärte, Städt. Volkshaus Str. 38
Schönefeld: Donnerstag, den 9. Oktober, im Gesellschaftshaus,
Kleinzschocher: Donnerstag, den 16. Oktbr. i. d. 58. Volkshaus,
Paunsdorf: Sonnabend, den 11 u. 25. Oktbr. i. d. Welterbaur,
Stütz: Montag, den 13. Oktober, in der Sternburg-Quelle,
Bühlitz-Ehrenberg: Montag, den 13. Oktober, im Kindergarten,
Großschlachter: Freitag, den 17. Oktober, im Vindengarten,
Gohlitz-Ehrenberg: Freitag, den 17. Okt., i. d. Wagnitz, Go.
Knaulkeberg: Freitag, den 17. Oktober, im Weiden Korb,
Möckau: Montag, den 20. Oktober, in der Seidenburg,
Möckau-Wahren: Montag, den 20. Okt., i. d. Gold. Krone, Möckern,
Alt-Leipzig: Montag, den 20. Oktober, im Volkshaus,
Lautsch: Freitag, den 24. Oktober, im Schwarzen Jäger.
Beginn in den Säulen 7 Uhr, in den anderen Lokalen 8 Uhr
Überall finden unentgeltlich belehrende und wissenschaftliche Vor-
tragsabende statt - Der Eintritt ist für jedermann frei.
Am Donnerstag, den 16. Oktober, 8 Uhr Bezirksleitungs-sitzung
in der Zentrale. Die nächste Bezirksdelegiertenversammlung ist
am 30. Oktober im Volkshaus.
Die Bezirksleitung.

Rein amerikanisches
Petroleum Marke „Dapol“
beste Leuchtkraft
empfehlen zu 30 Pfg. pro Liter

Otto Miltzsch, L.-Thonberg
Reitzenhainer Straße 17.

Verein der Freidenker f. Feuerbestattung
E. V. Berlin
Gegr. 1905

Geschäftsstelle: Leipzig, Berliner Straße 13
Fernsprecher 13473 Fernsprecher 13473

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 20./21. September 1924
erhalten ab 1. Oktober die Beitragsätze folgende Regelung:

A. 3.-16. Lebensjahr 20 G. Wg. monatlicher Beitrag	Beitragsfrei
B. 16.-50. Lebensjahr 40 G. Wg. monatlicher Beitrag	Beitragsfrei nach 20 Jahren
C. 50.-65. Lebensjahr 1.- Wf. monatlicher Beitrag	Beitragsfrei nach 10 Jahren
D. 65.-70. Lebensjahr 2.- Wf. monatlicher Beitrag	Beitragsfrei nach 6 Jahren

über 70 Jahre die jeweiligen Kosten, zahlbar innerhalb eines Jahres.
Eintrittsgeld für alle Gruppen 40 G. Wg.
Eintritt in ein höheres Lebensalter bedingt nicht eine höhere Beitrags-
zahlung, sondern der bei der Aufnahme gezahlte Betrag außer Gruppe A.
Beispiel: Aufnahme erfolgt mit dem 49. Lebensjahr. Beitrag 40 Wg.
monatlich, ist zahlbar bis zum Ableben oder bis zum Eintreten der
Beitragsfreiheit.

Berücksichtigt die Inferenten der Volkszeitung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Oktober.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Marktraudt, Freitag, abends 8 Uhr, in der Turnhalle Zusammenkunft sämtlicher SPD-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Osten, heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Grüne Aue, Wand, Bernhardtstr. 26.

Gesamte Funktionärinnen.

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus in der Kolonnade. Vortrag über: "Die Hygiene der Ehe." 2. Stellungnahme zur Frauenwerbewoche. Die Tagesordnung erfordert pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Frauen.

Gohlis, Die Funktionärinnen treffen sich heute Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Bibliothek; Donnerstag in der großen Funktionärinnenversammlung im Volkshaus.

Kleinjocher, Die Genossinnen treffen sich Freitag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, am alten Friedhof, Dieskaustraße, zur Beteiligung an der Veranstaltung in Großjocher.

Thonberg-Neureuditz, Freitag, abends 8 Uhr, in der Bibliothek zur Aussprache über: "Wie gestalten wir unsere freien Winterabende?"

Kinderfreunde.

Alt-Leipzig, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, gehen wir alle in den Wilhelm-Busch-Abend ins Volkshaus, Gesellschaftssaal. Alle Kinder sind willkommen mit den Eltern, wenn sie frohe Stimmung mitbringen.

Thonberg-Neureuditz, Donnerstag Halbtages-Ausflug. Treffen 1/2 Uhr auf dem Spielplatz, Stötterthor Straße. 20 Pfg. für Straßenbahn mitbringen.

Wäcker, Donnerstag, den 2. Oktober, Tagesausflug nach Grimma. Abmarsch 1/2 Uhr vom Stadtplatz. 1.20 M. für Fahrt und Suppe ist mitzubringen.

Rindersdorf Nord, heute Mittwoch, abends 6 Uhr, Gesangsprobe im Nida-Ausgang, anschließend Theaterprobe.

Großjocher, Morgen Donnerstag spielen wir von 5 Uhr an in der Schule. Freitag, den 3. Oktober, Ausflug nach der Elsteraue. Treffen früh 7 Uhr an der Schule. Eltern sind herzlich dazu eingeladen.

Engelodorf, Morgen Donnerstag Treffen früh 8 Uhr am Heim zur Wanderung nach den Parthenbürgern. Zurück 5 Uhr. Winterjohannisfeier. Die Gruppen von Flagwitz, Großjocher, Kleinjocher und Leulich kommen Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Schloss Lindenfels, Eingang Säbenerstraße, zur Verteilung der Wäckerrollen zusammen. Die Spielleitungen müssen die Kinder hin und zurück führen.

Gohlis, Morgen Donnerstag, vormittags 8 Uhr, Abmarsch von der Endstation der Straßenbahn, 12 (Pattler Straße) nach der Harth, 20 Pfg. und Proviant mitbringen. (Der Ausflug nach Grimma findet nicht statt.) Sonnabend, nachmittags 8 Uhr, Spielen auf dem Spielplatz an der Artilleriestraße.

Mitglieder-Beranstellungen.

Alt-Leipzig, Osten, Sonnabend, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Bürgergarten, Brüderstr. 11, Proletarische Abendfeier. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen. Paandorf, Freitag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Düberrich. Tagesordnung: Die Aufgaben des Landesparteitages. Referent: Genosse Landtagsabg. Raabert.

Alt-Leipzig, Norden, Sonnabend, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet Brüderstr. 14 eine Mitgliederversammlung statt. Fürsorgepfleger werden gebeten, daselbst zu erscheinen.

„Unser täglich Brot . . .“

Das Brotgetreide wird täglich teurer. Und von Zeit zu Zeit steigen die Brotpreise. Für ein Drei-Pfund-Brot zahlte man in Leipzig am 1. Juni dieses Jahres 33 Pfennige; jetzt kostet das Brot 51 Pfennige. Das sind 18 Pfennige mehr. Für arme kinderreiche Familien ist das eine drückende Last. Da werden manchem Kinde, das noch an Unterehrung leidet, die Brotbissen klein zuteilt. Dabei ist Brot das wichtigste Nahrungsmittel. Und doch wird mit ihm eine wüste Spekulation getrieben. Getreidehändler, Getreideproduzenten, reiben sich vergnügt die Hände. Den Anlaß zu dieser Brotpreistreiberei bot die bürgerliche Reichsregierung mit der Ankündigung der Getreidezölle und mit der Freigabe der Ausfuhr von Getreide.

Deutschland muß Getreide aus dem Ausland einführen. Trotzdem wurden in diesem Jahre die deutschen Getreidevorräte an das Ausland verkauft, weil die Regierung das gestattete, um auf diese Weise eine Erhöhung der Getreidepreise zu erreichen. Jetzt muß ausländisches Getreide gekauft werden. In Europa ist die Getreideernte ungünstig ausgefallen. Deshalb muß aus Amerika, ja, selbst aus Indien und Australien Getreide eingeführt werden. Diese Nachfrage nach dem Getreide der überseeischen Länder treibt die Preise in die Höhe. Weiter kommt hinzu, daß die deutschen Produzenten ihre Produkte zunächst zurückhalten. Sie brauchen jetzt nicht ihr Getreide zu verkaufen. Steuern sind ihnen gestundet, zum Teil ermäßigt, zum Teil erlassen. Die Börsen sind äußerst niedrig. Mit Industrieerzeugnissen sind die Großagraren eingedeckelt. Sie halten es aus, und sie können ruhig zusehen, wie die Getreidepreise weiter steigen und sie können mit dem Verkauf warten, bis im Reichstage die Schutzzölle angenommen sind, die ihnen ein Geschenk von 1000 Millionen Mark für das Jahr bringen. Als fromme Christen aber beten sie: „Unser täglich Brot gib uns heute.“ Natürlich denken sie nur an sich und ihre Sippe. Was aus den Armen, aus den Hungernden wird, ist ihnen gleichgültig. Die sind nach ihrer Meinung nur dazu vom Herrgott in die Welt gesetzt, um für die hohen Herrschaften zu fronden, zu steuern und zu ähnen.

In der nächsten Zeit wird der Kampf um die Zölle im Reichstage entbrennen. Es geht um 1000 Millionen Mark. Da wird man alle Mienen springen lassen. Ein Teil der hungernden Bevölkerung aber verharret in Gleichgültigkeit, ein anderer Teil hält noch zu den Ausbeutern. Andere wieder warten auf das „verheißene Königreich“, von dem die „ersten“ Bibelforscher in Versammlungen sprechen. Ein kommender Herrscher soll den Menschen alle Segnungen bringen. Wer darauf baut, der ist sehr töricht. Die arbeitende Menschheit muß sich selbst befreien. Nur im harten Ringen kann sie vorwärts kommen und das kapitalistische System überwinden, das den Besitzlosen die Erde zur Hölle macht.

Der Bau von Drahtseilbahnen.

Die Handelshochschul-Woche vom 29. September bis 4. Oktober in Leipzig will ein Bild über den gegenwärtigen theoretischen und praktischen Stand der Volkswirtschafts- und Betriebslehre geben. Das Programm ist äußerst umfassend und interessant. Es wäre dringend zu wünschen, daß an solchen Veranstaltungen auch Betriebsräte und Arbeiterfunktionäre teilnehmen könnten, da sie ein gutes Rüstzeug für den wirtschaftlichen Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft bieten. Wenn natürlich auch manche Vorlesungen eines politisch-bürgerlichen Einschlags nicht entbehren, so wird das Gebotene doch im großen und ganzen streng sachlich und wissenschaftlich behandelt.

Im Rahmen der 30 Veranstaltungen dieser Woche wurde am Dienstagvormittag auch ein Leipziger Großbetrieb, die Firma Adolf Bleichert u. Co. in Gohlis, besucht. Das Werk ist das älteste und auch heute noch größte der Erde für den Bau von Drahtseilbahnen und Elektrotragseilbahnen. Durch das Pfortnerhäuschen hindurch gelangt man zum Hauptverwaltungsgebäude. Hier fährt man mit einem Paternosterfahrstuhl bis ins fünfte Obergeschloß. Da befindet sich ein großer Modellsaal. In diesem sind richtig und tadellos funktionierende Modelle der Bleichertschen Fabrikate aufgestellt. Die schwierigsten Konstruktionen für die Anden Südamerikas und die felsen Spitzbergen sind hier konstruiert und hergestellt worden. Vor 50 Jahren, 1874, wurde die erste Drahtseilbahn in Teuschenthal bei Halle gebaut und bis heute sind von diesem Werk bereits über 3000 solcher Transportanlagen in allen Teilen der Erde errichtet worden. Das Zeug von einer außerordentlichen Qualifikation und Intelligenz der Arbeiter- und Angestellten, wie sie in Deutschland eben allgemein ist. Eine Rekordleistung des Betriebes ist die 35 Kilometer lange Drahtseilbahn in den südamerikanischen Korbillern, die zum

Transport von Kupfererzen dient. Sie führt von 1600 Meter Höhe bis zu einer Eisenbahnstation in 3000 Meter Höhe herab und weilt teilweise zwischen zwei Stützen eine Spannweite von 1500 Metern auf. Weiter hat die Firma eine Bahn gebaut, die eine Schwebelastung von 90 Zentnern zur Beförderung von Baumstämmen ermöglicht. Zur Herstellung solcher leistungsfähiger technischer Anlagen bedarf es umfangreicher Vorarbeiten. In diesem Zweck sind in der Fabrik allein 25 riesige Zeichentische und Konstruktionsbüreaus, weiter werden in einem umfangreichen Archiv über 1 1/2 Millionen Zeichnungen und eine große Anzahl von Modellarten aus allen Teilen der Erde aufbewahrt und stets auf dem Laufenden erhalten. Der Reklameabteilung dienen außer einer eigenen Druckerei 5000 Lichtbilder, die zu Propagandazwecken oft verlichen werden. Eine Bibliothek mit 3000 Büchern, davon die Hälfte technischen Inhalts, steht auch den Betriebsangehörigen zur Verfügung. Dem Charakter der Produktion entsprechend, bilden das Werk 900 Angestellte und 1200 Arbeiter. Die Werkanlagen bieten das übliche Bild. Jeder Arbeiter muß mit der gespanntesten Aufmerksamkeit an seiner Maschine stehen, teilweise in schlechter Luft, stets von großem Geräusch umgeben. Hierher mühte man diejenigen stellen, die vom grünen Tisch aus über zu kurze Arbeitszeit und zu hohen Lohn schimpfen. Nach einer Woche Aufenthalt und Arbeit in diesen Räumen mit ihren Gefahren treten sie bestimmt für einen Sechsstundentag und Höchstlohn ein! In dem Verwaltungsgebäude befinden sich herrliche, mit allem nur erdenklichen Luxus und Komfort ausgestattete sogenannte „Repräsentationsräume“. Wann werden solche, allerdings im kapitalistischen System begründeten, dafür aufzuwendenden ungeheuren „Spesensummen“ endlich einmal für Zwecke der Arbeiterwohlfahrt ausgegeben? . . .

Wer die Schutzzölle verhindern, wer neues und größeres Elend von sich abwenden will, der trete in die Arbeiterbewegung und kämpfe hier gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus.

Zu alt zur Arbeit!

Es ist einfach empörend, wie der Leipziger Rat mit arbeitsfähigen und arbeitswilligen Erwerbslosen umspringt, für die sich Arbeitsgelegenheit in einem Gemeindebetriebe bietet. So wird uns gemeldet, daß die Personalaufnahme der Leipziger Straßenbahn sich geweigert hat, Leute einzustellen, die älter als 35 Jahre sind! Am Sonnabend wurden von ihr zwei Arbeiter als zu alt zurückgewiesen, von denen der eine 38 Jahre alt war. Mit 38 Jahren zu alt! Im kräftigsten Mannesalter nach dem Willen des Leipziger Rates für immer zur Arbeitslosigkeit, zu Hunger und Elend verurteilt zu sein — das ist das Los, das den Leipziger Arbeitslosen vom Rate zugebracht ist. Man wird lange suchen können, bis man einen Schärpmacher in der Privatindustrie finden wird, der mit solcher Brutalität die Werttätigen dem Hynger auslieferet.

Zu der gestrigen Notiz wird uns noch von einigen Arbeitslosen mitgeteilt, daß nicht etwa nur 60-Jährige von der vorübergehenden Saisonarbeit als Helfer ausgeschlossen wurden, sondern daß schon Leute, die älter als 45 Jahre waren, als zu alt zurückgeschickt wurden, und daß der Arbeitsnachweis angewiesen wurde, nur Leute bis zum Alter von 45 Jahren zu schicken. Auf dem Rathaus wurde von dem Vertreter des zuständigen Dezernenten den Erwerbslosen erklärt, es läge ein Irrtum vor, die Grenze betrage 50 Jahre. — Glaubte der Rat, daß die Privatindustrie einen Arbeiter über 50 Jahre noch einstellen wird, wenn die Gemeinde es ablehnt, ihn zu beschäftigen, obgleich sie jederzeit bereit ist, ihn als Pflichtarbeiter auszugeben.

Und wie der Leipziger Rat, so handelt auch die Reichseisenbahn. Dort erklärte man einem kräftigen und gesunden Arbeiter von 46 Jahren, der drei Tage mit schwerer Arbeit (Kohlenabladen) beschäftigt war, eine dauernde Einstellung könne infolge seines Alters mit Rücksicht auf die Ruhestandsordnung nicht in Frage kommen. Man brachte es aber fertig, dem Arbeiter trotzdem die Beiträge zur Eisenbahnbetriebskrankenkasse und zur Arbeiterpensionenkasse abzugreifen!

Eine eigenartige Art der Ausbeutung der Arbeitslosen während der Messe durch den Rat wird uns von einem Erwerbslosen geschildert. Er war als Plakatträger einem Aussteller zugewiesen, der für 3 Tage einen Lohn von 20,40 Mark an das Arbeitsamt abführte. Daraus wurden dem Erwerbslosen abgezogen: 3 Mark Vorführungsgeld und 3 Mark für Kontrolle; außerdem wurden ihm 60 Pfg. für Steuern und 95 Pfg. für soziale Beiträge abgezogen.

Wenn den 350 Plakatträgern während der Herbstmesse je 6 Mark abgezogen wurden, nahm der Rat 2100 Mark von den Arbeitslosen ein, eine Summe, die weit das übersteigt, was die Befolgung der Beamten kostet, die während der Messen die Tätigkeit ausüben, für die die Arbeitslosen eine Gebühr abgezogen wird. Für solche Fälle ist die Gebühr viel zu hoch. Sie muß abgeändert werden, denn es geht unmöglich, daß die Stadt sich noch an dem gelegentlichen Verdienst Arbeitsloser während der Messe bereichert.

Die Berechnung der gesetzlichen Miete.

Table with 3 columns: Miete für Oktober, bei jährl. Friedensmiete von M., and bei jährl. Friedensmiete von M. (G.M.). Rows show percentages from 2 to 50.

Auf Grund dieser Tabelle kann jeder Mieter leicht ausrechnen, wieviel Miete er für den Monat Oktober zu zahlen hat.

Gegen Konfirmationsgelübde und Abendmahl.

Man erinnere sich, wie erbittert die Kirche allen pädagogischen Erkenntnissen und Erfahrungen zuwider daran festhält, Volksschulkindern im Religions- und Konfirmationsunterricht „Heilswahrheiten“ einzutrichtern, die für die Kinder ewig unüberwindliches Gut bleiben müssen. Sie werden in der Konfirmation veranlaßt, mit einem Gelübde sich zu mittelalterlichen Dogmen zu bekennen, die nicht nur ihrem irdischen Fassungsvermögen, sondern auch aller Vernunft widersprechen. Alle Vorstellungen der Lehrer, die nicht aus religionsfeindlichen, sondern aus pädagogischen Gründen sich gegen dogmatische Bindungen der Kinder wenden, wurden als kirchenfeindlich verdächtigt.

Jetzt haben aber sogar die Religionslehrer an den höheren Schulen Sachsens in einer Konferenz in Meißen eine Entschließung angenommen, die deutlich zeigt, wie gewilligelos die Kirche bisher an den Volksschülern gehandelt hat, die sie

mit 14 Jahren zur Konfirmation, zum Gelübde und zum Abendmahl zwang, während diese Religionslehrer das für ihre um zwei bis fünf Jahre älteren Schüler ablehnen. Sie beschließen:

„Die Konferenz hält die gegenwärtige Konfirmationsordnung für eine schwere Belastung des kirchlichen Lebens. Ihre Erfahrungen mit ihrer Schülerschaft machen es ihr zur Gewissenspflicht, eine Reform der Konfirmation, durch die der Zwang zu Gelübde und Abendmahl beseitigt wird, zu fordern. Sie erwartet daher von der Synode, daß sie ein kirchengesetz, das diese Forderungen des Gewissens nicht berücksichtigt, sondern auf jede grundsätzliche Reform verzichtet und die gegenwärtige Ordnung unverändert festlegt, entschließen abseht.“

Diese Entschließung wurde einstimmig gefaßt. Was wird die Kirche tun? Sie wird den Religionslehrern der höheren Schulen ein wenig entgegenkommen und dafür um so nachdrücklicher ihr „Recht“ auf geistige Anechtung der Volksschüler verteidigen. Die Eltern sollten aus der Entschließung der Religionslehrer aber doch endlich lernen, wie stark sie sich an ihren Kindern veründigen, wenn sie sie noch weiter dem hemmenden und verdummenden Einfluß der Kirche ausliefern.

Republik und höhere Schule.

Der Bund entschieden republikanisch gesinnter Lehrer an den höheren Schulen Sachsens (Burep) hielt am 28. September seine Hauptversammlung in Leipzig ab. Zum Landesvorsitzenden wurde wieder Gen. Dr. Riemann gewählt. Auf der Tagung machte sich leidenschaftlicher Widerstand gegen die neue Schulverfassung geltend, weil diese in der neuartigen Schule dem Rektor die alleinige Verantwortung gibt, also einfach den alten Obrigkeitsstaat wiederherstellt und die Herausbildung der kollektionalen Schulverwaltung unterbindet. Der Burep schloß, gegenüber diesen reaktionären Maßregeln die sofortige Wiedereinführung der Fleißnerischen Konferenzordnung vom Dezember 1923 zu fordern. Sie bedeutet die Wiedereinführung der Lehrerschaft an den höheren Schulen, die fähig und gewillt ist oder sein sollte, sich selbst zu beaufsichtigen. Die weiteren Verhandlungen des Burep betrafen das Verhältnis zum republikanischen Reichsbund und zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Der Bund beschloß, alle gebildeten Mitglieder zum Eintritt ins Reichsbanner aufzufordern und seine Kräfte für die Aufklärungsarbeit, die Ausbreitung und Vertiefung der republikanischen Gesinnung überall zur Verfügung zu stellen. Der entschlossene Zielwille, der sich bei den Verhandlungen geltend machte, brachte allen Teilnehmern der Tagung zum Bewußtsein, daß die 220 Mitglieder des Burep eine Kerntruppe des republikanischen Geistes bilden und in unverdrossener Arbeit größere Erfolge erringen, als ihre unentwegt am Alten haftenden Gegner vermuten.

531696 Goldmark.

Also weit über eine halbe Million hat die von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Volksfürsorge seit Beginn der Rentenmarkterhebung bis zum August 1924 schon ausbezahlt. Davon entfielen auf die Zeit vom Juni bis August allein nicht weniger als 135 418,43 Mark.

Die Volksfürsorge ist nahezu die einzige Versicherung, die das Gebiet der Volksericherung bearbeitet, da die übrigen Gesellschaften dieses Geschäft eingestellt und bis heute noch nicht wieder aufgenommen haben. Die obigen Zahlen beweisen, daß die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der organisierten Arbeiterschaft, auch den außerordentlichen Ansprüchen einer normalen Sterblichkeitsperiode voll gewachsen ist. Jeder Arbeiter und zumal jeder Familienvater sollte bedenken, daß er mit verhältnismäßig geringen Mitteln imstande ist, bei Todesfällen seine Familie vor der momentanen äußersten Notlage zu schützen, wenn er sich in der Volksfürsorge versichert! In jedem Konsumereinstufen kann er Auskünfte über die Volksfürsorge erhalten. Möge jeder Arbeiter sich in der Volksfürsorge versichern.

Ueber die Zustände in der orthopädischen Poliklinik

Schreibt uns Herr Professor Schade. Eine vorübergehende Begrenzung der Aufnahmen in der orthopädischen Poliklinik ließ sich aus dienstlichen Gründen nicht vermeiden und hat nur ca. 1 Woche gedauert. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß bis zum Oktober 1923 die orthopädische Poliklinik nur aus einem Erdgeschloß bestand und nur 3mal wöchentlich geöffnet war. An diesem für eine Stadt wie Leipzig wahrhaft merkwürdigen Zustand hat aber niemand Anstoß genommen, und obwohl meinem Vorgänger eine Unterstützung bei seinen Bemühungen um einen Ausbau der Poliklinik immer willkommen gewesen wäre, verhielt sich die öffentliche Meinung so passiv, daß die maßgebenden Behörden ernste Zweifel hegten, ob die von mir beantragte Erweiterung und vollständige Umgestaltung des Institutes auch wirklich einem vorhandenen Bedürfnis entspreche. Die nach dem Ausbau am 1. April d. J. wieder eröffnete orthopädische Poliklinik ist räumlich um das Doppelte größer und hat die doppelte Zahl von Sprechstunden und Personal. Der Patientenanstrom aber setzte weit stärker ein als erwartet werden konnte. Seit dem 1. April sind über 1200 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Diesem Andrang ist das Institut in keiner Weise gewachsen, obwohl das Personal das Menschenmögliche tut und obwohl die Räume bis zum äußersten ausgenutzt sind. In den heutigen Zeiten aber läßt sich ein neues Institut und eine ausreichende Personalvermehrung nicht

von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Das Publikum wolle nicht vergessen, daß der heutige Zustand bereits einen ganz wesentlichen Fortschritt bedeutet. Im Interesse des Publikums ist es wohl wie der Klinik liegt es, daß die ärztliche Beratung ruhig und gründlich erfolgt. Bei einer Wundenabfertigung kommt jeder zu kurz. Eine unter Umständen notwendige Begrenzung der Aufnahmen kommt den Aufgenommenen zugute und bedeutet im übrigen keine Härte für die Abgewiesenen, da es in Leipzig zahlreiche ausgezeichnete Fachärzte gibt.

Anmeldungen für die Aufnahme in die städtischen höheren Schulen zu Ostern 1925 werden von den Schulleitern in ihren Amtszimmern vom 15. Oktober bis 29. November d. J. vormittags 10-11 Uhr, entgegengenommen. Die Anmeldungen sind durch die Eltern oder deren Stellvertreter zu bewirken, wozüglich unter gleichzeitiger Vorstellung der anzumeldenden Kinder. Geburtsurkunde, Impfschein, die letzte Schulbescheinigung und ein Gutachten des Klassenlehrers sind vorzulegen. Für die Aufnahme in die unterste (6.) Klasse kommen nur Schüler und Schülerinnen in Frage, die Ostern 1925 zehn Jahre alt sind oder bis zum 30. Juni zehn Jahre alt werden und die Grundschule vier Jahre mit gutem Erfolge besucht haben.

Jugendbuchwoche. Man schreibt uns: Der Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhändler veranstaltet vom 12. bis 18. Oktober d. J. im ganzen Reich eine Jugendbuchwoche. Die Leipziger Jugendbünde haben feierlich ihre Bereitschaft erklärt, bei der „Reichsbuchwoche“ des Reichsbundes deutscher Papier- und Schreibwarenhändler tätig mitzuhelfen. Es handelt sich darum, am 13. und 14. Oktober Werbeblätter zu verteilen (früh 6-8 Uhr, nachmittags 5-7 Uhr), Plakate auszulegen und um eine Reihe kleinerer Aufträge, die von Jugendbünden ausgeführt werden können. Der Ortsausschuß für Jugendbewegung und Jugendpflege richtet an die Leipziger Jugendbünde die Bitte, die „Reichsbuchwoche“, die unter großen Opfern und in anerkennenswerter Weise vom Reichsbund vorbereitet worden ist, durch die Bestellung von Helfern zu ermöglichen. Es gilt, eine von großem kulturellem Verantwortungsbewußtsein zeugende Sache zu unterstützen. Die Jugendbünde werden gebeten, bis zum Montag, 8. Oktober, dem Volksbildungsamt (Neues Rathaus, Zimmer 508) mitzuteilen, wieviel Helfer sie stellen können und für welche Stadtteile diese mutmaßlich in Frage kommen. Besprechung des Organisationsplanes und Ausgabe der Werbeblätter erfolgt Donnerstag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Saal des Jugendheims, Töpferstraße 2.

Luftpostsendungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach überseeischen Ländern über San Francisco. Vom 1. Oktober an können gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach den USA-Staaten Colorado, Idaho, Illinois, Indiana, Iowa, Kalifornien, Kansas, Michigan, Minnesota, Missouri, Montana, Nebraska, Nevada, Ohio, Oregon, Süd-Afrika, Utah, Wisconsin, Wyoming und nach überseeischen Ländern hinter San Francisco mit der Luftpost New York-San Francisco befördert werden. Die Luftpostlinie ist in drei Zonen eingeteilt: 1. New York - Chicago, 2. Chicago - Cheyenne, 3. Cheyenne - San Francisco. Abflug täglich New York 10 Uhr, an Chicago 6.15, an Cheyenne 5.10 (nächsten Tag), an San Francisco 5.45. Anschluss für deutsche Post mit allen regelmäßig zur Postbeförderung benutzten Dampfern nach New York. Zuschlaggebühr für die zwei notwendigen Auslandsgebühren für Postarten und für je 20 Gramm anderer Briefsendungen nach dem Gebiet der Zone I 40 Pfa., der Zone II 80 Pfa., der Zone III einschließlich der Hinterländer über San Francisco 1.20 M. Die Sendungen müssen vollständig freigegeben sein und den ausfallenden Vermerk „Mit Luftpost New York-San Francisco“ tragen. Die Auflieferung geschieht am besten am Postamt. Die Luftpost befördert die Beförderung von New York nach San Francisco um 2 1/2 Tag.

Schwerer Unfall auf der Straße. In der Merseburger Straße in Lindenau überfuhr heute früh ein Kaskauto den Angestellten Schubert vom Arbeitsamt in der Seeburgstraße. Er kam mit dem Kasko von der Kaiserstraße nach der Merseburger Straße. In diesem Augenblick kam ein Kasko mit Anhänger. Der Radfahrer stieß mit dem Anhänger zusammen. Er kam zu Fall, geriet unter das linke Vorderrad, das ihn den Kopf zerquetschte. Schubert war 54 Jahre alt. Er fuhr erst einige Wochen Rad.

Abbau beim Reichsgericht. Dienstag hielt der vierte Strafsenat, der vor genau 40 Jahren seine Tätigkeit begann, seine letzte Sitzung ab. Er ist der Auflösung verfallen wie der sechste Strafsenat, der schon früher dem Abbau verfallen war. Infolge der Justizorganisation ist die Zahl der Sachen, welche dem Reichsgericht zur Entscheidung übergeben werden, weitaus geringer geworden.

Gasofen billiger. Wie uns mitgeteilt wird, ermäßigen die städtischen Gaswerke ab 1. Oktober d. J. den Preis für Kuchlofen erneut, außerdem wird auch der Grobholzpreis herabgesetzt. Bis auf weiteres gelten folgende Preise ab Hof Gaswert: Grobholz 1.80 Goldmark je Zentner bei regelmäßiger Abnahme und 1.70 Goldmark je Hektoliter bei Abnahme in kleinen Mengen, Kuchlofen 1.60 Goldmark je Zentner beziehungsweise 1.50 Goldmark je Hektoliter, Berkslofen 0.50 Goldmark je Zentner bzw. 0.90 Goldmark je Hektoliter. Die Abgabe von Holz erfolgt in jeder Menge, soweit die Vorräte reichen. Kuchlofen kann nur in den Gaswerken I (Poststr. 21/23) und II (Kaiserin-Augustas-Straße) entnommen werden.

Volkschule Leipzig. Das Winterhalbjahr beginnt Montag, den 20. Oktober, und läuft bis zum 14. März 1925. Der Verkauf des Arbeitsplans und der Teilnehmerkarten ist eröffnet. Verkaufsstellen: Geschäftsstelle der Volkschule, Neues Rathaus, Zimmer 508, 9-1 Uhr, Städtische Bücherhallen: Grenzstr. 1; Zehrer Straße 28; L.-Vehsch, Hauptstr. 23; Kartell der freien Gewerkschaften, Volkshaus.

Die Einkommensteuer ist vom 1. Oktober 1924 an nicht mehr an die städtischen Steuerbehörden, sondern an die Klassen der zuständigen Finanzämter zu entrichten oder auf die Konten der Finanzämter zu überweisen, nicht mehr auf die Konten des Stadtsteueramts. Ausgenommen hiervon sind die Zahlungen, wegen denen von einer städtischen Steuerbehörde das Zwangsanzahlungsverfahren eingeleitet worden ist.

Musikalische Abende der Volkshule. Der nächste Abend findet Donnerstag, den 2. Oktober, 8 1/2 Uhr, in der 1. Volkshule, Pestalozzistr. 4, statt unter Leitung von Herrn Minnarczol. Es gelangen Werke für Violine, Klavier und Gesang zur Aufführung. Mitwirkende Dora Schindt-Rudolf.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.
Donnerstag, den 2. Oktober 1924, 11.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 12.58 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 1 Uhr: Berlin- u. Pressebericht. 4 Uhr: Amtl. Berliner Wirtschaftsnachrichten und amtl. Devisen. 4.30-6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. 6 Uhr: Hamburger und amerikanische Wirtschaftsnachrichten. 7.30-8 Uhr: Vortrag: Hofrat Dillgebrandt: „Danz Thomas, ein deutscher Maler und Poet.“ 8.15 Uhr: Flötter Abend. Mia Kubert, Konzertliednerin, das verstärkte Rundfunk-Orchester. Dirigent: Kapellmeister Alfred Simon. 1. Stück: „Florentiner Marsch.“ 2. Stück: „Marinella-Oberlied.“ 3. Stück: „Auf einem verblühten Markt.“ 4. Stück: „Nosen aus der Bicardie.“ Lied mit Orchesterbegleitung (Mia Kubert). 5. Stück: „Grüßelichter-Walzer.“ 6. Stück: „Morris Lady.“ 7. Stück: „Mein Wein, mein Paradies.“ 8. Stück: „Nose trübe.“ 9. Stück: „Mein Wein, mein Paradies.“ 10. Stück: „Orchesterbegleitung.“ (Mia Kubert). 11. Stück: „Einmal ist man nur jung.“ 12. Stück: „Barataria-Marsch.“ Sämtliche im Abendkonzert aufgeführten Musikstücke sind im Verlag „Sommersch & Co., Leipzig“ erschienen. Anst. (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Händel's Sportfunkdienst.

Polizeinachtichten.

Gefährliches Metallgold. Mutmaßlich einer von denjenigen, die zu gelegener Zeit Nadelaroiden aufgesammelt haben, die aber jetzt nur noch Metallwert besitzen, ludt dadurch den Schaden weit zu machen, indem er einfach die Nadelaroiden mit Goldbronze anstreicht und so verausgabt. Das Publikum wird darauf hingewiesen,

bei Annahme von Scheinmitteln acht zu geben, das es nicht ein Opfer dieses Betrivers wird. Es sind bis jetzt bereits mehrere solche verurteilte Scheinmittler der Polizei übergeben worden. Auf verdächtige Verausgaber mache man die Polizei aufmerksam.

Bei einem gelegentlichen Besuche hat ein 23-jähriges Hausmädchen, das während der letzten Woche mit einem 33-jährigen Arbeiter der ihr Zubehörende leitete, von Frankfurt a. M. nach Leipzig gekommen war, ihren Opfern ein Anzahl Briefkästen mit Inhalt gestohlen. Beide wurden am 18. d. M. in Frankfurt a. M. festgenommen. Bei dem Begleiter wurden noch mehrere Briefkästen, 1 Geldbörse und eine Brieftasche mit Bargeld in seinem Besitz gefunden. In einer der Briefkästen befanden sich eine Anzahl unbedruckte Antragskarten aus Düsseldorf und in einer anderen eine Eisenbahnfahrkarte nach Worsdorf. Die Taschen liegen bei der Kriminalabteilung Zimmer 106, zur Ansicht aus.

Verzählt wird seit dem 26. d. M. der 15-jährige Buchbinderlehrling Walter Held, L.-Connwitz, Meusdorfer Straße 43. Er ist etwa 1.50 bis 1.55 m groß, trägt blondes, nach hinten gefammtes Haar. Er bekleidet mit reibrauer Knieleiste mit weißem Schillertragen, dunkler, abgetriebener Kniehose, langen schwarzen Wollstrümpfen und zolgetreistem Barntschuh. Bei sich hat er einen grauen Wollfärbrotbeutel. Bei seinem Betreffen übergebe man ihn einem Aufsichtsbeamten.

Unserantwortliche Rücksichtslosigkeit. Am 29. September, nachmittags gegen 1/4 Uhr, ist in der Frankfurter Straße auf dem Radfahrer eine in der Nähe des Bieleweges ein 16-jähriger Schlosserlehrling durch einen wie rasend fahrenden unbekanntem Radfahrer, der den Verkehr außerdem noch links statt rechts überholte, vom Rade gerissen worden und dabei so unglücklich gestürzt, daß er schwere innere Verletzungen davontrug. Er wurde mit einem Sanitätsauto nach dem Diakonissenhause gebracht. — Gleiche Verhältnisse gegen die Verkehrsordnung kann man häufig beobachten; sie sind schon sehr oft die Ursache von noch schwereren Unglücksfällen gewesen, bei denen meist die unglücklichen den Schaden hatten. Wer über den rücksichtslosen Radfahrer Angaben zu machen vermag, wird gebeten seine Adresse der Kriminalpolizei oder dem nächsten Polizeibeamten mitzuteilen.

Wismut im Werte von 10000 Mark gestohlen. In der Nacht zum 29. September sind aus einer Kaufmannswarenjubel in Hartmannstraße 150/1 nördlicher Wismut zu 4 M. 900 ebenfalls zu 2 M., beide in rohem Zustande, und 600 bis 700 südlicher Wismut, halbfertig, zu 2 M., gestohlen worden. In die Halle 2 1/2 bis 3 Zentner schwer sind, kommen mehrere Täter in Frage. Jedes einzelne Teil trägt den Lochstempel J. H. Der Buchstabe J. besteht aus 20 n und das H. aus neun Punkten, die Buchstaben sind 10 mm groß. Es wird vor Ansatz der Halle gewarnt. Saldienliche Wahrnehmungen zur Aufklärung des Diebstahls teile man sofort der Kriminalpolizei mit.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Staatskanzler beschuldigt seine eigene Regierung der Schiebung.

Vor einiger Zeit, als die Meldung durch die Presse ging, daß der Ministerialdirektor Dr. Dehne seine Stellung im Ministerium mit der Stellung eines Vaudirektors vertauscht, fand im Ministerium eine Besprechung der Referenten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten der Staatskanzlei und des Ministeriums des Innern statt. Die dort vereinigten Herren erlebten dabei folgende Hebertuschung: Der Herr Ministerialdirektor der Staatskanzlei, Dr. Schulze, warf plötzlich die Zeitung, die er eben gelesen hatte, mit hochrotem Kopf wütendbrannt auf den Tisch und sagte: „Na, das ist ja wieder einmal eine schöne Schiebung!“

Er hatte eben die Meldung über den Abbau des Ministerialdirektors Dr. Dehne gelesen. Die Festigkeit, mit der Dr. Schulze aufgebraust war, mochte ihm nachher selbst peinlich gewesen sein, denn er soll darauf die Referenten gebeten haben, von seiner Ansicht über den Fall Dehne öffentlich keinen Gebrauch zu machen, da er sie ja in einem vertrauten Kreise zu erkennen gegeben habe. Uns interessiert weniger, ob der Zornausbruch des Herrn Direktors vielleicht auf Reich gegenüber Dr. Dehne zurückzuführen ist, aber es dürfte wohl erwartet werden, daß Dr. Schulze darüber Aufklärung gibt, welche Tatsachen ihn berechtigten, der Regierung gegenüber, die ja den Abbau Dehnes beschlossen hat, von einer „schönen Schiebung“ zu reden. An die Regierung darf wohl die Frage gerichtet werden, wie sie sich zu dem Vorwurf der Schiebung durch den Direktor der Staatskanzlei stellt.

Auf das übliche Dementi wird so lange verzichtet, bis sämtliche Referenten, die an der Dienstbesprechung teilgenommen haben, nach Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Dr. Schulze richterlich zu Protokoll vernommen worden sind.

„Schluß mit der Koalitionspolitik!“

Uns wird geschrieben: Die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien in Sachsen bringen — soweit sie den Koalitionspartien angehören, die Streifmannsrede in großer Aufmachung, sie lassen aber fast durchweg die Entschiedenheit des Parteitag und die Rede des Vizepräsidenten des Landtages, Garath, unter den Tisch fallen. Herr Garath forderte in seinem Referat die Auflösung der Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei um jeden Preis, selbst wenn der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung nicht gelingt. Garath führte weiter aus: „Die preussische Koalition darf nicht länger bestehen. Wir haben in der letzten Zeit trotz des Bestehens der Großen Koalition auch keinerlei Rücksicht auf die Koalitionsparteien genommen. Wir gehen unsern geraden Weg, selbst wenn es zum Bruch kommt! (Kann die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei in Sachsen mit wenigen Worten besser gekennzeichnet werden?) Wir haben also deutlich bewiesen, daß wir mit der Großen Koalition Schluß machen wollen.“ — Die Entschiedenheit, einstimmig angenommen, hält sich im Rahmen dieses Referats. Wann wird die Sozialdemokratische Partei Sachsen aus diesem Gefinnungsumschwung der Deutschen Volkspartei, die ihren geraden Weg geht, selbst wenn es zum Bruch kommt, und die „mit der Großen Koalition Schluß machen will“, die Konsequenzen ziehen? Will sie vielleicht warten, bis ihr die Deutsche Volkspartei den Krepel vor die Füße wirft?

Der Fall Voß und die Sächsische Staatsbank.

Zu den in der Presse erörterten Beziehungen des früheren Präsidenten der Thüringer Staatsbank, Voß, zu der Sächsischen Staatsbank wird amtlich folgendes mitgeteilt: Daß der Präsident der Thüringer Staatsbank, Voß, bisher Mitglied des Direktoriums der Sächsischen Staatsbank war, entspricht den Tatsachen. Ebenso ist es richtig, daß der Präsident der Sächsischen Staatsbank, Degenerhardt, Mitglied des Direktoriums der Thüringer Staatsbank war. Nachdem Präsident Voß aus dem Dienst der Thüringer Staatsbank ausgeschieden ist, hat sich seine übrigen ehrenamtliche Funktion als Mitglied des Direktoriums der Sächsischen Staatsbank von selbst erledigt. Bei Ausgabe der vierten Serie der Sächsischen Brauntoblenanleihe sind die Thüringer Staatsbank und deren Präsident Voß sämtlich unbedeutend. Richtig ist, daß die vierte Serie der Sächsischen Brauntoblenanleihe, die auf jedem Kursteil der Berliner und Dresdener Börse angegeben ist, nicht, wie die vorhergehenden drei Serien, zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt, sondern vom Finanzministerium an eine Berliner Bank im ganzen verkauft worden ist. Von dieser Bank sind einige Stücke dieser Anleihe in den Verkehr gebracht worden.

Eine ungeschickliche Mißkontrolle.

er. Eine bemerkenswerte Entscheidung hat das Oberlandesgericht Dresden gefällt. Der Stadtrat zu Falkenstein hatte gegen den Aufsichtsrat der in Neustadt auf Grund einer Befugnisübertragung der Amtshauptmannschaft Auerbach über den

Verkehr mit Frischmilch eine Strafbefugnis erlassen, weil er am 29. Februar 1924 die Entnahme einer Stichprobe verweigert hatte. Das Amtsgericht Falkenstein bestätigte die Strafbefugnis. Nach den gerichtlichen Feststellungen ist am genannten Tage ein Polizeibeamter aus Falkenstein mit dem Gemeindevorstand von Neustadt im Gehöft des Angeklagten erschienen zwecks Entnahme einer Stichprobe direkt aus dem Stall. Da der Beamte ein Gefäß, in dem er nach erfolgter Entnahme die Milch sofort an Ort und Stelle hätte verschicken können, nicht bei sich hatte, verweigerte der Bauer die Stichprobe und bezog sich dabei auf die Bestimmungen einer Ministerialverordnung vom 28. April 1923. Das Amtsgericht war der Meinung, daß der Einwand des Angeklagten nicht durchschlägt. Zwar habe das Ministerium des Innern eine solche Verordnung erlassen, doch handle es sich dabei bloß um Richtlinien, die nicht zwingender Natur seien und deren Nichtbeachtung daher auch nicht gesondert wäre. Es flüchte sich dabei auf das Gutachten des Sachverständigen, wonach die sofortige Verschickung der Stichprobe dann nicht erforderlich ist, wenn die Milchprobe nicht in beide Hand gelangt. Deshalb gelangte es zu einer Verurteilung.

Die Revision des Angeklagten rügte Verletzung von § 2 Abs. 2 des Nahrungsmittelgesetzes. Dort wurde bestimmt, daß ein Teil der entnommenen Probe in einem verschlossenen Gefäß dem Betroffenen zurückgelassen werden müsse. Aber auch die Ministerialverordnung sei verletzt, denn danach ist jede Probe mit Siegel oder Plombe zu versehen. Das seien zwingende Vorschriften. In Beachtung des Rechtsmittels hat das Oberlandesgericht das angefochtene Urteil aufgehoben und den Angeklagten kostenlos freigesprochen. Eine Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes liege nicht vor, weil es nur Geschäftsübden im Auge habe, in denen Lebensmittel festgehalten würden. Wohl aber sei die in Rede stehende Ministerialverordnung verletzt. Dort werde den Beteiligten die Befolgung der Vorschriften zur Pflicht gemacht. Jede Stichprobe aus dem Stall ist mit Siegel oder Plombe zu versehen. Daß es sich dabei um rein instruktive Vorschriften, deren Außerachtlassung belanglos sei, handeln sollte, könne nicht angenommen werden, denn gerade zur Sicherung des Beweises sei es von größter Bedeutung, daß die Vorschriften streng beachtet werden. Die Nichtbeachtung mache die Entnahme der Stichprobe zu einer unzulässigen und rechtswidrigen. Das Vorgehen des Beamten war danach kein rechtmäßiges und der Angeklagte demgemäß berechtigt, die Entnahme der Probe zu verweigern.

Die Plauerer SPD. gegen die Koalition.

AGR. Vor einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Ortsgruppe Plauen referierte Landtagsabgeordneter Genosse Krz über „Landespolitik und Landespartei“. Der Vortrag endete in der Schlußfolgerung: Schluß mit dieser Koalition, Auflösung des Landtages! In den folgenden Entschlüsseungen wurde formuliert, was den Vortrag, der oft von lautem Beifall begleitet wurde, bewegte:

Entschlüsseung an den Landesparteiitag.
„Die am 26. 9. 1924 im Gewerkschaftshaus in Plauen tagende stark besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Plauen hält die in Sachsen betriebene Koalitionspolitik als nicht im Sinne des Berliner Parteitagbeschlusses liegend, nach dem von allen Koalitionsparteien gleichmäßig Konzessionen zu machen sind. Insbesondere erblickt sie in der betriebenen Beamten- und Arbeiterpolitik, in der Regelung des Verwaltungsorganismus, in dem Ministerien sowie der Verwaltung der Landespolizei, einen Verstoß gegen den Parteitagbeschluss. Weiter hält es die Mitgliederversammlung mit dem Parteitagbeschluss für unvereinbar und für die Sozialdemokratische Partei für untragbar, daß die maßgebende Regierungspolitik von einem parlamentarischen Neunerausschuß gemacht wird, in dem die Sozialdemokratische Partei nur als Minderheit vertreten ist. Die Mitgliederversammlung fordert vom Landesparteiitag, daß er diese Regierungspolitik aufs schärfste mißbilligt. Die Landespartei muß dem Beschluß des Reichsparteitages und dem Willen der sächsischen Parteigenossen entsprechen, weil sie nur dann dem Klasseninteresse des Proletariats dienen kann.“

Trag an den Landesparteiitag.
„Die Landesversammlung wolle beschließen, die sächsische Regierung aufzufordern, den Genossen Dr. Zeigner, dessen Beurteilung selbst in bürgerlichen Kreisen als ungerecht empfunden und öffentlich scharf kritisiert worden ist, baldmöglichst zu amnestieren.“

Gleichzeitig wolle die Landesversammlung protestieren gegen die Art, Form und Begründung, mit der der Ministerpräsident, Genosse Held, auf Vorschlag der Genossen Krz und Bethle die Besnabigung des Genossen Dr. Zeigner abgelehnt hat.
Ferner wolle die Landesversammlung beschließen, dem Genossen Dr. Zeigner in der Durchführung des gegen ihn schwebenden Landeserratsprozesses alle juristische, moralische und materielle Hilfe zu gewähren, die erforderlich ist.“

Die erste Entschlüsseung wurde mit 123 gegen nur 14 Stimmen, die zweite Entschlüsseung gegen nur eine Stimme angenommen.

Religiöser Wahnsinn.

Annaberg. Im benachbarten Ansfeld wohnt die über 60 Jahre alte Frau Wagner mit ihren Söhnen Paul und Max. Vor 15 Jahren, als Frau Wagner noch in Mdingen bei Dresden wohnte, verführte ihr Mann und dessen Bruder, von religiösem Wahnsinn befallen, sie zu schlachten. Sie konnte damals entfliehen. Den die Wohnung aufsuchenden Gendarm erschlug ihr Mann aber mit dem Holzknüttel. Er wurde darauf in die Landesheilkunststiftung abgeführt, wo er noch heute lebt. Seine beiden Söhne sind von der gleichen Geisteskrankheit befallen. Sie haben sich zu Sonderlingen entwickelt, tragen das Haupthaar ungeföhren und verdrachten die Nächte mit Bibellesen und Beten. Am Mittwoch sollten die beiden Sonderlinge nach der Bezirksanstalt in Buchholz überführt werden. Ihrer Abführung widerstehen sie sich aber und gingen mit einem Beile auf die Beamten los. Diese setzten sich zur Wehr, gaben zunächst mehrere Schreckschüsse ab, die jedoch ihre Wirkung verfehlten und schossen dann in der Notwehr gegen die beiden talenden Menschen scharf. Dabei wurde Paul Wagner durch zwei Schüsse schwer verwundet und mußte nach der Bezirksanstalt Buchholz gebracht werden. Der städtische Mag Wagner wurde am Donnerstagvormittag zwischen Schmalzgrube und Krumbach gesehen; er konnte bisher nicht festgenommen werden.

SRK. Stahlhelmpropaganda am Volkshalter. Die Chemnitzer Volkstimme berichtet: In einem ergebnislosen Grenzort wird nicht bloß der Volkshalter zur Erlebung der Postfachen verwendet, sondern er dient als Werbebureau und Schreibstube für Stahlhelm und Wehrwolf. Der hinter dem Schalter stehende Führer der Volkstimme, ein Obersekretär, nimmt hier Meldungen entgegen, und den Meldende muß während der ganzen Zeit dabei vorm Schalter sitzen. Das Publikum muß einsteilen warten, bis das viel Notwendigere, die Meldung vom Stahlhelm und Wehrwolf, vollzogen ist, wenn nicht mittlerweile das andre Schalterfenster für den Verkehr geöffnet wird. Soweit haben wir es also schon gebracht, daß Postbeamte während des Dienstes sich voll in den Dienst zum Sturz der Republik stellen können. Dabei sind es „republikanische“ Beamte, die haben der Republik den Treue geleistet und erhalten von der Republik ihre Gehälter.“

Die SPD. zur Beamtenpolitik der sächsischen Regierung. Vom unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Bei den Parteifitzungen der Sozialdemokratischen Partei besteht nicht die Pflicht, die forta gesetzt von der sächsischen Regierung gegen sozialistische Beamte ausgeübten Verdrückungen ruhig hinzunehmen. Die Befugnis, einzelne Beamte seien „unfähig“, ist so ungeschwerlich, daß sie

eingehender kritischer Untersuchung bedarf. Dies wird demnachst geschehen, da die Parteieninstanzen dem unmöglichen Zustande, die Beamten auf solche Art für vogelfrei zu erklären, möglichst schnell ein Ende bereiten wollen.

SRK. Berg und Weiche aus dem Deutschen Metallarbeiterverband angegriffen. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Chemnitz hat beschlossen, die Kommunisten Berg und Weiche wegen ihres Schurkenzuges anlässlich des Antikriegstages aus dem Verband auszuschließen. Ein entsprechender Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Titus. Ein schwerer Unfall. Im Hofe der Fabrik von Titus war am Sonntag, den 2. September, in den dreißig Jahren lebende Kraftwagenführer Herr Gumpel am Spätnachmittag damit beschäftigt, ein Automobil seines Chefs Herrn Dr. Dreger eine Reparatur vorzunehmen. Dabei neigte er einen Kolben, mit dessen Stichtamme Gumpel anziehend seiner benähtigten Kleidung zu nahe gekommen ist. Die Folge war ein plötzliches Aufklappen des Unglücklichen, der einer Feuerläufe gleich hilflos auf den Hof fiel. Obwohl zwei Knechtel sofort herbeieilten und mit mehreren Decken die Wunden erstickten, hatte Gumpel leider am rechten Bein, besonders an der Ferse, schon beträchtliche Brandwunden erlitten, das sich seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte.

Der brennende Mensch im Fabrikhofe hatte Passanten veranlaßt, in völliger Verrennung der Sachlage die häßliche Feuerwehr zu alarmieren. Diese rückte mit der Motorpumpe aus, Unterwegs lief aber die Ströme bei einem Bahnhofsübergang mit einem Zug der Döhlbahn zusammen. Der Unfall ist noch verhältnismäßig gut abgelaufen. Die Feuerwehreinheiten erlitten Querschnitte. Die Ströme wurde hart beschädigt.

Dörfel i. E. Kinderelend. Die letzte Untersuchung der hiesigen Schulkinder hat ergeben, daß ungefähr 48 Prozent der Schulkinder unterernährt sind.

Gartenstein. Abgewiesene Beschwerde. Bürgermeister Bernhard von hier hat wegen seiner Ueberweisung Beschwerde an die Gemeindevorstandung erhoben, die jetzt aus formellen Gründen abgewiesen worden ist.

Meinen. Verschüttet. Von Sandmassen verschüttet wurde in der zum Richtersberg gehörenden Sandgrube der 73jährige Arbeiter Ernst Schmidt. Er hatte kurz zuvor noch ein Gefährt mit Sand beladen und sich danach allein in der Sandgrube befunden. Als man ihn etwas später vermehrte und nach ihm überall suchte, sah man eine Hand aus der eingestürzten Sandmasse herausragen und konnte Schmidt nur noch als Leiche bergen. Der Verunglückte war früher Kutscher, beland sich im Ruhestande, arbeitete aber noch, da er sehr fleißig war, auf dem Richtersberg.

Vossendorf. Bergamannstod. Der in Vossendorf wohnhafte, im 49. Lebensjahre lebende Bergarbeiter Otto Uhlmann wurde am Sonntagabend bei der Nachtschicht auf dem Freiherlich-Burgler Steinbrunnengrund gegen 11½ Uhr abends beim Einbau von Zimmerung von unerwartet niedergebenden Gesteinsmassen verschüttet. Bis gegen 2 Uhr nachts war es noch möglich, sich bei den Rettungsarbeiten mit dem Bergamann zu verständigen. Dann aber dürfte der Tod durch Erstickung eingetreten sein. Bei den Rettungsarbeiten und beim Bergen des Toten mußten besondere Sicherheitsmaßnahmen in Anwendung gebracht werden, da die Gefahr bestand, daß noch weiteres Gestein nachstürzte. Erst am Sonntag, vormittags um 11 Uhr, konnte die Leiche geborgen werden.

Ordentliche Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend.

Am Freitag, dem 25. September, hielt die Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend, E. G. m. b. H., ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. 2. Rechnungsprüfung des Rechnungsausschusses und Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlüsse über Verteilung des Reingewinns. 4. Aufwertung der Geschäftsanteile und Spareinlagen. 5. Bericht über die gezielte Revision. Genosse Heller berichtete zum Geschäftsbericht folgendes: Die Genossenschaft kann in diesem Jahre auf eine 20jährige genossenschaftliche Tätigkeit zurückblicken. Am 30. Oktober 1904 fand die Gründungsversammlung in Weandts statt. Mit der Entwicklung der Genossenschaft in diesen 20 Jahren kann man zufrieden sein. Trotz alledem hat ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung noch nicht erkannt, welche Vorteile die Genossenschaft bietet. Der Umsatz im 1. Halbjahre betrug nach Goldmora umgerechnet, 224 481,76 Mk., im 2. Halbjahre 429 780,10 Mk., mithin der Gesamtumsatz 654 261,86 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des Berichtsjahres 6377. Er behandelte ausführlich die Aufwertung der Geschäftsanteile und Spareinlagen. Seit dem 1. Juli ist die Sterbeunterstützung wieder eingeführt worden. Die Kartoffelverforgung soll ebenfalls wieder in die Hand genommen werden. In Steuern wurden entrichtet 11 029,20 Mk. Der Rechnungsausschluß bilanziert in Vermögen und Verpflichtungen mit 190 006,59 Mk. Der Abschluß ist zufriedenstellend. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß seit einiger Zeit eine Schwere Sachlage eingetreten ist. Die Produkte derselben fanden guten Absatz. Genosse Heller appellierte zum Schluß noch an die Frauen, die Erzeugnisse der GGG beim Einkauf zu bevorzugen. Genosse Sauppe berichtete über den Aufsichtsrat, daß die Revisionen und Kontrollen regelmäßig stattgefunden haben und zu Differenzen kein Anlaß vorhanden war. In der Diskussion hierzu sprachen die Genossenschaftler Beutel, Heller und Krause. Die Rechnungsprüfung und Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig. Gegen 4 Stimmen wurde beschlossen, den Reingewinn von 12 900,70 Mk. wie folgt zu verteilen: Reservefonds 6000 Mk., Spezialreservefonds 1500 Mk., Erneuerungsfonds 7500 Mk., Unterhaltungsfonds 1000 Mk., Dispositionsfonds 1900,70 Mk. Die bis zum 30. Juni 1918 eingezahlten Geschäftsanteile werden, wenn der Austritt nicht vor dem 30. Juni 1927 erfolgt, mit 15 Prozent aufgewertet. Außerdem wird auf alle am

30. Juni d. J. abgelieferten Umsatzen noch ein Aufwertungsbeitrag von 3 Prozent gewährt. Der 1. Satz wurde einstimmig, der 2. gegen 5 Stimmen angenommen. Des Weiteren wurde einstimmig beschlossen: Die Spareinlagen werden unter Sperrung bis 30. Juni 1930, zum Nennwert umgerechnet, mit 25 Prozent aufgewertet und ab 1. Juli 1924 mit 5 Prozent verzinst. Des Weiteren wurde der Bericht von dem am 11. und 12. März 1924 vorgenommenen gezielten Revision zur Berichtigung gebracht. Monitas Brandwelder Akt waren darin nicht zu verzeichnen. Ferner wurde beschlossen, aus Anlaß des 20jährigen Bestehens am 2. November im Schützenhause zu Wurzen einen Gesselligen Abend für die Genossenschaftler zu veranstalten. Nachdem Genosse Wendt nochmals auf die reichhaltige Auswahl in unserm Kaufhause hingewiesen hatte, schloß der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Sauppe, die Generalversammlung.

Aus der Umgebung. Stahlhelme überfallen Arbeiter. Ein Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

In Nöglitz bei Schleuditz wurden am Sonntag, dem 28. Septbr., fünf jüngere Leute, die an dem Vergnügen des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Nöglitz teilgenommen hatten, in dem Moment, als sie das Waldhaus verlassen wollten, von Stahlhelmläusen überfallen. Die Träger völkischer Kultur, die mit Stöckeln ihre Opfer bereiteten, verletzten einen Arbeiter lebensgefährlich. Ein aus Gröbers herbeigeholter Arzt leistete den Verletzten die erste Hilfe. Polizeiliche Nachforschungen sind im Gange.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, welche Gefahren diese bewaffneten völkischen Räuberbanden für die friedliche Landbevölkerung darstellen. Wie lange wollen die Behörden dem Treiben dieser bewaffneten Kowboys noch tatenlos zusehen? Es wird höchste Zeit, daß diese Landplage beseitigt wird, ehe das Treiben dieser uniformierten militärisch ausgerüsteten Banditen noch weitere Opfer fordert.

d. Weicha. Aus einer Gemeindevorordneten-sitzung. Die Pflasterung der Bahnhofstraße soll ohne Unterbrechung bis an den Bahnhof durchgeführt werden. Die Sitzungen werden immer interessanter, besser gelagt, langweiliger. In bunter Reihe tanzen die verschiedensten Verhandlungsgegenstände durcheinander: Siedlungsausgleichungen, Reparatur des Armenhauses, Wegbauerte, Wohnungsfragen und Streitigkeiten, Spülung der Wasserleitung, elektrische Ortbeleuchtung, Wohnungsbeschlagnahme, Wegbau d. e. z. g., Reparatur der Gasmotoren in der Pumpstation, Geldmangel, wenn Land gekauft werden soll, Wasserleitungsrohrbrüche, Siedlungsgenossenschaft, gemeinschaftlicher Wohnungsbau, Ankauf von Hydrantenstrahlrohren, militärische Finanzlage, Verhandeln mit den Unternehmern wegen Steinlieferung, Intrigen gegen linke Gemeindevorordnete, Spionage (?) bei Auftragserteilung, Privatgespräche, Nichtbeachtung gefahrlicher Beschlässe, Hinterziehung von Solden, Fußwegausbesserung, Mitteilung über direkten Landkauf von Preißer, Mißsprache des Bürgermeisters mit Preißer in dieser Sache, vergnügliche Zustimmung der bürgerlichen Herren und — haben wir recht gehört — man sprach von Finanzplan, dazwischen bemerkte man geschlossene Augen. Jetzt scheint die Absicht, Geld zum Landkauf zu schaffen, an Boden zu gewinnen. Mit Pathos erklärt man, wir sind nicht gegen den Landkauf, nur bei einer Siedlungsgenossenschaft müsse man den schwärzesten Fall annehmen. Orientierung bei der Amisch, Grimma, Protest gegen die Erhebung der Wegbauerte, Vergrößerung des Armenhauses, Wegsperrung und vieles andre wird zur Sprache gebracht. Wenn man die Unmenge des behandelten Stoffes betrachtet, so kann keineswegs behauptet werden, die Gemeindeväter ruhen auf ihren Lorbeeren aus. Das Vorreiten der verschiedenartigen „Stedenpferde“ durch ihre Vorgesetzten an den einzelnen hohe Anforderungen, will er alle Bewegungen und Seltenstünge verfolgen. Nach langen Stunden scheint es zu Ende gehen zu wollen, aber da zeigt sich, daß der Redestrom noch nicht verstopft ist. Kurz vor Mitternacht endlich bricht man auf, dreht das Gas ab, verläßt den tauglichwüchserigen Raum und tritt ins Freie. Die frische Luft wirkt geradezu wohlthuend. Wir wünschen dringend, daß auch in den Sitzungsraum baldigst frische Luft und frischer Geist einzieht. Den Wählern aber raten wir, die schwere und sorgvolle Tätigkeit der Gemeindevorleiter durch ihre eigene Anwesenheit in den Sitzungen zu prüfen. Durch Worte läßt sich das nicht erschöpfend erklären. Das muß man sehen und hören. — Auf dem Nachhausewege unterhält man sich im Duktus „leser“ über Gemeindepolitik. Stimmung je nach Gelungen oder Mißlingen. Es geht nichts über die von bürgerlicher Seite so viel gepriesene, aber nicht durchgeführte objektive Gemeindepolitik.

z. Engelendorf. Gemeindevorordneten-sitzung vom 19. September. Von der kommunistischen Fraktion lagen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Der erste befaßte sich mit der Notlage der Erwerbslosen, der zweite forderte, das Meisnerbühnen der Gemeinde mit dem Ortsverein der WSP (Vereinszimmer im Fürsorgeamt) zu lösen. Der letzte Antrag macht den Arbeitervertretern von links alle Ehre. Sie wüßten gegen die verhasste Sozialdemokratie schlimmer als die Reaktion. Jedes Mittel ist ihnen dabei recht und sie merken nicht einmal, wie sie sich dabei blamieren. Das letzte bißchen Schamgefühl ist bei diesen Kommunisten zu den Hundstößen. Leider wurde von bürgerlicher Seite gegen die sofortige Befreiung beider Anträge Einspruch erhoben. Sie mußten geschäftsordnungsmäßig ohne Debatte an die zuständigen Ausschüsse gehen. Es wäre jedenfalls hochinteressant gewesen, wenn die Begründung für das arbeitervölkische Verhalten in aller Deutlichkeit erfolgte. Unter Mit-

teilung gab der Bürgermeister bekannt, daß die Bodypreise für Gemeindefeldern sich pro Ader auf 45 und 55 Mark und für Kleinpachtung pro Quadratmeter auf 1 Wfr. belaufen. Ferner gab er bekannt, daß eine Arbeiterzählung 438 am Ort beschäftigte Arbeiter ergab (ohne Eisenbahnwerksleute), und daß das Volkstheater in der Schule wieder eröffnet wird. — Das Hauptinteresse erforderte der geplante Postneubau. Einstimmig wurden die Anträge der Ausschüsse gut geheißen und die Eröffnung eines Postgebäudes in nächster Nähe des Bahnhofes beschlossen. Die hiesige Einwohnerschaft darf also hoffen, daß bald bessere Postverhältnisse am Orte herrschen und der jetzige Zustand, der der berühmten Fingigkeit und Fixigkeit der Post keine Ehre macht, verschwindet. — Weiter wurde einer Polizei-Verordnung über Treppenbeleuchtung zugestimmt, wonach die Treppen bis 8 Uhr vollständig zu beleuchten sind. — Einer Neuordnung der Zeichenstrangengebühren wurde ebenfalls zugestimmt; die bisherigen Sätze erhöhen sich um 1,50 bis 2,50 Mark. — Da keine Sitzung sein darf, ohne daß die kommunistische Bauhütte die sozialistische Fraktion antreffe, deshalb erlaubte sich der Kommunist Hade in einer sogenannten Erklärung die sozialistische Fraktion zum laudablen Zweck als Arbeitervertreter und Nachbarnvertreter zu bezeichnen. Die Abstrafung dieser Maulschneise erfolgt nächstens wieder einmal Jammariß.

Begau-Groißh. Die Frage der Zweckmäßigkeit der Vereinigung der beiden Städte Begau und Groißh zu einer Gesamtgemeinde — vom Genossen Bahrd-Groißh angeregt — hat in der Presse zu Erörterungen geführt, die in ihren Schlussfolgerungen schlagend und den gesamtstädtischen Zustand jener ortserschaffenen Gesamtgemeinde falsch beurteilen und darstellen. Im Interesse des erstrebenswerten Projekts wäre es richtiger gewesen, wenn Gen. Bahrd vor Veröffentlichung in den beiden Lokalausgaben die Fühlung mit den Arbeiterorganisationen genommen hätte. Manche falsche Deutung wäre nicht nur vermieden, sondern zugleich ein Faktor gebildet worden, der einheitliche Ziele und Maßnahmen aufgestellt und überlebten rüstigen Auffassungen den Boden entgegen hätte. Nach Beurteilung der Frage in den betreffenden städtischen Ausschüssen geht man an sich mit harter Reierigkeit heran. Hoffnungen werden dabei keine erweckt, wenigstens nicht in dem Maße, wie Gen. Bahrd sie wünscht. Warum? Weil der ganzen Angelegenheit eine falsche Weichenstellung gegeben wurde. Fragen des öffentlichen und kommunalen Lebens, die Widerstand finden, müssen in klarer Zielsetzung aufgestellt, der Kampf dafür durch Aufklärung organisiert und mit gewonnenen Streitern zu Ende geführt werden. Bisher sehen wir, daß sowohl die untre partei- und kommunalpolitischen Ziele berührt, daß keine einheitliche Orientierung der Genossen und Wähler beider Orte, ja nicht einmal der beruflichen Funktionäre vorhanden ist. Jeder, der sich auf den Boden der Notwendigkeit der Vereinigung beider Städte nur im Interesse dieser selbst stellt, hat aber auch die Pflicht, nicht Sonderbestrebungen das Wort zu reden, wenn die geselligen Voraussetzungen nun einmal fehlen. Gen. Bahrd irrt, wenn er in seinem Eingange die Hoffnung kundtut, beide vereinigten Städte mit ihren 12 000 Einwohnern würden — als geeinte Gemeinde — das Recht der bezirksfreien Gemeinde zukünftig erhalten. Dem steht der § 165 der GO. gegenüber. Auch die Ausnahmebestimmung, die dieser Paragraph in Absatz 3 kennt, bleibt auf die geeinte Gemeinde ohne Anwendung wegen Fehlens der Voraussetzung hierzu. Die Bevölkerungszahl wird nicht nach § 152 der GO. erreicht, noch sind Einrichtungen, die § 153 der GO. voraussetzt, vorhanden. Nach untre Einstellung als Sozialdemokraten bewegt sich in einer andern Linie.

Etwas sehr komische Darstellungen gibt Herr Obersekretär Braun, der ein Wohlfahrtsamt bilden möchte mit anschließenden Landgemeinden! Wo nimmt man die Voraussetzung hierfür her? Erziehung auf ethisch-völkischer Grundlage soll Zukunftarbeit des Fürsorgeplans jenes Wohlfahrtsamtes mit werden. Würde Herr Braun nicht Ratsbeamter der Stadt Leipzig sein, so müßte man ihm zugute halten, daß er die einschlägigen Bestimmungen der GO. nicht kennt. Allein, dieser Entschuldigungsgrund kann hier nicht gelten. Herr Braun hat als Gemeindebeamter auch Kenntnis vom Entwurf des zukünftigen städtischen Wohlfahrtsgesetzes, zu gleich Ausführungsgesetz vom Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Die §§ 6 und 7 des Entwurfs bestimmen genau die Organe der zukünftigen Wohlfahrtspflege im Einklang mit der GO. Diese Beispiele mögen vorerst genügen, um zu zeigen, wie notwendig die Aufklärung ist, um ein erstrebenswertes Resultat zu erreichen.

Eine Frage mag, nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen allein, sondern aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen für jeden, gleich welcher sozialen Schichtung er angehört, Erörterung finden. Ist die Einbeziehung Begau-Groißh in die Amtshauptmannschaft Borna mit der erbärmlichen Verkehrsverbindung und dadurch bedingter wirtschaftlicher Einbuße noch auf lange Dauer erträglich? Wäre nicht die Einbeziehung nach Leipzig-Rand das Gebessene, und wäre dieses nicht bei der Schaffung des Behördenorganisationsgesetzes zu fordern?

Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß auch diese zuletzt aufgeworfene Frage die Beachtung findet, die sie verdient und der Röhre bereits sein Augenmerk geschenkt hat. Wollen wir nicht eines Tages am Grabe verfehlter Hoffnungen, als das Ergebnis verpaßter Gelegenheiten stehen, so gilt es zu handeln.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Aufruhr der Engel. Roman von Anatole France Deutsch von Rudolf Leonhard.

10] (Nachdruck verboten.)

Siebentes Kapitel.
Das in der Tat recht interessant ist und eine Moral enthält, die, wie ich hoffe, bei der Allgemeinheit der Leser Beifall erwecken wird, weil sie in den schmerzlichen Worten: „Wohin führt dich mich, Gedanke?“ ihren Ausdruck findet, und es eine allgemein angenommene Wahrheit ist, daß Denken ungesund ist und die erste Weisheit darin besteht, an gar nichts zu denken.

Unter Sarrictes ehrsüchtigen Händen waren alle Bücher von neuem vereint worden. Aber dieser glückliche Bund sollte nur eine kurze Weile dauern. Nach der folgenden Nacht waren 20 Bände abwesend, darunter der Lutrez des Priors von Wendôme. Im Verlaufe einer Woche waren sämtliche hebräischen und griechischen Texte der selben Testamenten in den Pavillon zurückgeführt. Den ganzen folgenden Monat lang verließen die Bücher Nacht für Nacht ihre Höher und nahmen heimlich denselben Weg. Andre verschwanden, man wußte nicht, wohin.

Herr René d'Esparvieu nahm die Berichte seines Bibliothekars über diese dunklen Vorfälle ungnädig auf und sagte bloß:

„Ja, mein Dieber, die Sache ist merkwürdig, höchst merkwürdig, wahrhaftig!“

Als aber Sarricte eröffnete, man müsse Anzeige erstatten oder den Polizeikommissar in Kenntnis setzen, lächelte Herr d'Esparvieu: „Was ist das für ein Vorschlag, Herr Sarricte! Die Geheimnisse meines Hauses unter die Leute bringen, einen Standaal heraufbeschwören! ... Daran denken Sie doch nicht im Ernst. Ich habe Feinde, und ich bin stolz darauf; ich glaube, sie verdient zu haben. Aber schrecklich wäre mir das, von Leuten der eigenen Partei angegriffen zu werden, mit so unerhörter Festigkeit, von den glühenden Royalisten, die gute Katholiken sind, wie ich gerne glaube, aber recht schlechte Christen ... Ich werde beobachtet, be-

launt, bewacht, und da schlagen Sie mir vor, Herr Sarricte, der Bosheit von Journalisten ein komisches Geheimnis preiszugeben, ein buchstäblich Abenteuer, eine Angelegenheit, in der wir beide eine ziemlich künigliche Rolle spielen? Wollen Sie mich denn ganz lächerlich machen? ...“

Die Unterredung endete mit der Übereinkunft, daß alle Türen der Bibliothek mit neuen Schlössern versehen werden sollten. Man verlangte Kostenanschläge und ließ Arbeiter kommen. Sedes Wochen lang hatte das Haus d'Esparvieu vom Morgen bis zum Abend von Hammerhämmer, vom Weisen der Bohrer und Knirschen der Feilen wider. Im Saal der Philosophen und Glöben brannten Feuer auf, und der Geruch des heißen Oels machte allen Hausbewohnern Unbehagen. Die alten zahnmen und friedlichen Schloßer an den Säulen und Schranktüren mußten neuen, lapriziösen und sehr unbehaglichen, weichen. Es gab jetzt nur noch Kombinations- und Geheimtischler, Sicherheitsriegel, Querhaken, Ketten und elektrische Warner. Dieser ganze Kurzwarenkram machte einem Angst. Das Schloßblech bligte, und die Riegel knarrien. Kein Saal, kein Schrank, kein Schabfach ließ sich mehr öffnen, ohne die Kenntnis der rechten Chiffre, die das Geheimnis des Herrn Sarricte hieß. Sein Hirn war vollgepfropft mit seltsamen Worten und riesigen Zahlen; er verirrte sich in seinen Kryptogrammen, seinen quadratischen, kubischen und triangulären Größen. Zuletzt konnte er selbst weder Tür noch Schrank öffnen, fand sie aber jeden Morgen spranzelnd offen stehen und die Bücher durcheinander geworfen, geplündert, gestohlen. Ein Polizist hob eines Nachts aus der Gasse der Rue Servandoni eine Broschüre von Salomon Reinach über die Identität von Barabab und Jesus auf. Da sie den Stempel der Bibliothek d'Esparvieu trug, brachte er sie dem Eigentümer zurück.

Herr d'Esparvieu entschloß sich, ohne daran zu denken, Herrn Sarricte auch nur Mitteilung davon zu machen, einen befreundeten Beamten, einen vertrauenswürdigen Mann, zu Rate zu ziehen, den Appellationsrat Herrn des Rubels, der schon mehrere beträchtliche Prozesse geführt hatte. Des Rubels war ein kleiner, sehr roter und sehr schlöfziger Herr, mit einem Schädel so blank und rund

wie eine Billardkugel. Er kam eines Morgens in die Bibliothek und gab sich als Bibliophil an, zeigte aber sofort, daß er von Büchern nichts verstand. Während sich alle Wägen der antiken Philosophen in seiner Glöbe spiegeln, fluchte er verschiedene hinterlistige Fragen an Sarricte, der verwirrt und erötend antwortete. Denn die Unschuld läßt sich leicht aus der Fassung bringen. Von da an hielt Herr des Rubels mit Lebhaftigkeit an dem Verdachte fest, Herr Sarricte sei der Urheber der Diebstähle, die er voller Abneigung anlegte; und er beschloß, zugleich nach den Missethätigen zu fahnden. Ueber die Beweggründe zerbrach er sich nicht den Kopf; Beweggründe findet man immer. Herr des Rubels machte Herrn d'Esparvieu das Angebot, sein Haus unter der Hand durch einen Geheimpolitisten bewachen zu lassen.

„Ich werde Ihnen“, sagte er, „Mignon zur Verfügung stellen lassen. Das ist ein ausgezeichnete, aufmerksame und vorichtiger Beamter.“

Am andern Morgen begann Mignon schon um sechs Uhr vor dem Hause d'Esparvieu auf- und abzugehen. Den Kopf zwischen die Schultern gezogen, mit hängenden Locken, die unter dem Rande seines weichen Huttes hervorliefen, die Augen zur Seite, mit einem ungeheuren mathematischen Schnurbart, gigantischen Händen und Füßen, kurz: eine merkwürdige Erscheinung, ging er regelmäßig von den mit Widerlöpfen geschmückten Pfeilern des Hauses de la Sordiere bis zum äußersten Ende der Rue Garanciere, in der Richtung auf das Dach von Saint-Sulpice und die Kuppel der Marienkapelle. Von nun an konnte niemand mehr das Haus d'Esparvieu verlassen oder betreten, ohne sich in all seinen Bewegungen und bis in seine Gedanken beobachtet zu fühlen. Mignon war ein außerordentliches Wesen. Er besaß Eigenschaften, die allen andern Menschen von der Natur verweigert sind. Er sah und schloß nicht; zu jeder Tages- und Nachtzeit, bei Sturm und Regen fand man ihn vor dem Hause d'Esparvieu, und nichts entging den durchdringenden Strahlen seines Blickes. Man fürchte sich vor vorn bis hinten durchbohrt, die Knochen bloßgelegt, schlimmer denn nackt, als Skelett.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Zufall des Ruhmes.

Von Ludwig Bauer.

Ganz sicher muß irgend etwas in der Gemütsbeschaffenheit unserer Zeit einen günstigen Nährboden für das Gedelchen von Abenteuerern, Phantasten oder Schwindlern wissenschaftlicher Art liefern. Am wohllos nur ein paar Fälle zu nennen: Wie haben binnen kurzem drei absonderliche Gestalten sich folgen sehen: Grinzel Matthe, der bei allen Regierungen mit seinen angeblich erfindenen Todesstrahlen hausieren ging; einen Berliner kleinen Beamten Bajano, der plötzlich ein exotisches Kapoleonarisch erndete hatte; nun den Kappler Professor de Martino, der die verloren gegangenen Bücher des Titus Livius ausgepöbert zu haben sich rühmte. In allen drei Fällen tobte sich in der gesamten Weltpresse ein wahrer Orkan von Meldungen aus; die Fachleute wurden gefragt, ungeheure Angebotschwärme durch die Luft, und immer, Geheh der Serie, stellte es sich heraus, daß es viel Lärm um nichts war. Dabei kann man kaum von einem eigentlichen Betrug sprechen, denn die vermeintlichen Entdecker konnten ja nichts vorzeigen; sie waren Opfer ihrer Phantasie, sie hatten ihre paar Tage, in denen sie auf einmal, aus dem Dunkel ins grellste Licht vordringend, Mittelpunkt und Weltberühmtheit geworden waren, und gleich darauf umspiegelt sie wieder die alte Nacht. Es mag wohl sein, daß unsere Zeit, die Unheimlicheres erlebte, auch sehr geneigt ist, das Unwahrscheinliche zu glauben und solcherart das Emporwachsen von praetorischen Scharlatanen begünstigt. Aber nicht dies ist das Bemerkenswerte, sondern die seltsamen Begleitumstände, die dem Gerüchte folgten; sie illustrieren gar zu artig den Zufall des Ruhmes und seine Verteilung zu einiger Nachdenklichkeit.

Denn wenn auch die Nachricht vom aufgefundenen alt-römischen Geschichtswerk unecht war, so waren doch zweifellos die verdienstvollen Angebote großer Verleger, die bei de Martino eintrafen. Ein deutscher Verleger bietet hunderttausend Mark; ein englischer, der seine Referenzen einwendet, ein Vielfaches davon. Man hört jedoch, daß der glückliche Finder eine volle Million Dollars beansprucht, und niemand findet eigentlich dieses Klotzenhonorar übermäßig, lächerlich und fabelhaft. Nur darüber wird tiefinnig debattiert, wer darauf Anspruch hat. Der italienische Staat oder das Kloster, wo die Handschrift gefunden wurde, oder der Finder? Reinesfalls Titus Livius oder seine Rechtsnachfolger, und der Historiker des Augustus wäre am meisten erstaunt, wenn er von den für ihn kaum vorstellbaren Summen hörte, die plötzlich für sein Werk geboten werden. Natürlich sind sie auch nicht als Entgelt für seine schriftstellerische Bedeutung aufzufassen. Im Falle Livius kommen verschiedene Umstände zusammen, um eine so erstaunliche Hochschätzung mindestens zu erklären, wenn schon nicht zu rechtfertigen. Ein Viertel seines Lebenswerkes ist uns erhalten geblieben und macht nach seiner Ergänzung begierig. Rom ist mit unserer heutigen Kultur enger verbunden als andre große Geschichtsepochen der Vergangenheit. Wir wissen, daß Livius als der eigentliche Historiker seiner Stadt galt, und die Gelehrten muß es daher besonders locken, wenn das immer gesuchte Werk plötzlich überfallend uns wiedergegeben wäre. Aber, wenn wir gegen uns ehrlich sein wollen, müssen wir zugestehen, daß all dies doch mehr Kuriosität und Sensation ist. Unendlich bedeutendere Künstler des Wortes sind uns geraubt worden, ihre Werke liegen vergraben unter dem Geröll der Jahrtausende, sehr oft mag sogar ihr Name verweht sein. Irgend etwas, das uns Daseinswerte oder tiefere Erkenntnisse gewährt, ist in seinem recht unkritisch zusammengestellten Werke kaum verborgen. Aber es würde unserer Eitelkeit schmeicheln, einmal die Zeit überlistet zu haben.

Haben wir nur den Mut, es zu bekennen: unsre Unsterblichkeit ist kaum mehr als Spiel in den Händen des Gottes Zufall, des eigenwilligsten und rätselhaftesten aller Götter. Keine der großen Bibliotheken der Antike ist uns erhalten geblieben, und ihr Nachruhm hängt davon ab, ob irgendeine Papyrusrolle in einem Versteck aufbewahrt blieb, ob kein Feuer sie zerstörte, keine Maxis sie zernagt hat, kein Unverständiger sie fortwarf. Ob ein edles Abbild aus Marmor oder Farbe vor uns wieder erscheinen darf, ob die Vision eines heftigen oder römischen Dichters sich neu vor uns gestaltet, das bestimmt nicht ihr innerer Wert, das wird durch Willkuren winziger Gefahren entschieden, die Tag für Tag in Millionen alles Geschaffene bedrohen, und nur jene, welche durch das Glück vor allen Vernichtungen behütet wurden, gelangen zu uns. Diebesklage, Spott, Mißgunst, Kraft und Inhalt eines Seins laßt dann erschreckend vor uns auf, fernbarlich und doch nahe. Euborheit über alle Abgründe der Zeit. Vernünftler werden sagen, daß die bedeutendsten Werke am häufigsten abgeschrieben wurden und daher auch am ehesten für uns gelangt sind. Aber wir wissen, daß von den anerkanntesten Dichtern und Literaten der Vergangenheit bloß Trümmer und Stümpfer zu uns gelangt wurden, und wir dürfen auch zweifeln, ob wir Heutigen stets das Urteil der antiken Zeitgenossenchaft unterzeichnen möchten. Wenn es auf die Verbreitung eines Wertes allein ankäme, dann würde in zweitausend Jahren etwa Marguerite „Garconne“ am ehesten Aussicht haben, als Vertretung des heutigen französischen Geistes vor den Nachgeborenen zu erscheinen. Im Vertrauen auf die Buchdruckerpresse und auf unser organisiertes Bibliothekswesen sind wir freilich geneigt, über unsre eigene Unsterblichkeit und ihre Zuverlässigkeit zuversichtlicher zu denken. Bieles wird allerdings auf Holzpapier gestäubt, Feuer und Erdbeben mögen wüten, dem in Büchereien und Museen eingeschlossenen Geist kann dies alles, so meinen wir, doch nichts anhaben. Der kleinste Sophist und der bescheidenste Horaz von 1924 dünkt sich gewiß, daß noch in fernen Zeiten die Forscher sein Werk nachdenklich, bewundernd, aufspürend in Händen halten werden. Aber wir sind da doch zu selbstischer und zu hochmütig. Welche Zerstörungsmittel kann eben der gleiche Fortschritt, der unsern Ruhm in Sicherheit bringt, gegen denselben Ruhm nicht noch finden und anwenden? Welche ungeahnten Katastrophen können dereinst vielleicht unsre Städte fortbläuen. Sie gründlicher zerstören, als Ilion zerstört wurde, nur daß vielleicht am Ende jener Tage kein Homer da sein wird, sie zu bezeugen!

Niemand kann eraten, was dereinst nach einigen armen Jahren Jahrhunderten oder Jahrtausenden von uns noch künden wird, wovüber die Gelehrten sich dann streiten, was spätere Schulkinder von uns lernen und wissen, aber wir dürfen vermuten, daß es gewiß Mißverständnisse und Fehlurteile über uns geben wird, wie wir zweifellos unsre Vorwelt mißverstehen müssen. Das Leben entwirft uns unerträglich von dem andern wie von uns selbst und am gründlichsten von dem Verstorbenen. Man lese, um bei dem so langsam aktuell gewordenen Livius zu bleiben, etwa seine Schilderung über den Schrecken Roms vor dem herannahenden Hannibal, als die Kunde von der vernichtenden Niederlage beim Trasimenischen See kam. Alle üblen Vorzeichen werden gewissenhaft ausgezählt, ein paar Fälle der römischen Lokalchronik von Mittern, die vor Freude beim Anblick ihrer geretteten Söhne starben, es ist sicher viel schätzbares Material für Historiker und Kulturforscher, doch uns dünkt diese ganze Geschichte sad und fremd. Der Künstler freilich hat die Kraft, auch über Jahrtausende uns anzurühren und zu paden, nur er, aber nun stelle man sich vor, wie wir beengt wären, wenn all dies uns geliebt wäre. Wir besitzen wahrscheinlich kein Taufenspiel von all dem Genus, den die Mensch-

heit aufgebracht hat; in Mexiko, in Mesopotamien, in Babylon, Ninive, Jerusalem, in Syrien und Ägypten gab es sicherlich Leistungen von einer Kraft und Schönheit, die alles, was das bishigen Griechenland und die meisterliche Organisatorin des Raubes Roms erzeugt hatten, in Schatten stellen. Wäre nun dies alles erhalten, wo gäbe es Raum, es aufzubewahren, Zeit, um es in sich aufzunehmen, und wie kämen wir dann jemals noch dazu, unser eigenes Leben zu leben?

Die Toten haben Platz zu machen; wenn wir sie gar zu liebevoll beschützen, so stehen sie den Lebenden im Wege, daß diese nicht mehr aufrecht zu gehen vermögen. Da und dort erschaffen wir wohl ein Korn vom Gewesenen, ein Pharaonengrab, ein Bildwerk, eine alte Handschrift, und für unsre Reugier ist dies das Beste wie ein neuer Großfilm, ein Weltluftflug, Radio.

Der ganze Livius gefunden? Ja? Nein! Schade — aber das klingt nicht mehr überzeugend — und schon stützen wir uns wieder auf das Heute, unseren einzigen Besitz, ohne Sorge, was dereinst von unserem Werke bleiben wird, wenn wir einmal ausgegraben und erforscht werden und wenn dann der Zufall des Ruhmes eine etwas ausgediegere Unsterblichkeit gönnen wird.

Der Totengräber.

Von Maxim Gorki.

(Autorisierte Uebersetzung von Erich Boehme.)

Als ich dem Kirchhofswächter Bodriagin die lang ersehnte Harmonika schenkte, preßte er — er war einäugig und struppig — seine rechte Hand fest aufs Herz, schloß freudestrahlend sein einziges, gutes — und manchmal unheimliches — Auge und sagte:

„Ach...“
Vor Aufregung bekam er kaum Luft, schüttelte den kalten Kopf und brachte dann mit einem Atemstoß heraus:

„Wenn Sie mal sterben, Lezj Magimytich, ach, wie ich aber für Sie sorgen will!“

Er nahm seine Harmonika sogar mit, wenn er Gräber auszuheben hatte, und wenn er von der Arbeit müde war, spielte er sich mit Genuß seine Polka. Er nannte sie manchmal mit französischem Akzent „Train-blanc“, sonst aber auch „Dred-Brand“. Das war das einzige Stille, das er spielen konnte.

Einmal spielte er sogar, während ganz in seiner Nähe der Priester einen Totengänger hielt. Als die Zeremonie zu Ende war, rief dieser Bodriagin herbei und schmauchte ihn an:

„Du befehlst ja die Verstorbene, du Wicht!“

Bodriagin beklagte sich mir gegenüber:

„Das war ja natürlich nicht schön von mir getan, aber immerhin, wie kann er denn wissen, was einen Toten kränkt?“

Nach seiner Uebersetzung gab es keine Hölle. Die Seelen der guten Menschen fliegen eben nach dem irdischen Tode in das „reine“ Paradies, die Seelen der Sünder dagegen bleiben im Leibe und wohnen in den Gräbern, bis der Leib der Fäulnis verfallt.

„Dann haucht die Erde die Seele aus, in den Wind, und der Wind zerweht sie in den fäulnisvollen Staub.“

Als man die Leiche der kleinen sechsjährigen Nikolajewa, die ich sehr gern gehabt, dem Grabe übergeben hatte, und alle andern dem Kirchhof verlassen hatten, bemühte sich Kosja Bodriagin, der gerade den Lehmhügel des Grabes mit der Schaufel glättete, mich zu trösten.

„Sei nicht traurig, Freund! Wer weiß, vielleicht spricht man auf jener Welt mit andern Worten, besser als wir, froher. Vielleicht spricht man aber auch gar nicht, und spielt nur Bilbovoco.“

Mußt lebte er wie natürlich und konnte in der bedenktlichsten Weise alles andre darüber vergessen. Wenn er in der Ferne die Klänge einer Militärmusik hörte oder einen Leierkasten oder ein Klavier, dann wurde er sofort ganz Ohr, reichte den Hals in der Richtung, aus der die Töne kamen, legte die Hände auf den Rücken und blieb wie angewurzelt stehen; dabei rief er sein dunkles Auge weit auf, als hörte er mit ihm. Das geschah manchmal mitten auf der Straße; zweimal rief ihn ein Pferd um und oft zogen ihm die Droßkentußerer eins mit der Knote über, wenn er wie verzückt dastand, ohne ihre warnenden Zurufe zu hören, ohne die Gefahr zu bemerken.

Er suchte das zu erklären:

„Wenn ich Musik höre, ist mir immer so, als laufe ich auf dem Grund des Flusses hinab.“

Er hatte ein Verhältnis mit der Kirchhofsbettlerin Sorokina, einem ewig betrunkenen Weibsbilde, das etwa fünfzehn Jahre älter war als er. Er selbst war an die vierzig.

„Weshalb läßt du dich mit dieser Person ein?“ fragte ich ihn.

„Ja — wer tut ihr denn je etwas Gutes? Doch niemand außer mir. Ich mache gern denen eine Freude, die so gar keine mehr haben! Ich selber habe doch keinerlei Kummer, da verusche ich eben fremden Jammer zu stillen.“

Wir führten dieses Gespräch unter einer Birke stehend, während gerade ein unerwarteter Juniplafregen niederrauschte.

Kosja wand und drehte sich mit Genuß unter den auf seinen kalten edigen Schädel niederprasselnden Tropfen und murmelte:

„Ich habe das so gern, wenn mein Wort eine Träne trocken kann.“

Er litt anscheinend an Magenkrebs, sein Atem war faulig wie Leihengeruch, er konnte nichts essen, hatte dauernd Erbrechen. Aber er arbeitete wacker und ließ immer vergnügt auf dem Kirchhof herum. Er starb eines Tages beim Arienenspiel, als er gerade mit dem andern Kirchhofswächter „Schafkopf“ spielte.

Die Kurse des WB.

Sie beginnen am 20. Oktober und dauern bis Weihnachten, umfassen also 8—10 Wochenabende von je 2 Stunden Arbeitsgemeinschaften. Die Teilnehmergebühr beträgt nur 1 Mk. Arbeitslose zahlen nichts. Einzelanmeldungen liegen auf im Bureau des Arbeiterbildungsinstituts, in den Verkaufsstellen, den Ortsvereinen und Gewerkschaften. Ausführliche Inhaltsangabe des in den Kursen behandelten Stoffes enthält der Kulturwille für Oktober.

- A. Dr. Stammer, Staatsprobleme im Sozialismus. Mittwoch, 7 Uhr, Frauenhochschule, Königsstraße 18.
- Strobel, Die politischen Parteien in Deutschland vor und nach 1918. Montag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
- Kunze, Streifzüge durch die Geschichte der sozialen Kämpfe und Theorien bis Marx. Sonnabend, 7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 109.
- Engelmann, Wirtschaftsgeschichte. Dienstag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
- B. Platte, Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft. Freitag, 7 1/2 Uhr, Lehrsaal WB, Braustraße 17.
- C. Winkler, Die Weltwirtschaft nach dem Kriege. Mittwoch, 7 Uhr, Frauenhochschule.
- D. Schön, Rassen- und Bevölkerungsfragen in Europa. Sonnabend, 7 Uhr, Lehrsaal WB, Braustraße 17.

- B. E. Frenzel, Geschichte und Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Montag, 7 1/2 Uhr, Volkshaus, Kartellsaal.
- R. M. Schifferl, Die Struktur des modernen-europäischen Wirtschaftslebens. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Kartellsaal.
- W. Wittig, Die moderne Betriebsorganisation. Freitag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
- F. Schlichting, Betriebswissenschaft (allgemeine Einführung). Dienstag, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Zimmer 109.
- F. Schlichting, Die Psychologie im Dienste der Wirtschaft. Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Zimmer 109.

- C. Dr. W. Fabian, Grundfragen der Erziehung für den Sozialisten. Montag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
 - R. Schifferl, Der Kampf ums Dasein und die gegenseitige Hilfe. Freitag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
 - Dr. med. Benedek, Gesundheitspflege des einzelnen und der Gesellschaft. Donnerstag, 7 Uhr, Frauenhochschule.
 - Frau Kübler, Notstände im jetzigen Frauenleben. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Frauenhochschule.
 - Fred Wittber, Das Zeichen. Ein Weg der Erziehung. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Lehrsaal WB.
 - Boigt, Esperanto für Anfänger. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Lehrsaal WB.
 - Rhythmische Übungen. Montag, 7 Uhr, Lehrsaal WB. Sprechchor. Montag, 8 Uhr, Lehrsaal.
- Im November eventuell Dezember wird Genosse Engelbert Graf einen Wochenkurs halten, ähnlich dem, den Genosse Stern im Leisnig hielt.
- In Vorbereitung: Vortragsreihe über bildende Kunst.

Kleine Chronik.

Urbine. In der Altklasse von Urbine stellte sich im Neuen Theater Fräulein Me Kögel als neues Mitglied der Oper vor. Sie bringt alles mit, was man von einer jugendlichen Sängin verlangen darf: Anmut der Erscheinung, geistliches Spiel und mühelose Beherrschung ihrer ausgezeichneten Stimme. Der Hugo Hans Fieberscher kann nicht befriedigen. Er versteht mit seinen an sich guten stimmlichen Mitteln noch nicht umzugehen. Gesang und Spiel wirken marionettentast. Einen in jeder Beziehung prachtvollen Rühleboren stellte Herr Bockelmann hin. Urbina Hesse als Verhalda schien verknüpft zu sein. Es schadet ihr sicherlich, daß sie mit ihren Mitteln nicht Haus hält. Herr Herzogling feierte als Kellnermeister die 25 jährige Zugehörigkeit zu unserer Oper und wurde entsprechend geehrt. Der neue Spielleiter Heinz Hoffmann versteht es, mit geringen Mitteln seinem Bühnenbilde eine romantische Note zu geben. Besonders Lob verdienen die Chöre des 3. und 4. Aktes hinter der Scene, die diesmal gut klappen. Aber die Tänze sind alles andre als schön. Die Wassermeister bringen es durch ihre Schwerfälligkeit fertig, den guten Eindruck von Rühleborns Wasserfahrt im 3. Akt zu zerstören. Hl.

Die toten Augen. Von Eugen d'Alberis 16 Opern haben sich bis jetzt nur 2 auf der Bühne halten können: Tiefland und Die toten Augen. In letzterer hat sich d'Alberis mit Haut und Haaren in Wucht verklebt — Die erste Operninstrumentation und die lebendigen Ensembles versehen ihre Wirkung nicht. — Unter Kapellmeister Conrad war die Sonnabend-Aufführung der toten Augen im Neuen Theater recht gut, es lag durchweg Scheid und Frische darin. Frau Sanowska als Myrtilde war eine Glanzleistung — der Arcellus des Herrn Horand (leicht ansprechender Bariton) konnte im Spiel leidenschaftlicher sein, doch sein stilles, musikalisches Singen wehte diesen Mangel wieder aus — M. Topik als Galba stellte einen wahrhaft ritterlichen Kämpfer. Die Krinoid der Marie Weigand, die Maria von Magdalena der A. Udrasch waren gesanglich wie im Spiel auf guter Höhe. L.

Balalaika-Orchester. Vom letzten Jahre her uns noch bekannt, ist das Orchester auf dem Gebiete der Zupfinstrumente einzigartig, aber mit dem Gesang sollte sich's nicht befassen. Zwar ist ein gutes Stimmmaterial vorhanden, doch Fülle und Temperament fehlen. — Mit dem Don-Rosaten-Chor können sie sich nicht messen. — Es ist besser, das Balalaika-Orchester bleibt seinen Zupfinstrumenten treu, denn da ist es technisch und farblich vollendet, besonders das An- und Abbläuen seiner Pianos ist bis aufs Feinste ausgebildet. Die drei Volkslieder für Orchester im Walde, Polonka, Frühlings, waren am reizvollsten. Die Tänze sind hinreichend, jedoch Temperament und ungläubliche Technik und Elastizität, wie Juan Orlik besitzt, sieht man selten. Frau Bojarstaja war ihm eine glänzende Partnerin, Herr Smirnow und Frä. Ostromensaja waren in ihren Tanzbewegungen ruhiger, schmiegt sich aber im Reigen den andern beiden gut an. Dr. Eugen Swerloff, der schon im letzten Jahre unsre höchste Anerkennung erhielt, dirigierte diesmal noch klarer und durchsichtiger. Eins mißfiel uns an ihm, zwischen all der russischen schönen Volkstänze der Spieler und Tänzer tanzte er (im Unterschied vom vorigen Jahre) den uns hier wohlbekannten Konzertraut. Das wirkte recht störend. L.

Krieg gegen „Krieg dem Kriege“. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums haben ein Schaufensterplakat der Malik-Buchhandlung, Rühener Straße 88, das aus Bilder-ausschnitten aus dem toben erschienenen Buch „Krieg dem Kriege“ zusammengestellt war, entfernen lassen, unter Vorlegung eines schriftlichen Befehls, daß schreckenerregende Photographien von Kriegsverwundeten, die abstoßend auf das Publikum wirken könnten, und zu Ansammlungen und Verleumdungen Anlaß geben, zu beseitigen sind. Das Plakat ist nunmehr in den Innenräumen der Buchhandlung zu beschließen. Es stimmt sehr nachdenklich, bemerkt zu dieser Meldung das Berliner Tageblatt, daß es verboten sein soll, wahre und unverfälschte Erinnerungen an den Krieg zu zeigen. Gewiß sind die Abbildungen grauhaft; aber der frische, fröhliche Krieg war genau so grauhaft wie diese Bilder, und welche Propaganda für den Frieden ist nachhaltiger und erschütternder als eben diese, die das Antlitz des Krieges so zeigt, wie es war: fürchterlich, grauhaft und der Menschheit nicht würdig.

Der 85 jährige Hans Thoma. Hans Thoma erreicht am 2. Oktober das biblische Alter von 85 Jahren. Im Dorfe Bernau, unweit von St. Blasien im Schwarzwald, ist er als Sohn einfacher Bauernleute geboren. Von der Familie seiner Mutter hat er seine künstlerische Begabung geerbt. Schon 1849 wurde der junge Lithograph Schüler der Karlsruher Kunstschule unter dem Landschaftsmaler Schirmer, der auch Böllins Lehrer gewesen ist. 1877 nahm er seinen Wohnsitz in Frankfurt a. M. und blieb dort, bis er 1899 einem Rufe als Museums- und Akademiedirektor in Karlsruhe, der Hauptstadt seiner badischen Heimat, Folge leistete. Etwa seit 1890 datiert sein Weltberühmtheit, und heute bilden seine Werke den Stolz vieler deutscher Galerien und zahlloser Privatbühler des In- und Auslandes. Von der Natur nimmt er seinen Ausgang und wird zum größten Phantastikünstler nächst Böllin und neben Klinger. Unerlöschliche Phantasie vereint sich mit Schlichtheit, Natürlichkeit und Unbefangtheit des Ausdrucks. Thoma ist ein Meister unter den Malern, von der Anmut eines Storm oder Müllers.

Die Leipziger Parteigenossenschaft zum Landesparteitag.

Am 30. September nahm eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der SPD. Groß-Leipzig zur sächsischen Politik Stellung. Als Referent sprach Landtagsabgeordneter Genosse Edel-Dresden. Der Referent betonte, daß es eine Notwendigkeit sei, nachdem sich in letzter Zeit große Kreise der Parteigenossenschaft und der Öffentlichkeit mit dem sächsischen Problem beschäftigt haben, zunächst einmal die Entwicklung der Dinge in Sachsen seit der Revolution aufzuzeichnen. Die in den Tagen der Revolution vertretene Ansicht, über den Einheitsstaat zu kommen, habe sich leider nicht verwirklichen lassen. Durch die Verfassung von Weimar ist die Gewalt in vielen Fragen bei den Einzelstaaten geblieben, die somit über Schule, Polizei und andere wichtige Faktoren bestimmen. Gerade in Sachsen habe man in den letzten Jahren stark für den sozialistischen Gedanken gearbeitet und von hier aus versucht, weite Kreise des Reichs mit sozialistischem Geist zu beeinflussen. Trotz mancher und schlimmer Erfahrungen mit den Kommunisten ist vom Jahre 1920 ab nichts unversucht geblieben, um ein Zusammenarbeiten mit diesen, gegen das Bürgergut, zu ermöglichen und manche Grundbegriffe des Sozialismus durchzuführen. Diese Tätigkeit mußte ganz selbstverständlich die Wirkbelangung des gesamten Bürgerguts finden, und da demselben die Durchführung seiner Wünsche von innen unmöglich war, versuchte es von außen her die sozialistische Regierung zu stützen. Die Reichsregierung gegen Sachsen war der große Schlag des Bürgerguts, der zum gewalttätigen Sturz der sozialistischen Regierung und später nach Beilegung des Rabinets Feindes zur Errichtung der großen Koalition führte. Durch die Demoralisierung der Kommunisten ergibt sich heute bei der Beurteilung der Lage ein wesentlich anderes Bild wie vor einem Jahre. Es ist Pflicht der Parteigenossenschaft, eingehend zu untersuchen, inwieweit die gegenwärtige Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung getragen hat. Bereits ihre Bildung rief den schärfsten Widerspruch der Parteigenossen hervor, weil sie eine Kapitulation vor den Besessenen des Generals Müller war. Schon damals wurde die Auffassung vertreten, daß diese Regierung keinen langen Bestand haben würde, somit mit einem Austritt aus der Regierung oder Landtagsauflösung zu rechnen war. Leider kam es anders, die von dieser Regierung getriebene Politik zeichnete sich dadurch aus, daß man alles, was von der Partei viele Jahre hindurch in Sachsen vertreten wurde, fallen ließ. Besonders drücklich sei dies bei einer Gegenüberstellung der Regierungserklärung Zeigners mit der des Genossen Heldt erkennbar. Hier das Aufheben aller Fehler der Republik, dort der Gedanke der Volksgemeinschaft, der Ruhe und Ordnung, wie sie der General Müller versteht. Allen Beteiligten zum Trotz müssen wir hinausreden, daß es durchaus richtig war, daß Zeigner den Kampf aufnahm für die Republik, gegen die Konterrevolution und die Zustände in der Reichswehr. (Sehr richtig!) Es ist eine gewaltige Klüft, die zwischen diesen beiden Auffassungen besteht. Auch in einer Koalition hat man nicht notwendig den Klassenkampf aufzugeben. (Sehr richtig!) Es ist nun zu fragen: Wie steht die Zeitung? Die lobenden Anerkennungen der schmutzigen bürgerlichen Blätter für die Regierung-Heldt sollen sehr zu denken geben. Die Reaktion arbeitet. Der Reaktions-Schulze und seine Hintermänner sind drauf und dran, die sächsische Gemeindeverfassung zu reformieren. Der sächsische Finanzminister Reinhold hat in der Frage des Achtstundentags der Industrie das von ihr gewünschte Vorbild gegeben.

In Sachsen hatte sich, besonders während der Kapplage der gestaffelten Sicherheitsapparat glänzend bewährt, dagegen ist heute das Vorgehen der Polizei gegen die Republikaner und Sozialisten auf der Tagesordnung. Der Redner beschäftigt sich nun kurz mit der Hilfspolizei und den mit General Müller getroffenen Abmachungen. Ueberall ist die Regierung in Bindungen eingegangen, die den Wöbau oder die Raffizierung von Parteigenossen in führenden Stellen fordern. Das Bedauerlichste aber sei, daß sich die Entfernung von Parteigenossen in einer für diese beleidigenden und die Partei schädigenden Form vollzogen habe. Der Referent geht in längeren Ausführungen auf die Tätigkeit der einzelnen Ministerien ein. Neben den vielen Besordnungen und Gesetzen, die eine große Mehrbelastung der Arbeiterschaft oder Verschlechterung mit sich gebracht haben, sei die Personalpolitik, wie sie besonders im Justiz-, Volksbildungs- und Innenministerium getrieben worden ist, ein Skandal, der in einem demokratischen Staat unmöglich sein sollte. (Sehr richtig!) Als gefährlich bezeichnet der Redner die Einstellung der sächsischen Justiz. Ein besonderes Kapitel sei der Zeigner-Skandal. Zeigner, der die Kühnheit hatte zu reden über die Schäden der Republik, wurde das Opfer der Klassenjustiz. Selbst eine große Anzahl bürgerlicher Blätter haben das Urteil im Falle Zeigner als Urteil einer Klassenjustiz bezeichnet. Besonders empörend sei die Stellungnahme Heldts zu einer Amnestierung Zeigners. Hier liegen nicht sächsische Argumente vor, sondern persönlicher Haß ist es, was den sich der Ministerpräsident bestimmen läßt. Wenn selbst das Leipz. Tageblatt die Kampfsart Heldts als nicht vornehm bezeichnet, so besteht um so mehr Veranlassung, daß sich die Parteigenossenschaft gegen das Verhalten Heldts zur Wehr setzt.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen: Was kann und muß geschehen? Die Beantwortung dieser Frage haben wir leichter als vor kurzer Zeit. Eines ist bestimmt vorher, nämlich die Volksgemeinschaft. Die unzulässigen schwarz-weiß-rotten Kundgebungen haben gezeigt, daß man unter Volksgemeinschaft den Bürgerhaß versteht. Auffällig sei, daß auch in Preußen von der Deutschen Volkspartei auf Beilegung der großen Koalition hingearbeitet wurde. Nehmsliches würde wahrscheinlich auch bald in Sachsen eintreten, denn es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei nicht davor zurückschrecken würde, ihren Koalitionsfreunden den Zutritt zu geben.

Noch auf dem Reichsparteitag habe man mit einem gewissen Mißtrauen auf große Teile der sächsischen Delegierten geblickt, doch der Ausfall der Reichstagswahlen, im besonderen das gute Ergebnis in Sachsen hat viele Parteigenossen eines Besseren belehrt. Gestützt auf die Berliner Vereinbarungen, daß höher als all-Koalitionspolitik die Einheit der Partei steht, werden die Landesinstanzen bei ihrem Zusammentritt weitgehende Entscheidungen treffen müssen. Wir fordern, daß der Reichstag aufgelöst werden muß. Wesentlich ist die Lage in Sachsen, auch hier dürfen wir diese Bindungen für unsere Partei nicht länger mit uns herumtrödeln. Wir haben alle Ursache, das Wort der Wähler einzuholen. Nur dadurch, daß wir den Freischindeln aufpassen, ehe das Bürgergut seine Pläne durchführt, können wir erreichen, daß uns nicht der Zutritt des Bürgerguts trifft. Nach den Wahlen ist die Arbeitslosigkeit gegeben, daß die Sozialdemokratie mit bestimmten Forderungen an das neue Parlament herantritt, zeigt man dafür kein Verständnis, so bleibt nichts weiter übrig als eine gesunde Opposition im Sinne August Bebel's. Die Partei muß in den Wahlkampf treten mit der Hoffnung, daß es ihr möglich ist, nach den Wahlen einen gewissen Einfluß auf den Regierungsapparat geltend zu machen. Der Wahlkampf, der nicht zu umgehen ist, wird zum Siege der Arbeiterschaft führen, wenn sich die sächsische Sozialdemokratie leiten läßt von den Worten eines August Bebel, die da lauten: Drauf und durch! (Starker Beifall. Händeklatschen.)

Zu der

Ansprache

kam zunächst der Genosse Kaufsch zu Worte. Er wollte beweisen, daß die Dinge doch anders laufen würden, als sie sich in gewissen Kopien spiegelten. Er verteidigte die alten bewährten Genossen in der jetzigen Koalitionsregierung, die bereits Jahrzehntlang zum Wohle der Partei gewirkt hätten. Er behauptete, daß die Sozialdemokraten in der Regierung nichts weiter ausrichteten, weil die Massen zu wenig „intellektuell“ ausgeklärt seien. Durch Ueberwindung der Liebmann-Edelischer Politik sei das Bürgergut gestärkt worden. Jede Maßnahme der jetzigen Regierung werde von gewisser Seite heruntergerichtet, das sei keine fruchtbare Parteipolitik. Der größte Teil fortschrittlicher Gesetze, vor allem auf dem Gebiete der Schulpolitik, sei nicht mit den Stimmen der Kommunisten, sondern mit denen der Demokraten angenommen worden. Die Koalition mit den Kommunisten wäre im großen und ganzen unfruchtbar gewesen. Man verfolge immer, daß auch noch andere Leute da seien, und deshalb müsse man versuchen, Schlimmeres zu verhindern. Daß unter den abgebauten Beamten auch Sozialdemokraten seien, sei nicht verwunderlich und man solle sich da nicht zu sehr aufregen. Der Redner behauptete zum Schluß, daß die Resultate des bevorstehenden Leipziger Landesparteitages schon heute fertig seien. Man verfolge, die Landtagsauflösung zu erreichen, aber man müsse hoffen, daß die Landtagsfraktion fest bleibe, bis es im Reich auch so weit sei. Die Beziehungen seien vom Genossen Edel nicht richtig aufgezeichnet worden. Es bliebe sowohl in Sachsen wie auch im Reich nichts weiter übrig bei der jetzigen politischen Kräfteverteilung als die große Koalition. (Lachen.) Zur Verwirklichung unserer Ideen gehöre eben Zeit. Die Politik des Genossen Heldt werde sich als richtig erweisen. (Vereinzelter Beifall.)

Genosse Krieger bezeichnete das vom Genossen Edel vorgebrachte Material als erschütternd. Die Ausführungen von Kaufsch dürften nicht un widersprochen bleiben. Die Fehler der Revolution sollten nicht immer wiederholt werden, es würde höchste Zeit, daß die Parteigenossen sich endlich gegen den alten Schlandrian wenden. Die Genossen wünschden vom Leipziger Parteitag, daß er endlich die in den Massen lebenden Forderungen als Beschlüsse bringe. Es wird erwartet, daß endlich Remedur geschaffen wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Genosse Krieger wies vom Genossen Kaufsch erhobene persönliche Angriffe energisch zurück. Jetzt steht die sächsische Parteigenossenschaft kein Interesse mehr an der Regierung hat, seitdem die große Koalition besteht. Wo sind unsere jetzigen Minister, daß sie, wie es während der Liebmann-Regierung üblich war, Rede und Antwort vor den Parteigenossen stehen? (Lebhaftes Schreien richtig!) Auf die Arbeit der Genossen Staube, Liebmann und Zeigner wies jeder Klassenbewußte Arbeiter stolz gewesen. (Lebhaftes Bravo!) Jetzt haben wir durch die reaktionäre Politik alle unsere vorgehobenen Posten verloren. Wenn man das alles berücksichtigt, da müsse man endlich zu dem Schluß kommen, daß wieder sozialdemokratische Politik getrieben werden muß. (Händeklatschen.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde 12 Uhr mit großer Mehrheit angenommen. In seinem Schlußwort betonte der Genosse Edel, daß er die Willigkeit gehabt hätte, die Dinge der Wahrheit gemäß darzustellen. Wenn dabei einige Genossen schlecht weggenommen seien, so wäre das nicht seine Schuld. Man könne nicht jede berechtigte Kritik als „kommunistisch“ bezeichnen. Jetzt bringe in der Koalition in Sachsen einzig und allein die Arbeiterschaft Opfer. Es ist nicht so, daß durch die letzte Regierung „Schlimmeres“ verübt worden sei. Man sehe sich die Taten dieser Regierung an. Es ist für die Einheit der Partei untragbar, daß diese Politik fortgesetzt wird. Es ist vom Genossen Kaufsch unparlamentarisch, daß er hofft, daß die Landtagsfraktion den Beschlüssen des kommenden Landesparteitages gegenüber fest bleibe. Nur eine einzige Partei werde alle Kämpfe siegreich bestreiten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Genossen Zeigner stellte nun einige Angriffe richtig und trat mit warmen Worten für ihren Mann ein. Er sei dracierter Sozialist gewesen und reiflos für die Republik und die Arbeiterschaft eingetreten.

Gegen 13 Stimmen faßte die Versammlung folgende

Entschließung:

„Die am 30. September 1924 im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung von Groß-Leipzig verurteilt die vom Ministerium Heldt getriebene Koalitionspolitik als nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegend. Die Versammelten sind der Ansicht, daß es bei der Zusammenlegung der Regierung hätte möglich sein müssen, auch in der Koalition die Interessen der arbeitenden Bevölkerung besser wahrzunehmen.“

Das Ergebnis der sächsischen Koalitionspolitik steht im Widerspruch mit dem Beschluß des Berliner Reichsparteitages, nach dem die Koalition mit bürgerlichen Parteien dann abzulehnen ist, wenn durch die Koalition der Arbeiterschaft einseitig Opfer auferlegt werden.

Für die sächsische Koalitionspolitik kann die Partei die Verantwortung nicht übernehmen, deshalb fordert die Parteiversammlung, daß mit dieser Politik Schluß gemacht wird. Die Versammelten erwarten von dem Landesparteitag die schärfste Mißbilligung dieser Regierungspolitik. Von allen Parteigenossen, auch wenn sie in den höchsten Stellen stehen, muß verlangt werden, daß sie sich den Beschlüssen der Parteigenossenschaft fügen.

Die verworrene Situation, die sich aus dem Widerspruch der offiziellen Regierungspolitik zur Haltung der sächsischen Partei ergibt, wird am besten geklärt durch die Auflösung des Landtages.“

Der Genosse Kaufsch hatte einen Antrag eingebracht, in dem er sich gegen die nach seiner Auffassung einseitige Geschäftsführung des Kreisvorstandes in der Vermittlung von Referenten wandte. Der Antrag verlangte die „Beilegung der Unterdrückungsmethoden und Nebelreisen“.

Der Vorsitzende wies die Vorwürfe gegen die Geschäftsführung entschieden zurück und betonte, daß der Antrag von Kaufsch, in dem Nebelreisen gefordert wird, unmittelbar gestrichelt wurde, nachdem Kaufsch dreiviertel Stunde in der Debatte gesprochen hatte. Gegen 14 Stimmen wurde der Antrag Kaufsch abgelehnt.

Stellung zum Landesstatut.

Der Vorstand von Groß-Leipzig beantragte einstimmig, den letzten Absatz im § 12 des Statutenentwurfs zu streichen und d für zu setzen: „Stimmrecht haben nur die gewählten Delegierten.“

Zur Begründung wies der Genosse Liebmann im Auftrag des Vorstandes darauf hin, daß nach dem Statutenentwurf 100 gewählte Delegierte auf dem Landesparteitag Stimmrecht haben, außerdem aber noch 40 Organisationsvertreter, die aus irgend einem Amt ihr Stimmrecht übertragen erhalten sollen. Das sei eine starke Verletzung der Parteidemokratie.

Weiter wurde beantragt, im letzten Absatz des § 1 in der dritten Zeile das Wort „Händeklatschen“ zu streichen.

Beide Anträge wurden gegen wenige Stimmen angenommen.

Stellung zur Urwahl.

Da im letzten Augenblick bekannt wurde, daß nicht auf 3000, sondern auf 2500 Mitglieder ein Delegierter zur Landesversammlung zu entsenden ist, beschloß die Versammlung, dem Vorstand zu empfehlen, die Delegierten nach der Mitgliederstärke der Bezirke zu verteilen.

Die Urwahl findet am Sonntag, dem 5. Oktober, statt.

Volkswirtschaftliches.

Camillo Castiglioni.

Von Paul Ufermann.

Wien, 30. September. Die Sozialdemokratie hat in der heutigen Sitzung des Nationalrats eine Interpellation über die Affäre Castiglioni eingebracht, da die Gefahr besteht, die Angelegenheit wie im Fall der Wöllersdorfer Werke zu vertuschen.

Castiglioni, dessen Name im Mittelpunkt der neuen Finanzskandalaffäre steht, bildet ein lehrreiches Kapitel aus der Geschichte der Vermögensumschichtung, die die Inflation im Gefolge hatte. Geboren in Triest, als Sohn eines Rabbiners, kam er nach Wien, wo er zum Direktor der Sempertwerke (den heutigen Amerikanisch-Oesterreichischen Gummiwerken) emporsteigen konnte. Im Kriege machte er sich selbständig und warf sich auf die Fabrikation von Automobilen und Flugzeugen. Die erzielten Gewinne gestatteten ihm, sich bei altingesessenen Werken (Austro-Daimler, Oesterreichische Fiat A.-G. u. a.) Einfluß zu verschaffen. Bei Abschluß des Krieges war Castiglioni ein reicher Mann.

Doch war dies nur der Anfang. Sein Aufstieg begann erst mit dem Niedergang der österreichischen Währung. Auf dem Kampfplatz der Wertverschiebung, an der Börse, erwarb er seine Lorbeeren. Hier schob und spekulierte er. Er war es, der das Geheimnis, mit gepumpten Kronen große Geschäfte zu machen, und diese später vollständig entwertet zurückzahlen, zuerst zu ergründen vermochte. So kam er zu Sachwerten und drang in alle Industrien ein. Vor allem wußte er nach Kriegsende die veränderte politische Situation auszunutzen, indem er, der in dem von Italien annektierten Triest geboren war, Italiener wurde. Italien bot ihm als Siegerstaat auch noch eine halbwegs feste Währung. Gemeinsam mit der großen italienischen Fiat A.-G. kaufte er nun das größte österreichische Unternehmen, die Alpine Montangesellschaft, auf. Das Aktienpaket der Fiat ging später auf Hugo Stinnes über, mit dem er sich in die Präsidentschaft der Alpen teilte. Bei den Finanztransaktionen derselben konnte das Syndikat Stinnes-Castiglioni riesige Gewinne buchen. Gemeinsam mit Stinnes baute Castiglioni in Oesterreich einen Konzern in großer Ausdehnung und bunter Mannigfaltigkeit auf.

Gestützt auf diesen Besitz, stieß Castiglioni nach andern Ländern vor. In Ungarn etablierte er sich neben den Gemeinsamkeitsgeschäften mit Stinnes durch Errichtung der Ungarisch-Italienischen Bank in Budapest. In Tschechien vertrat die Böhmische Union-Bank in Prag seine Interessen. In Deutschland gelangte er zu Einfluß bei den Bayerischen Motorenwerken, der Hansa- und Brandenburgischen Flugzeug A.-G., der Austro-Daimler-Motoren A.-G. Berlin u. a. In Italien nutzte er sein Heimatsrecht, indem er bei großen Werken Unterschlupf suchte und fand. Zu nennen ist hier die Edison-Gesellschaft, die Carlo Feltrinelli und vor allem die größte Privatbank Italiens, die Banca Commerciale Italiana in Mailand. Mit den politischen Machthabern Italiens schloß er Freundschaft und Mussolini zeichnete ihn sogar mit den höchsten Orden aus. Das Machtbereich dieses Emporkömmlings kannte also fast keine Grenzen. Er war einer der Mächtigsten Europas.

Von jeher wußte Camillo die Macht der Banken zu schützen, und so erwarb er in Wien die Union-Bank, wo er später von Siegmund Bosel verdrängt wurde, ferner die Kreditanstalt und die Depositenbank, um nur die wichtigsten zu nennen. Als er bei der jetzt zusammengebrochenen Allgemeinen Depositenbank auf dem Präsidentenstuhl saß, pöbelte er sie von einem Taumel in den andern. In kurzer Zeit zählten mehr als 100 Industrie- und Handelsunternehmungen zu diesem Konzern. Mit ihr machte Castiglioni auch die vielgenannten Spiritusgeschäfte, wegen deren er jetzt verfolgt wird. Im Jahre 1919 gründete Castiglioni mit Heinrich Bronner (der bereits hinter Schloß und Riegel sitzt), seinem Pressescheff Lederer, einigen Banken und den beiden Brüdern Bondy (Söhne des Prager Handelskammerpräsidenten Leo Bondy) ein Syndikat zwecks Ausfuhr von 200 000 Hektolitern tschechischen Spiritus. Dieser ging hauptsächlich nach Köln und kam von dort nach dem unbesetzten Deutschland. Es ist noch in Erinnerung, wie sich diese Affäre im politischen Leben der Tschechoslowakei ausgewirkt hat. Manche politische Säule wurde dadurch geknickt. Man schätzte den Gewinn aus diesen Spiritusgeschäften auf mehr als 100 Millionen tschechische Kronen. Die Sache kam ans Tageslicht, weil die Syndikatsmitglieder, wie es so oft im Leben geht, bei der Verteilung der Beute uneinig wurden. Castiglioni soll den Löwenanteil eingesteckt haben. Allein Lederer und die Bondys klagten auf die Herausgabe von 60 Millionen Tschechenkronen (7,5 Millionen Goldmark). Den Nutzen dieses Geschäfts hatte nicht die Depositenbank, sondern Castiglioni leitete ihn in seine eigene Tasche. Um ganz sicher zu gehen, gründete er in Zürich den Investment-Trust. Dieser Gesellschaft trat er seine Forderungen aus dem Spiritusgeschäft ab. Man klagt nun gegen ihn, daß er die Depositenbank systematisch zugrunde gerichtet, indem er ihr die faulen Geschäfte überließ und die guten sich nutzbar machte. Wie Camillo gehaut hatte, beweist folgende Tatsache: Das Goldvermögen der Depositenbank wurde 1916 auf 140 Millionen Goldkronen geschätzt, die übriggebliebene Konkursmasse enthält kaum 10 Millionen.

Schon länger meldete die Presse einen stillen Abbau der großen Pyramide Castiglioni's, obwohl seine Blätter (er kommandiert in Wien folgende Zeitungen: Wiener Extrablatt, Wiener Mittagszeitung, Wiener Allgemeine Zeitung und Sonntags- und Montagsblatt) dies abzustreiten suchten. Darüber vergas Castiglioni nicht, zu retten, was zu retten war. In Ungarn wie in Oesterreich ließ er seine Besitzungen auf die Banca Commerciale Italiana überschreiben. Diese soll ihm 125 Millionen Lire (25 Millionen Goldmark) zur Lösung seiner Verbindlichkeiten übergeben haben. Das Schicksal seiner Industrieunternehmungen ist noch ungewiß, wie überhaupt alles zur Stunde noch in ein magisches Dunkel gehüllt ist. In der Alpenen Montan ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats, Stellvertreter ist Albert Vögler vom Stinneskonzern.

Wien, 30. September. Die Wien. Allg. Ztg. berichtet: Der frühere Präsident der Depositenbank Castiglioni hat einen Wiener Rechtsanwalt beauftragt, für ihn um freies Geleit nachzusuchen. Ebenso hat der Vertreter des Generaldirektors Neumann um freies Geleit für seinen Klienten nachgesucht. Nach weiteren Abenblättermeldungen sind gestern und heute in den Wohnungen von Goldstein und Neumann Hausdurchsuchungen vorgenommen worden; dagegen ist eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Präsidenten Castiglioni unterblieben. (!)

Heute ist von Castiglioni die Nachricht eingetroffen, daß er Donnerstag spätestens Freitag in Wien eintreffen werde.

Die Goldbilanz der Viag.

SPD. Die dem Reich gehörenden Werke und die Beteiligungen an den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen sind in einer eigenen Spitzengesellschaft, den Vereinigten Industriewerken A.-G., kurz Viag genannt, zusammengefaßt. Es handelt

sich dabei zunächst um die Reichskredit-Gesellschaft m. B. H., die die eigentliche Produktionsbank des Reiches darstellt im Gegensatz zur Reichsbank, die die Währungsbank des Reiches ist. Ferner sind in dem Konzern die Deutschen Werke A.-G., eine Reihe von elektrowirtschaftlichen Unternehmungen, mehrere Werke der Aluminiumindustrie, von denen dem neuerstandenen Inwerk eine besondere Bedeutung für die Zukunft der Aluminiumerzeugung beizumessen ist, die Kalkstickstoffindustrie, die ebenfalls im Ausbau begriffen ist, sowie die Beteiligung des Reiches an der Iseder Hütte und an der Telefonfabrik vorm. J. Berliner. Die Haltegesellschaft veröffentlicht nunmehr ihre Goldmarkberöffnungsbilanz. Sie sieht eine Zusammenlegung des bisher 600 Millionen Mark betragenden Kapitals auf 120 Millionen Goldmark vor, wobei 12 Millionen Goldmark für den gesetzlichen Reservefonds verbleiben. Die Beteiligungen, also die Anteile der Spitzengesellschaft an ihren Tochterunternehmungen, sind dabei mit 113,6 Millionen Goldmark ausgewiesen. Bemerkenswert ist, daß der Grundbesitz mit 1,8 Millionen Goldmark verbucht ist und lediglich den Gegenwert der Tankanlagen in Ostermoor und Brunabüttelkog darstellt. Die Bewertung der Aktivposten erfolgte mit größter Vorsicht. Im laufenden Geschäftsjahre hat sich besonders der Absatz der Elektrizitätsunternehmungen und der Stickstoffindustrie günstig entwickelt. Die Aluminiumproduktion konnte auf den Rekordstand von 1500 t pro Monat erhöht werden. Geschäftlich bieten also die Reichswerke zur Zeit ein günstiges Bild. Zu wünschen wäre jedoch, daß der gemeinwirtschaftliche Einfluß auf die Unternehmungen weiter gestärkt wird.

Die Stahl- und Eisenindustrie in Amerika.

Während sich in England die Eisenindustrie in einer Krise befindet, ist in der amerikanischen Eisenindustrie, wie wir erst dieser Tage mitteilen, eine ständige Besserung zu verzeichnen, obwohl die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten im allgemeinen gegenwärtig nicht günstig ist. Interessant sind folgende Feststellungen in einer Newyorker Korrespondenz der Frankfurter Zeitung: „In einer Industrie scheint nach einer mehrmonatigen Depression schon wieder eine gewisse Erholung Platz gegriffen zu haben, von der man allerdings nicht sagen kann, ob sie nicht den Charakter eines Strohhalmers trägt. Es ist dies die Stahl- und Eisenbranche, aus welcher jetzt jeden Tag Meldungen über größere Aufträge und die Wiederaufnahme von stillgelegten Werken kommen. Von den 20 000 feiernden Koksarbeitern im Connellsviller Bezirk hat bisher ein Drittel wieder eingestellt werden können, ein Zeichen, daß die Eisen- und Stahlproduktion sich hebt. Nachdem die Werte im Pittsburg-Bezirk längere Zeit nur zu 50 pCt. der Leistungsfähigkeit betrieben worden sind, meldete gestern der fachmännische Korrespondent des Journal of Commerce, die Lage habe sich so gebessert, daß nur noch 30 pCt. der Etablissements stillliegen. Auf einem andern Gebiet der Schwerindustrie, Kupfer, scheint aber keine Besserung eingetreten zu sein, im Gegenteil, die Lage ist schwächer. Die Produzenten haben die Veröffentlichung aller Statistiken eingestellt, indessen gab der Leiter einer hervorragenden Gesellschaft ihrem Korrespondenten gegenüber zu, in den letzten drei Monaten seien die Abnahmen weit hinter der Produktion zurückgeblieben. Er betonte indessen, daß der Durchschnittskonsum in den ersten acht Monaten des Jahres per Monat 66 000 t betragen habe, während er sich in der Vergleichszeit des Vorjahres auf nur 61 000 t stelle.“

Der Großhandelsindex der Industrie- und Handels-Zeitung hat in der Woche vom 20. bis 26. September eine Steigerung von 127,92 auf 130,95, also um 2,4 Prozent, erfahren. Die Preissteigerung erstreckt sich auf sämtliche Gruppen der Großhandelsindexziffer. Die bei weitem stärkste Preissteigerung erfuhr die Gruppe Textilien mit 6,6 Prozent. Zurückzuführen ist diese starke Erhöhung auf das Anziehen sämtlicher Textilrohstoffe, vor allem Wolle und Flachs, im In- und Auslande. Auch die Preise der Gruppe Fleisch, Fisch zogen verhältnismäßig stark (4,7 Prozent) an, und auch hier geht die Preisbewegung ziemlich übereinstimmend mit der des Auslandes. Die Gruppenindexziffer für Getreide, Mehl stieg um 1,9 Prozent. Im Verhältnis hierzu waren die Preiserhöhungen der Gruppen Kohle, Eisen (+ 0,2) und Häute, Felle (+ 0,9) gering.

Minoux in Oesterreich. Wie D. H. D. meldet, hat Herr Minoux, Stinnes' ehemaliger Generaldirektor, der sich augenblicklich in Wien aufhält, das österreichische Arsenal und die Wöllersdorfer Werke angekauft.

Besorgnisse der englischen Textilindustrie. Der englische Ministerpräsident empfing eine Abordnung der Textilindustrie von Lancashire, die den Ministerpräsidenten auf die ersten Folgen für die heimische Textilindustrie hinwies, die entstanden, wenn beim Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags der elsässischen Textilindustrie besondere Erleichterungen gewährt würden.

Danzig als Stapelplatz für Baumwolle. Danzig scheint sich zum Hauptstapelplatz für den Baumwollbedarf Polens auszuwachsen. Dadurch werden die Unkosten wesentlich geringer, als wenn die Baumwolle wie früher über Bremen ging. Drei skandinavische Dampfergesellschaften haben einen gemeinsamen Eilendienst zwischen Danzig und den amerikanischen Baumwollhäfen eingerichtet. Mehrere Dampfer sind bereits gelichtet worden. Man hofft in polnischen und danziger Interessentenkreisen, Danzig zum Haupthafen für die Versorgung des europäischen Ostens mit Baumwolle auszugestalten.

Amliche Preise der Produktenbörsen.

1. 1921/22, 30. September.

Produkte	30. September	29. September
Weizen, inländischer	224-240	224-236
Roggen	227-240	223-231
Sommergerste, inländische	250-280	240-275
Wintergerste	225-245	220-240
Hafer, inländischer	220-230	220-230
Mais, amerikanischer	210-225	205-220
Raps	320-350	310-340

(Getreide 1000 kg.)

Rauhfutter: für 50 kg ab Station

Weizen- u. Roggenstroh	1.00-1.20	Geölnd. Roggen-
Stranggepresst	0.90-1.00	Langstroh
Haferstroh, drathtgepr.	0.90-1.00	Hon. gutes
Weizen- u. Roggenstroh		Hon. handelsüblich . . .
bindfadengepresst, je n. Frachtl.		Kloenen, lose

Kartoffeln, weiße und rote 1.75 Mk., gelbfleischige 2.40 Mk.

Amliche Preise der Produktenbörsen

Berlin 30. September.

Produkte	30. September	29. September
Weizen, märkischer	232-240	229-237
Roggen, märkischer	227-234	223-228
Gerste, Sommer-	203-215	200-210
Winter-		
Hafer, märkischer	184-192	183-191
Weizenmehl	32.75-35.75	32.50-35.50
Roggenmehl	32.25-35.00	31.50-34.25

Getreide 1000 Kilo, Mehl 100 Kilo.

Metalle. Berlin, 30. September, Kupfer (Elektrolyt) 124.50.
Baumwolle. Bremen, 30. September 29.28.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik im Eisenhandel.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Die beiden Unternehmer-Organisationen im Leipziger Eisen-, Stahl-, Schrot- und Metallgroßhandel haben sich mit einem Antrag am 27. 9. 1921 an den Schlichtungs-Ausschuß gewandt und um Ansetzung eines Verhandlungstermins ersucht. Die Verhandlungen fanden am Dienstag, 12. Uhr, statt. Von den Unternehmern wurde dabei die Erklärung abgegeben, daß sie nach wie vor an ihrem Standpunkt, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, festhalten müssen. Nachdem seitens der Arbeiter-Betreiber eine kurze Begründung der Lohnforderungen gegeben war, zog sich der Schlichtungs-Ausschuß zur Beratung zurück und verkündete dann den nachstehenden Schlichtungspruch:

Die jetzigen Wochen- und Stunden-Tariflöhne werden ab laufender Lohnwoche um 8 Prozent erhöht.

Die Wiederaufnahme der Arbeit hat sofort zu den alten Bedingungen zu erfolgen.

Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen.

Maßregelungen infolge des Streiks sind beiderseits ausgeschlossen.

Die Streikenden beschloßen in einer am Dienstag nachmittag stattgefundenen Versammlung, die endgültige Abstimung über Annahme oder Ablehnung des Schlichtungspruchs bis Mittwoch, abends 8 Uhr, „auszusetzen“, um den Unternehmer-Organisationen ihrerseits die Möglichkeit zu geben, sich bis dahin zu entscheiden. Abgesehen davon, daß man über die vorgeschlagene Lohnerhöhung verschiedener Meinung sein kann, bedeutet der Schlichtungspruch für die streikenden Arbeiter einen großen moralischen Erfolg. Das kam auch in der Streikerversammlung einmütig zum Ausdruck, was noch dadurch bekräftigt wurde, daß die Streikenden beschloßen, mit aller Energie den Kampf bis zur endgültigen Abstimung weiterzuführen. In der Durchführung dieses Beschlusses werden sie sich auch nicht von den wenigen Streikbrechern irremachen lassen.

Der Deutsche Beamtenbund gegen die Befolgungspolitik des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 29. September. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 27. September folgende Entschiedenheit gefaßt: „Immer mehr tritt die klassentrennende Beamtenbefolgungspolitik des Reichsfinanzministeriums zutage. Der ärgste Vorstoß bisher war die unsoziale Regelung der Grundgehälter am 1. Juni d. J., die den unteren Befolgungsgruppen ein Mehr von 17, den oberen dagegen von 70 Prozent zuerkannte und zwischen einzelne Befolgungsgruppen tiefe Gräben zog, durch die die Beamtenerschaft in drei Kulturschichten aufgeteilt wurde. Nunmehr soll durch die Vorlage des Reichsfinanzministeriums zur Einführung des Wohnungsgeldes diese klassenbildende Politik gekrönt werden. Wenn auch das Reichsfinanzministerium versucht, die Umstellung und die Art der Ortsklasseneinteilung den Beamten schmackhaft zu machen,

so muß doch angesichts der damit verbundenen großen Gefahren für den Gemeinschaftssinn diese Klassenpolitik des Reichsfinanzministeriums auf das schärfste verurteilt werden. — Der Bundesvorstand beauftragt daher die Bundesleitung in Anbetracht der Dringlichkeit unverzüglich geeignete Schritte zu unternehmen, um eine Neuregelung des Ortszulages zu erreichen, durch die alle örtlichen Unterschiede in der Lebenshaltung ausgeglichen werden und der Gemeinschaftsgebäude in der Beamtenerschaft nicht zerstört wird. Als selbstverständlich gilt er dabei voraus, daß die Umstellung des Ortszulages nur durch die gesetzgebenden Körperschaften und nicht etwa auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorgenommen werden darf.

Die Wahlen der örtlichen Betriebsräte bei der Reichsbahn.

Nach den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn, die im Mai stattgefunden haben, konnten wir sofort über das Gesamtergebnis, wie es sich in der Stimmenabgabe für den Hauptbetriebsrat im Reichsverkehrsministerium spiegelt, berichten. Schon damals ergaben die endgültigen Zahlen, daß die Verdrängung eines großen kommunistischen Sieges, mit der es die Presse dieser Partei außerordentlich eilig hatte, nur auf einigen Teilergebnissen beruhte und durch das Endergebnis nicht bestätigt wurde. Aber erst jetzt ist es möglich gewesen, eine genaue Uebersicht über die örtlichen Wahlergebnisse im ganzen Reiche zu erlangen, und diese zeigen nun von neuem und noch drastischer als das Ergebnis der Wahl des Hauptbetriebsrats, daß der kommunistische Einfluß in den Betriebsräten bei der Reichsbahn außerordentlich schwach ist. Insgesamt wurden in diesem Jahre 13 660 Mitglieder örtlicher Betriebsvertretungen gewählt, wovon 11 302 oder 82,68 v. H. dem Deutschen Eisenbahnerverbande und nur 571 oder 4,18 v. H. dem kommunistischen Freien Eisenbahnerverband oder der aus dem gleichen faulen Holze geschnittenen „Opposition“ angehören. Wenn in diesen Zahlen ein Sieg dieser Richtung zum Ausdruck kommen soll, dann wünschen wir diesen Feinden der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter noch viele Siege dieser Art.

Außerdem fällt bei dem Gesamtergebnis der örtlichen Wahlen die im Vergleich zu den Vorjahren hohe Zahl von 275 unorganisierten Betriebsratsmitgliedern auf. Vergleicht man diese Zahl der in diesem Jahre gewählten unorganisierten Betriebsratsmitglieder mit den entsprechenden Zahlen der früheren Jahre, so zeigt sich, daß die Zahl der Unorganisierten in dem gleichen Verhältnis zugenommen hat wie die Zahl der Betriebsratsmitglieder, die zu den Listen der kommunistischen Zeitschriften gewählt wurden. Untersucht man ferner die örtliche Verteilung der in diesem Jahre gewählten Unorganisierten, so ergibt sich, daß ihre Zahl in den Gebieten am größten ist, wo sich auch der kommunistische Einfluß am stärksten in der Zahl der gewählten Betriebsratsmitglieder wieder spiegelt. Auch diese Tatsache zeigt von neuem, daß der Haupteffekt der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften in einer Verbreitung des Indifferentismus besteht.

Ein Protest gegen das Zechenkapital.

SPD. Bochum, 30. September. Eine in Hombruch stattgefundene von über tausend Personen besuchte Bergarbeiterversammlung, auf der der Bergarbeiterführer Genosse Wagner über die Zechenstilllegungen und Arbeiter-Massenentlassungen im Ruhrbergbau referierte, nahm einstimmig eine Entschiedenheit an, in der gegen die Art, wie durch Zechenstilllegungen und Arbeiterentlassungen das Unternehmerrisiko im Ruhrbergbau auf die Arbeiter und die Allgemeinheit abgewälzt und das Nationalgut der Bodenschätze vertrießelt wird, schärfster Einspruch erhoben wird. Die Versammlung richtet an die Reichsregierung das Ersuchen, die Stilllegung weiterer Zechen und weiterer Arbeiterentlassungen zu verhindern und darüber hinaus die Bergwerksbesitzer zu verpflichten, bereits stillgelegte Zechen wieder in Betrieb zu setzen, soweit es das Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit erfordert. Sollten die Bergwerksbesitzer jedoch weiter wie bisher ihr privatkapitalistisches Interesse dem allgemeinen Interesse voranzustellen und sich diesem Verlangen widersetzen, so fordert die Versammlung, von der Reichsregierung ein Eingreifen auf Grund der § 2 und 3 des Sozialistengesetzes vom 28. März 1919. Es sei nicht länger angängig, daß die Bergwerke mehr von finanziellen und dividendentechischen als von technisch-organisatorischen und gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Solange die gegenwärtige Lage sich so unzulässig erweisen läßt, fordert die Versammlung ein Verbot aller Ueberschüßungen.

Ein Dementi der Bergarbeiter-Verbände. Die in der deutschen und ausländischen Presse verbreitete Erklärung des britischen Bergarbeiterführers Coof, wonach die deutschen Bergarbeiter am 1. Oktober die bestehenden Lohn- und Arbeitszeit-Regelungen kündigen, und in eine internationale Streikaktion zur Erzwingung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen eintreten werde, wird durch die Bergarbeiter-Verbände kategorisch dementiert. (Z.)

Gerichtssaal.

Ungetreuer Beamter. Unter großem Andrang fand am Sonntag abend vor dem hiesigen Schöffengericht die Hauptverhandlung gegen den Justizsekretär Richard Eugen Schröder, geb. am 30. November 1880, wegen Unterschlagung und Amtsvergehen statt. Schröder war als Justizsekretär beim Amtsgericht Peterssteinweien in der Abgangsstelle tätig. Während der Gerichtsferien verließ er auch die Briefeingangsstelle und nahm fast täglich Aktienstücke und Briefe, von denen er wußte, daß sie Geld enthielten, mit seiner Wohnung. So hatte Schröder von Ende Juni bis August dieses Jahres eine ganze Anzahl Schriftstücke mit Geldinlagen in Höhe von 1442 Mark beseitigt. Der Angeklagte ist geständig.

Worauf warten Sie ? ? ? ? ? Auf ein Teurerwerden der Ware.

Wir haben unsere werten Kunden niemals schlecht beraten, wenn wir zum Kaufen aufforderten. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß wir z. Z., obwohl sich die Kauflust bereits gebessert hat, noch teils zum Einkauf und teils weit unter den Selbstkosten verkaufen. Dies ist uns jedoch nur noch kurze Zeit möglich, da Nachfrage und Angebot die Preise regeln. Decken Sie bei uns umgehend Ihren Bedarf, bevor kalte Witterung und Preiserhöhung eintritt, wenn Sie zu tatsächlichen Reklamepreisen kaufen wollen.

Wir bringen ca. **Zehntausend Paar Lederhandschuhe**, sowie Oberhemden und Trikotagen zu folgenden Reklamepreisen:

Handschuhe	Herren-Chair-Stepper	5⁹⁰	Pa. Perkal mit 1 steifen und 1 weichen Kragen und abgeölteter Faltenbrust	5⁹⁰
Damen-Lamm-Stepper	Prima Qualität, Garantie für guten Sitz	Mk. 5 ⁹⁰	Garantiert zweifädiges	
Bestes Fabrikat, moderne Farben	Herren-Nappa-Stepper	5⁹⁰	Trikot-Oberhemd	4⁹⁰
	Extra-Angebot, mit 2 Druckknöpfen	Mk. 5 ⁹⁰	mit vorzüglichem Pique-Einsatz . . . 3 Stück	13.70 Mk.
Damen-Chair-Stepper	Herren-Nappa-Lascher	7⁵⁰	Garantiert wollgemischtes	
Guter Sitz, erstklassige Verarbeitung	Bestes Fabrikat, Garantie für Haltbarkeit	Mk. 7 ⁵⁰	Trikot-Oberhemd	3⁹⁰
Damen-Nappa-Stepper	Oberhemden	 3 Stück	10.70 Mk.
mit Riemen, ganz besonders preiswert	Pa. Zephir mit 1 steifen und 1 weichen Kragen und abgeölteter Faltenbrust	9⁸⁵	Garnitur, Jacke, Hose	6⁷⁵
Damen-Gazelle-Stepper		Mk. 9 ⁸⁵	extrafarbig	Mk. 6 ⁷⁵
Bestes Material, wie Mocha		Mk. 8 ⁹⁰		

Modehaus Jordan & Co., Leipzig

Goldener Arm Petersstraße 28 Telephone 13403

gibt aber an, daß er mit seinem niedrigen Gehalt nicht auskommen würde. Deshalb hätte er sich in der Verzweiflung an fremdem Eigentum verziffen. Obwohl er schon 25 Jahre im Dienste sei, habe er sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Der Staatsanwalt Wöhle beantragte für Schr. eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 600 Mark Geldstrafe. Nach fünfständiger Verhandlung verurteilte das Gericht Schröder zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe. Die 600 Mark sind durch die erlittene Unterjuchungshaft erlobigt.

Große Telegraphendrahtdiebstähle. Vor einigen Monaten erregten die vielen Diebstähle von Bronzedrähten an den Leitungsmasten in der Umgebung von Leipzig berechtigtes Aufsehen. Trotz aller Bewachung und Vorsichtsmaßnahmen verging kein Tag, an dem die Leitungsmasten nicht beschädigt wurden. So kam auf vielen Strecken zu Störungen im Fernsprechtbetrieb, denn die Diebe rissen Hunderte von Metern Bronzedraht herunter. Die Beute wurde in Säcke und Decken verpackt und bei Heflern verkauft. Wegen dieser schweren Diebstähle hatten sich der bereits mit Zuchthaus vorbestrafte Artur Joseph Richter, geboren am 22. April 1894, und eine längere weibliche Person vor dem Schöffengericht zu verantworten. Während dieses Jahres war der Angeklagte aus dem Amtsgerichtsgefängnis Taucha ausgebrochen und hielt sich mehrere Wochen in hiesigen Herbergen verborgen. Mit zwei anderen wurden die Diebstähle begangen. Das Gericht überführte den Ange-

klagten in neun Fällen. Die Mitangeklagte wird beschuldigt, gestohlenes Gut entgegenzunehmen zu haben. Richter war geständig, er will aber von den Haupttätern verleitet worden sein. Die Angeklagte bestritt jede Schuld; man habe sie nur aus Rache mit in diese Sache verwickelt. Nach mehrständiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Richter wurde zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren sieben Monaten Zuchthaus und die Mitangeklagte wegen Hehlerlei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte legten sofort gegen dieses Urteil Berufung ein.

Felddiebstähle. Vor der Ferienkammer hatten sich fünf Arbeiter aus Markranstädt zu verantworten. Die Angeklagten waren bei der Feldzurichterlei Wagner u. Arnold in Markranstädt beschäftigt. Sie hatten vom Juli bis Oktober vorigen Jahres Felle im Gesamtwerte von circa 1000 Mk. gestohlen und diese an den Fellehändler Pippold nach Leipzig weit unter Preis verkauft. Dem Schöffengericht waren sie bis zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer hob das Urteil der Vorinstanz auf und verurteilte die Angeklagten bis zu 3 Monaten Gefängnis. Gegen eine Geldbuße von 50 Mk. wurde allen Angeklagten Bewährungsfrist bewilligt.

Wegen Lohnabtreibung war eine Händlerschneiderei zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagte war be-

schuldigt, in zwei Fällen Beihilfe zur Abtreibung gegen gute Verjahlung geleistet zu haben. Die behandelten Mädchen waren durch diese Eingriffe schwer erkrankt. Die Strafkammer verurteilte die eingeleitete Berufung und legte der Angeklagten die Kosten des Verfahrens auf.

Mehrbuden Diebstähle. Während der Kleinfeste im September dieses Jahres wurden einige Budenbesitzer durch Einbrüche erheblich geschädigt. Jetzt hatte sich ein 23jähriger Badergehilfe wegen Einbruchdiebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hatte es besonders auf Kälcherlein abgesehen und einem Budenbesitzer einen größeren Posten Schotolade entwendet. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Rückfalldiebstahls zu einem Jahre Gefängnis.



Müheraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

in Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

M&W
H. Pollzien
am Eilenburger Bahnhof
Briketts
aus den Riebeckischen Montanwerken
Pa. Grude
Bei größeren Posten wesentliche Preisermäßigung.

„Speise- und Konzerthaus zum Papser“
L.-Neustadt, Kirchstraße 85

Allen meinen verehrten Gästen, Freunden und Bekannten sage ich bei Uebergabe meines Geschäfts an Herrn **Friedr. Jos. Salwender** für gütige Unterstützung meinen herzlichsten Dank, und bitte, das mir so reichlich geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
L.-Neustadt, den 1. Oktober 1924.
Frau Emma verw. Wreesmann.

Allen lieben Freunden und Bekannten, werten Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Nachricht, daß wir das „**Konzert- und Speisehaus zum Papser**“ klüfflich übernommen haben. Wir werden bemüht sein, in Küche und Keller das Beste zu bieten, und bitten um gütige Unterstützung.
Friedr. Jos. Salwender und Frau.

Arbeiter-Ido-Bund
Ortsgruppe Leipzig
IDO

Weltsprachekurse für Anfänger beginnen:
L.-Anger, Freitag, den 8. Oktober 1924, abends 8 Uhr, im Werkstattshaus, Martinstraße.
L.-Gohlis, Donnerstag, den 2. Oktober 1924, abends 8 Uhr, Werderstraße 17, ptr. bei Zimny.
L.-Plagwitz, Donnerstag, den 2. Oktober 1924, abends 8 Uhr, im Restaurant **Kamoron**, Nonnenstraße.
L.-Connewitz, Donnerstag, den 8. Oktober 1924, abends 8 Uhr, im Restaurant **Feldschloß**, Bornalsche Str. 5.
Knaulkeberg, Montag, den 6. Oktober 1924, abends 8 Uhr, in der **Volksschule**.
Volkshaus, jeden Dienstagabend 8 Uhr, Kursus für Anfänger und Fortgeschrittene.
Kursusbeitrag und lehrtaffliches Lehrbuch 1,50 Mk.
Arbeitslosen und Jugendlichen wird die Teilnahme an den Kursen möglich gemacht!
Zimmerrate pro Abend 10 Pfennig!
Alle näheren Auskünfte erteilt:
Leipzig, Sophienstraße 7, III. r., Grümmer.

Abonnenten berücksichtigen bei unseren Einkäufen stets Inserenten der **Leipziger Volkszeitung**

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Malergehilfen
dem an Dauerstellung gelegen, stellt ein
Arthur Wenzel
Malermaler
Schneiditz, Hallische Str. 36.

Aus Privatkreisen
Kleine Anzeigen
Verkäufe, Kaufgesuche, Wohnungen, Diverses usw.
Kosten vom 1. Oktober an nur noch
15 Pfennig pro Zeile

Nachweisbar haben „Kleine Anzeigen“ in unserer Zeitung großen Erfolg. Wer also etwas zu verkaufen hat oder etwas zu kaufen oder zu tauschen sucht, bringt seine „Kleinen Anzeigen“ sofort nach einer der nachstehenden

Filialen der Leipziger Volkszeitung
Leipzig, Zeltzer Straße 32 L.-Connewitz, Bornalsche Str. 13
L.-Plagwitz, Weißenfeller Straße 30 L.-Stötteritz, Ferd.-Jost-Str. 27 . . .
L.-Lindenau, Odermannstraße 2 . . L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 32
L.-Kleinzschocher, Dieskaustraße 5 L.-Volkmarisdorf, Ellsabethstr. 19 . .
L.-Leutzsch, Hauptstraße 89 L.-Schönefeld, Stettiner Straße 64
L.-Wahren, Königstraße 36
L.-Gohlis, Lindenthaler Straße 12
L.-Möckern, Trachenbergstraße 23
L.-Eutritzsch, Magdalenenstr. 20 . .
Böhl.-Ehrenberg, Wettinerstr. 49

sowie zu allen Austrägern oder nach dem Hauptgeschäft, Tauchaer Str. 19/21

Speisefartoffeln
zum Einkellern.
Lieferung: Oktober-November.
Durch größere Absatzkräfte direkt vom Erzeuger, Sandbodengebend, Monarchie durch unsere Beamten, sind wir in der Lage, gesunde, aufbereitete Kartoffeln zu liefern.
Täglich abgehende Waggonen auf unterm Anschlußgaleis, oder Abladung direkt von der Beizabteilung, offerieren zu billigen Tagespreisen.
Tel. **Fischer & Schöbel** Tel. 43 698
43 698
Leipzig-Bismarck, GutsMuthsstr. 7/8
Bestellungen für Lieferung frei Haus nehmen jederzeit entgegen.

Tüchtige Zurichter
stellt ein
Tauchaer Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei Aktien-Gesellschaft
Taucha.

Heimarbeiterinnen
finden laufende lohnende Beschäftigung.
Paul Germann & Co.
Schleußig, Könnertstr. 88.

Verkäufe
Eleg. braun, Seidenkleid, Radische, Gr. 37, fast neu, 1 Dam. Robenmantel, 1 Sommer-22Bint-Weberzieher, verschiedene weiße Blumenlot. bill. zu verkaufen
Lorbinstraße 12, D. Wurznor Straße 10, III. I.

Primo Speisefartoffeln
offeriert waggoneile zu billigen Tagespreisen
Oscar Winkler, Leipzig-Bismarckmarktstraße u. Reitzenhainer Str. 18b, su niedrig, Weizen ab. Auf Wunsch erfolgt Zufuhr ins Haus. Bestellungen werden jetzt schon entgegenommen.

Winterkartoffeln
und jede Restpartien zur gefälligen Beschäftigung ein. Diefelben gebe ich waggoneile als auch in Fuhren und Sentern von meinen Verkaufsstellen: Großmarkt, Zentralmarktstraße u. Reitzenhainer Str. 18b, su niedrig, Weizen ab. Auf Wunsch erfolgt Zufuhr ins Haus. Bestellungen werden jetzt schon entgegenommen.

Zur Einführung Propaganda-Preise!
Beste Verarbeitung und Qualitäten.
Einige Beispiele:

Herren-Anzüge	von 20,00 an
Winter-Paletots und Schläpfer	15,00
Manchester-Anzüge	27,00
Manchester-Hosen	9,00
Cutaway-Hosen	4,00
Arbeits-hosen	4,00
Stoff-Brocches-Hosen	4,50
Schlosser-Anzüge	5,50
Winter-Joppen	12,00
Gummi-Mäntel	19,00
Damen-Winter-Mäntel	12,50
Damen-Kostüm-Röcke	2,75

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Zahlungserleichterung!

Brecher & Co., Nachfolger
Leipzig, Gerberstraße 43.

Teilzahlung
gestattet!
Damen-Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke
Blusen
Westen
Hüte
H. Liebau
Rosspatz 8. I. Et.

Druckaufträge
jeder Art werden in moderner und geschmackvoller Ausführung bei kurzer Lieferfrist hergestellt in der
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprechanruf Nr. 24596

Telephonisch
können Inserate nicht angenommen werden.
Spedition der Leipz. Volkszeitung.

Herren-Winter mit Gurt u. Falte **15,00**

Manchester-Anzug	27,00	Militär-Hosen	6,00
Gord-Anzug	40,00	Eisenbahner-Moles-tin-Hosen	6,50
Blaue Körper-Anzüge	8,40	Bladb. Streifenhosen	5,50
Chauffeur-Anzug Ia	60,00	Soden-Joppen	12,00
Windjacken	8,00	Pilot-Beiten	3,00
Manfch.-Hosen, lang	9,00	Regatta-Blusen	2,00
Brocches-Hosen	9,00	Schloffer-Hemden	3,20
Pilot-Hosen	4,30		

Blauner, Reichsstr. 45
Kleiderfabrikation
Im Einzelverkauf 15 Prozent Aufschlag.

100 gahr. 28-Weberzieher, ab 5 Mk. zu pf. Mink, Ranfische Gasse 6.
Stühle, Rohrdefekt f. je 50 Pa., 1 dreif. Gasstange, 1 Gasauslasser zu verkf. Rathhausstr. 32, II I.
Neue Markenräder
eingetroffen sowie **gebr. Räder** große Auswahl Gr. Fieschergasse 22.
Den. y. Damen-Räder 40. * Ans. gleich mitnehm. Vantieremitt. Hauptgeleisstr. * Kohlgartenst. 29
Gebr. Rad (Freil.) billig, Markt 2, IV.

Rehms zool. Handlung
Bo. Marktstraße 26
schliff. aut befiederte **Kanarienhähne**
7 Mark.

Wohnungen
Saub. Schlaff. zu verm. Bl. Sabnit. 41. IV. I. Stube, Kam., Küche zu tauschen geg. ähnl. auch Stube 22a, Dff. erd. u. 0. 29 an Bl. B. Bl., Ellsabethstr. 19.

Diverses
Leipziger Lehrinstitut, **Gesellschafts-Anzüge**
Belau
Albertstraße 29a
Ecke Zeltzer Straße 3.

Kaufgesuche
Gold, Silber, Brillant, Gebisse etc. Hans Dünkel, Bromsenabenstr. 25.

Kaufe ständig Kanarienhähne u. Weibch.
zu höchsten Preisen. Zahle für Hähne 7 Mark. R. Waldmann, Dufourstraße 21. Ankäufe auch Sonntags.

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
Tel. 24222
Windmühlenstr. 42

Sie können wählen!
Blutfrisch
Goldbarsch Einheitspreis
Schellfisch **28** Ohne Kopf
Seelachs **28** Ohne Kopf

Auf 3 Pfund Fisch ein Paket Fischgewürz gratis!
Grüne Keringe Pfund 25 & 3 Pfund 70 &
Fett-Voll-Büchlinge Pfund 50 &
Kiste (5 Pfund Inhalt) Mark 1,05
Fett-Voll-Keringe 6 St. 25 & Tonne 20 Mk
Pa. Schotten-Keringe 10 St. von 48 & an.
Tonne 30 Mk
Neue Fischmarinaden, wie: Bratheringe, Rollmöpse, Sardinen zu billigen Preisen

